

## 188

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Werz****II A 1-84.02/697<sup>1</sup>/66 geheim****10. Juni 1966<sup>1</sup>**

Betr.: Gespräch Regierender Bürgermeister Brandt/Botschafter Abrassimow  
(Ostberlin) am 6. 6. 1966

Anlagen: 2

1) Am 8. 5. 1966 hatte eine erste Begegnung zwischen dem Regierenden Bürgermeister Brandt und Botschafter Abrassimow bei dem schwedischen Generalkonsul Backlund stattgefunden. Das Auswärtige Amt war über den Gesprächsverlauf sofort unterrichtet worden (vgl. Anlage 1)<sup>2</sup>.

2) Am 6. 6. 1966 fand ein zweites Gespräch statt (vgl. Bericht der Dienststelle Berlin vom 7. 6. 1966 – Anl. 2)<sup>3</sup>. Am 10. 6. erhielt Referat II A 1 durch die Vertretung des Landes Berlin beim Bund Einsicht in einen Vermerk des Regierenden Bürgermeisters über den Gesprächsverlauf. Dabei wurde seitens der Berliner Vertretung festgestellt, daß der Regierende Bürgermeister auf eine sofortige Unterrichtung des Auswärtigen Amts auch in diesem Fall besonderen Wert gelegt habe. Nachstehend folgt der Text des Vermerkes:

„In dem etwa einstündigen Gespräch zeigte Abrassimow zunächst und vor allem sein Interesse am Verlauf des SPD-Parteitages in Dortmund.<sup>4</sup> Er verwies auch auf einen am gleichen Tage in der ‚Prawda‘ erschienenen Artikel.<sup>5</sup> Ich stellte in Aussicht, ihm die wichtigsten Reden und Resolutionen zustellen zu lassen.

Abrassimow erwähnte den Angriff auf Herbert Wehner, der am gleichen Tage in ‚Neues Deutschland‘<sup>6</sup> veröffentlicht war. Ich sagte, dies bedeute meiner Meinung nach den Beginn des Abrückens von den vorgesehenen Diskussions-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oncken konzipiert.

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete vom 12. Mai 1966 vgl. VS-Bd. 4179 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Zum Gespräch vom 8. Mai 1966 vgl. Dok. 127, Anm. 10.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den Drahtbericht Nr. 165 des Leiters der Dienststelle Berlin des Auswärtigen Amts, Hoffmann, vgl. VS-Bd. 4179 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Zu dem Gespräch vgl. auch BRANDT, Begegnungen und Einsichten, S. 118 f.

<sup>4</sup> Der Parteitag fand vom 1. bis 5. Juni 1966 statt. Für den Wortlaut der Entschließungen zu den „Möglichkeiten einer gesamteuropäischen Politik“ und zur „Deutschlandpolitik unter den sich ändernden weltpolitischen Bedingungen“ vgl. DzD IV/12, S. 846–852.

<sup>5</sup> Vgl. den Artikel von V. Michajlov: „Priznanija bez vyvodov“; PRAVDA, Nr. 157 vom 6. Juni 1966, S. 3.

<sup>6</sup> Unter der Überschrift „Was Wehner in Dortmund vergessen hatte“ veröffentlichte die Zeitung „Neues Deutschland“ einen „Leserbrief“, in der die Gegnerschaft des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion gegen eine Verständigung zwischen SPD und SED mit seiner ehemaligen KPD-Mitgliedschaft erklärt wurde. Als Wehner nach der Rückkehr aus dem schwedischen Exil erkannt habe, daß er weder Mitglied der KPD noch der SED habe werden können, habe er sich der SPD zugewandt. Dort habe er „ein System der Diktatur in der Partei errichtet, wie er es auch in der KPD machen wollte“, und eine „Denkschrift über die KPD für den Gehlen-Geheimdienst“ verfaßt. Auch während seines Exils in Moskau habe er den Standpunkt vertreten, „daß die Einheitsfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten nur eine Taktik sei“. Vgl. NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 153 vom 6. Juni 1966, S. 2.

veranstaltungen in Chemnitz und Hannover.<sup>7</sup> Das könne er auch ruhig seinen Freunden von der SED sagen. Abrassimow antwortete, dies sei eine Fehleinschätzung. Beim Angriff auf Wehner handle es sich um eine Retourkutsche (Rede in Dortmund)<sup>8</sup>; außerdem habe man ja im Westen begonnen, die möglichen Redner<sup>9</sup> zu sortieren. Er wollte noch wissen, ob die Alliierten wegen Chemnitz und Hannover interveniert hätten.<sup>10</sup>

In einem weiteren Teil des Gesprächs äußerte sich Abrassimow über Möglichkeiten, ökonomische und kulturelle Verbindungen zwischen Berlin und der Sowjetunion zu verbessern.<sup>11</sup> Sein Land sei aufnahmefähig für alle Arten von Gebrauchsgütern. Unter Hinweis auf Helsinki und Leningrad meinte er, daß praktische Fragen auch zwischen Kommunalverwaltungen abgesprochen werden könnten. Dann würden die politischen Positionen unberührt bzw. ausgeklammert bleiben. Ich erklärte, daß unsere Haltung bekannt sei und ich im übrigen über diese Fragen weiter nachdenken werde.

Abrassimow ließ anklingen, daß er meine Frau und mich gern einmal zu Gast haben würde. Ich sagte, dies sei schwierig, da es wie eine Privilegierung gegenüber meinen Mitbürgern erscheine. In Verbindung mit der bevorstehenden Privatreise von Helmut Schmidt in die Sowjetunion<sup>12</sup> meinte Abrassimow, der SPD-Vorsitzende würde dort auch willkommen sein. Er verwies auf Wilson<sup>13</sup> und die skandinavischen Ministerpräsidenten<sup>14</sup>. Ich machte deutlich, daß ich eine solche Erwägung nicht als aktuell betrachten könne.

<sup>7</sup> Zum geplanten Redneraustausch zwischen SPD und SED vgl. zuletzt Dok. 172.

<sup>8</sup> Am 2. Juni 1966 nahm der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Wehner, in seinem Grundsatzreferat „Die SPD in der Bewährung“ Bezug auf seine Zeit in der KPD während des Exils in Moskau. An die SED gerichtet, erinnerte er daran, daß 1935 in einer Parteiresolution festgestellt worden sei, der Hauptfehler der KPD vor 1933 habe darin bestanden, „daß sie nicht alles, was sie getan habe, untergeordnet habe dem Kampf um die Verteidigung der demokratischen Rechte. Das ist ein hartes Urteil, das wir damals – damals auch meine eigene Partei – gefällt haben. Diese selbstkritische Entschließung der KPD vom Spätsommer 1935, von der nichts nachgeblieben ist, weil die KPD-SED durch ihr ‚DDR‘-Experiment die Arbeiter, die Selbständigen, die kleinen Bauern und viele Menschen aus anderen Schichten in dem von den Kommunisten verwalteten Teile Deutschlands daran gehindert hat, teilzunehmen am Aufbau eines einheitlichen, einheitlichen, sozialen und demokratischen Deutschland. [sic]“ Vgl. PARTEITAG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS VOM 1. BIS 5. JUNI 1966 IN DORTMUND. Protokoll der Verhandlungen. Anträge, hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn o. J., S. 221 f.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 127, Anm. 9.

<sup>10</sup> Zur Reaktion der Drei Mächte auf den geplanten Redneraustausch vgl. Dok. 184.

<sup>11</sup> Der Handel mit der UdSSR umfaßte 1,3% des gesamten Außenhandels von Berlin (West). Den Hauptbestandteil der Exporte bildeten Genußmittel; eingeführt wurden überwiegend Holz sowie Gespinst-, Roh- und Abfallstoffe. Der Leiter der Dienststelle Berlin des Auswärtigen Amts, Hoffmann, teilte dazu mit, die sowjetische Regierung bemühe sich „seit langem, ein Handelsbüro in Westberlin zu eröffnen. Die Genehmigung hierzu wurde jedoch vom Senat verweigert, obwohl es in Berlin bereits Büros der sowjetischen Filmwirtschaft und des Intourist-Reisebüros gibt.“ Vgl. die Schriftberichte Nr. 600 und Nr. 718 vom 3. Oktober bzw. 11. November 1966; Referat III A 6, Bd. 294.

<sup>12</sup> Im Sommer 1966 reiste der SPD-Abgeordnete Schmidt über Prag und Warschau in die UdSSR. Er führte u. a. ein Gespräch mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Semjonow. Vgl. dazu Helmut SCHMIDT, Menschen und Mächte, Berlin 1987, S. 22 und 25. Vgl. ferner den Artikel „Helmut Schmidt fordert Beiträge zur Entspannung“, DIE WELT, Nr. 158 vom 11. Juli 1966, S. 1.

<sup>13</sup> Zum Besuch des Premierministers Wilson vom 22. bis 24. Februar 1966 in der UdSSR vgl. Dok. 62.

<sup>14</sup> Vom 30. Mai bis 9. Juni 1965 besuchten der norwegische Ministerpräsident Gerhardsen und vom 10. bis 17. Juni 1965 der schwedische Ministerpräsident Erlander die UdSSR. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 132 f.

Schließlich kam Abrassimow auf die im Januar 1963 nicht zustande gekommene Begegnung mit Chruschtschow<sup>15</sup> zurück. Er meinte, ich hätte damals einen taktischen Fehler gemacht, denn ich hätte Chruschtschow nicht nur verärgert, sondern dieser hätte mir etwa Wichtiges zu sagen gehabt.“

3) Es fällt auf, daß der schwedische Generalkonsul auch bei dem neuen Gespräch als Vermittler diente. Seitens der Vertretung des Landes Berlin wurde mitgeteilt, daß Abrassimow, der in den vergangenen Jahren stets zu dem „Tag der schwedischen Flagge“ eingeladen worden war, dieses Jahr erstmalig der Einladung Folge geleistet hat.

4) Auf Grund einer Weisung des Herrn Staatssekretärs vom 21.4.<sup>16</sup> ist seinerzeit der Vorgang der Begegnung Brandt/Abrassimow mit besonderer Diskretion behandelt worden. Von einer Unterrichtung der in Frage kommenden Auslandsvertretungen und der Dienststelle Berlin wurde daher abgesehen. Um Mißverständnisse zu vermeiden, regt Abteilung II an, daß den in Frage kommenden Missionen und der Dienststelle Berlin eine zusammenfassende Unterrichtung über die Angelegenheit übermittelt wird.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>17</sup> mit der Bitte um Zustimmung<sup>18</sup> zu dem Vorschlag unter Ziffer 4 vorgelegt.

Wertz

VS-Bd. 4179 (II A 1)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 800*

Zum Besuch des dänischen Ministerpräsidenten Krag vom 7. bis 17. Oktober 1965 in die UdSSR vgl. den Drahtbericht Nr. 229 des Botschafters Buch, Kopenhagen, vom 20. Oktober 1965; VS-Bd. 2455 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1966.

Vom 20. bis 22. Dezember 1965 hielt sich Präsident Kekkonen zu einem inoffiziellen Besuch in Moskau auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1966, Z 13.

<sup>15</sup> Für den 17. Januar 1963 war ein Treffen zwischen dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, und dem damaligen Ministerpräsidenten Chruschtschow in Ost-Berlin geplant, der am VI. Parteitag der SED vom 15. bis 21. Januar 1963 teilnahm. Brandt sagte das Gespräch am 17. Januar 1963 jedoch ab, nachdem die CDU mit der Auflösung der Senatskoalition gedroht hatte. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 27 und Dok. 28.

<sup>16</sup> Für die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vgl. VS-Bd. 4134 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>17</sup> Hat Staatssekretär Carstens am 14. Juni 1966 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Schröder verfügte und die Unterrichtung des Leiters des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, anregte.  
Hat Schröder am 18. Juni 1966 vorgelegen.

<sup>18</sup> Am 14. Juni 1966 vermerkte Staatssekretär Carstens handschriftlich: „Nur Berlin und nur mündlich.“ Vgl. VS-Bd. 4179 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

**Botschafter Knappstein, Washington,  
an Bundesminister Schröder**

**Z B 6-1/10254/66 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 1376**

**Aufgabe: 10. Juni 1966, 21.00 Uhr**  
**Ankunft: 11. Juni 1966, 02.37 Uhr**

Auch für Bundesminister<sup>1</sup> und Staatssekretär

Betr.: Amerikanische Truppen in Europa

Bezug: Laufende Berichterstattung

I. In den letzten Wochen ist die Frage einer eventuellen Reduzierung der in Europa – insbesondere in Deutschland – stationierten amerikanischen Truppen in zunehmendem Maß in den Vordergrund des Interesses der Öffentlichkeit gerückt. Diese Entwicklung beruht auf zwei Umständen:

1) Auf den sich häufenden Forderungen zum Teil bedeutender Kongreßmitglieder (Mansfield, Symington<sup>2</sup> u. a. m.) nach einem Abbau des amerikanischen „Over-commitment“ in der Welt, vor allem aber nach einer Reduzierung der gegenwärtigen Truppenstärke in Europa. Eine von Associated Press am 26. Mai 1966 veröffentlichte Umfrage bei 75 Senatoren, von denen sich 44 für eine Reduzierung der Truppenstärke – davon 15 für eine nur symbolische Präsenz von einer Division – aussprachen, reflektiert diese Stimmungslage besonders deutlich.<sup>3</sup>

Die Faktoren, die hierzu führten, sind vielfältig:

- Die zunehmend spürbare Last des Krieges in Vietnam und die daraus entstehenden innenpolitischen Probleme;
- die NATO-Krise<sup>4</sup>, in deren Gefolge hier und da Zweifel über die Funktionsfähigkeit der Allianz zur Verteidigung Europas aufgetreten sind<sup>5</sup>;

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

<sup>2</sup> Nach seiner Rückkehr von einer elftägigen Europa-Reise erklärte Senator Symington, die USA seien militärisch „über ein erträgliches Maß hinaus verpflichtet“. Die Alliierten müßten deshalb veranlaßt werden, einen größeren Teil der „Kosten der Freiheit“ zu tragen, andernfalls die amerikanischen Verpflichtungen abgebaut werden sollten. Symington fügte hinzu, daß eine größere Anzahl von Truppen aus der Bundesrepublik abgezogen werden könne, ohne die militärische Lage in Europa grundlegend zu beeinträchtigen. In einer Stellungnahme zu den Ausführungen von Symington forderte Senator Mansfield am 5. Mai 1966, die amerikanischen Streitkräfte in Europa auf ein bis zwei Divisionen zu reduzieren. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1102 des Botschafters Knappstein, Washington, vom 9. Mai 1966; Referat II A 6, Bd. 246.

<sup>3</sup> Die Nachrichtenagentur „Associated Press“ richtete an 75 amerikanischen Senatoren die Frage: „Do you believe Western Europe should take over its own primary defenses with United States ground troops reduced to a token level? Why?“ In ihren Antworten sprachen sich 44 Senatoren langfristig für eine Reduzierung aus, von denen aber nur 15 eine sofortige Verringerung bis auf die Stärke einer Division befürworteten. 15 Senatoren antworteten mit „nein“. 16 Senatoren gaben keine Antwort, ließen jedoch erkennen, daß sie einen Truppenabzug grundsätzlich befürworteten. Vgl. den Artikel „44 Senators favor cuts in U.S. Forces in Europe“, THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39570 vom 26. Mai 1966, S. 1.

<sup>4</sup> Zum Stand der Krise in der NATO vgl. Dok. 182.

<sup>5</sup> Zur Frage der Funktionsfähigkeit der NATO vgl. auch Dok. 173.

- die amerikanischen Zahlungsbilanzprobleme<sup>6</sup>, bei denen die Frage des Off-set<sup>7</sup> zunehmend an Gewicht gewinnt;
- das zunehmende Gefühl, die Verteidigungslasten für die freie Welt mehr oder weniger allein tragen zu müssen<sup>8</sup>;
- zunehmende Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der amerikanischen Europa-Politik, die nur zusätzliche Probleme schaffe und Undank ernte;
- eine sogenannte neo-isolationistische Strömung, die die Auffassung vertritt, die USA könnten sich mit ihrem Raketenpotential allein verteidigen;
- die herannahenden Kongreß- und Gouverneurswahlen am 8. November d. J.;
- militärische Überlegungen, die die Belassung von so starken Truppenkontingenten in Übersee im Hinblick auf die inzwischen stark verbesserten Luft-Transportmöglichkeiten als weniger notwendig erscheinen lassen (siehe Eisenhower-Brief an Jackson Committee)<sup>9</sup>;
- politische Tendenzen, die die Wahrscheinlichkeit eines Krieges in Europa für geringer erachten (der Redneraustausch<sup>10</sup> hat diese Vorstellungen verstärkt).

Das Zusammenwirken dieser Faktoren ist auf dem Hintergrund einer anwachsenden – von gewissen Seiten der Regierung (z. B. von McNamara) leider durchaus geförderten – emotionalen Grundströmung zu sehen, wonach den europäischen Alliierten vorgeworfen wird, sie seien nicht gewillt, einen ihrer inzwischen mit amerikanischer Hilfe erreichten Leistungsfähigkeit entsprechenden und den amerikanischen Leistungen vergleichbaren Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung zu leisten und wollten nur im Schutz des amerikanischen Nuklearschirms „fat and lazy“ (Senator McIntyre)<sup>11</sup> ihre Prosperität genießen. Diese Meinung ist zwar nicht neu, gewinnt aber an Boden und Gewicht. Gesteigert wurde sie noch durch die nach amerikanischer Ansicht unzureichende Unterstützung durch die europäischen Verbündeten in Vietnam. Leider ist dabei – zurückgehend auf manche etwas scharfe Äußerungen McNamaras in letzter Zeit – die Tendenz zu beobachten, besonders die Bundesrepublik (ausgenommen ihre Haltung zu Vietnam<sup>12</sup>, die wohl weitgehend anerkannt wird) zu kri-

<sup>6</sup> Zum Zahlungsbilanzdefizit der USA vgl. Dok. 167, Anm. 24.

<sup>7</sup> Zur Frage des Devisenausgleichs zwischen der Bundesrepublik und den USA vgl. zuletzt Dok. 176.

<sup>8</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des amerikanischen Außenministers vom 23. Mai 1966; Dok. 161.

<sup>9</sup> In einer Stellungnahme an den Vorsitzenden des Unterausschusses für nationale Sicherheit und internationale Tätigkeiten des Senats, Jackson, wies der ehemalige Präsident darauf hin, daß die Stationierung von sechs US-Divisionen in Europa von Anfang an nur als eine „Notmaßnahme“ angesehen worden sei, die bei ausreichender militärischer Stärke der Europäer beendet werden sollte. Mit Blick auf die NATO-Krise führte Eisenhower aus: „To make up for the deficit thus created (by France) I think that the other nations, more especially the Federal Republic of Germany, should be encouraged to develop more military power.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1228 des Botschafters Knapstein, Washington, vom 24. Mai 1966; VS-Bd. 934 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966. Am 25. Mai 1966 erläuterte Eisenhower seine Ausführungen im Gespräch mit Knapstein dahingehend, „daß zwei bis drei amerikanische Divisionen genügen würden, um im Rahmen der NATO die Sicherheit Europas zu garantieren, vor allem angesichts des Atomschirms der USA und der [...] schnellen Transportfähigkeit militärischer Verbände“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1259 vom 26. Mai 1966; VS-Bd. 934 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>10</sup> Zum geplanten Redneraustausch zwischen SPD und SED vgl. zuletzt Dok. 172.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 161, Anm. 9.

<sup>12</sup> Zur Entsendung eines Hospitalschiffes nach Vietnam durch die Bundesregierung vgl. Dok. 39. Zu den rechtlichen und politischen Einwänden der Bundesregierung gegen eine Entsendung von Bundeswehrseinheiten nach Vietnam vgl. Dok. 24 und Dok. 115.

tisieren, was durch die gegenwärtigen Schwierigkeiten beim „Offset“ gefördert wird.

2) Die unerfreuliche Entwicklung beruht ferner auf einer Reihe von Pressemeldungen, in denen sich widerstreitende Nachrichten und Dementis von amerikanischer und deutscher Seite zur Frage des Truppenabzuges vielfach sensationell herausgestellt wurden.<sup>13</sup> Diese haben auch seriöse nichtdeutsche Blätter, wie z.B. kürzlich die „London Times“<sup>14</sup>, zu weitgehenden Spekulationen über angebliche langfristige amerikanische Planungen veranlaßt.

## II. 1) Kurzfristige Aspekte: (geringfügige Reduktionen etwa binnen Jahresfrist)

Als primärer Grund dafür käme ein Einsatz in Vietnam oder im Zusammenhang mit den Erfordernissen für Vietnam in Frage. Die zweifellos weiterhin geltende offizielle Haltung der amerikanischen Regierung wurde anlässlich der NATO-Ministerratstagung im Dezember 1965 in Paris<sup>15</sup> festgelegt. Danach sollen keine „Major Combat Units“ abgezogen werden. Eine Definition dieses Begriffs liegt nicht vor, doch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß es sich nicht nur nicht um Einheiten in Divisionsstärke, sondern nicht einmal um Einheiten in Kampfbataillonsstärke<sup>16</sup> handelt. Die Formulierung läßt den Abzug von Spezialisten und eventuell auch von kleineren Spezialeinheiten (construction units, Fernmelde-, Versorgungseinheiten) zu.<sup>17</sup> Diese Haltung ist in öffentlichen und internen Erklärungen von höchster Regierungsseite immer wieder bestätigt worden. Soweit bereits Spezialisten abgezogen wurden, sollen diese durch nicht ausgebildete Truppen ersetzt und soll die bisherige Stärke von 225 000 Mann in Deutschland bis Ende des Jahres wiederhergestellt werden (vgl. dazu die Erklärungen von Präsident Johnson gegenüber Außenminister Luns – DB 349 vom 16.2.66 geheim<sup>18</sup> und 359 vom 17.2.66 geheim<sup>19</sup> – und

<sup>13</sup> Vgl. dazu Dok. 176, Anm. 5.

Vgl. ferner den Artikel „Dreimal Heldenklau“, DER SPIEGEL, Nr. 24 vom 6. Juni 1966, S. 78–80.

<sup>14</sup> Vgl. den Artikel „America to cut her forces in Europe“, THE TIMES, Nr. 56645 vom 31. Mai 1966, S. 1. Vgl. ferner den Artikel „Case for U.S. cutting forces in Europe“, THE TIMES, Nr. 56650 vom 6. Juni 1966, S. 7.

<sup>15</sup> Zur NATO-Ministerratstagung vom 14. bis 16. Dezember 1965 vgl. AAPD 1965, III, Dok. 473.

<sup>16</sup> In einem Hintergrundgespräch für die Presse bekräftigte der amerikanische Verteidigungsminister McNamara am 1. Juni 1966, daß die USA nicht beabsichtigten, mit Blick auf Vietnam eine „major unit“ aus Europa abzuziehen. Er fuhr fort: „I am not going to try to define a major unit, but it is something more than one man. As the New York Times reported this morning, opinion here, meaning in Bonn, is always very nervous about any sign any western power is withdrawing a single batalion. We haven't withdrawn as much as a single batalion. I rather doubt that we will have to withdraw a single batalion. In any case, we don't anticipate withdrawing a major unit.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1393 des Botschafters Knappstein, Washington, vom 15. Juni 1966; VS-Bd. 5099 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>17</sup> Zum geplanten Abzug von Spezialeinheiten der amerikanischen Streitkräfte aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 110, Anm. 23 und 25–27.

<sup>18</sup> Botschafter Knappstein, Washington, übermittelte Informationen der niederländischen Botschaft, denenzufolge der amerikanische Präsident dem niederländischen Außenminister versichert habe, daß an einen Abzug amerikanischer Truppen aus Europa nicht gedacht werde. Johnson habe jedoch hinzugefügt, „daß er in die Lage kommen könnte, sich seine Handlungsfreiheit in dieser Lage zurückzunehmen, wenn die europäischen Verbündeten weiterhin zögerten, den amerikanischen Einsatz in Vietnam moralisch, politisch, wirtschaftlich und durch nicht-militärischen Einsatz“ zu unterstützen. Vgl. VS-Bd. 2649 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>19</sup> Gesandter von Lilienfeld, Washington, teilte mit, die niederländische Botschaft habe die Ausführungen von Präsident Johnson gegenüber dem niederländischen Außenminister Luns dahingehend korrigiert, daß die mögliche Rückgewinnung der Handlungsfreiheit nicht so sehr im Zusam-

von McNamara gegenüber Bundesminister von Hassel vom 13.5.1966<sup>20</sup> und gegenüber dem stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Barzel vom 14.4.1966<sup>21</sup>; ferner die Erklärungen von Rusk in der Pressekonferenz vom 27.5.1966<sup>22</sup>).

Es besteht kein Anlaß, an diesen Erklärungen zu zweifeln. Es muß allerdings damit gerechnet werden, daß der Bedarf an Spezialisten und damit ein laufender Austausch fort dauert, wodurch im Effekt die Kampfkraft der amerikanischen Truppen in Europa, wenigstens auf der Seite der Mannschaften, wenn auch nicht der Feuerkraft, allmählich doch absinken dürfte. Soweit dieser Austausch von der Notwendigkeit des Vietnamkonflikts diktiert wird – und als Alternative nur eine Einberufung von Reserven offenstünde – erscheint es jedoch ausgeschlossen, die USA von solchen Maßnahmen abzuhalten und auch nicht ratsam, ihnen hierbei etwa Schwierigkeiten zu bereiten.

Gegen eine kurzfristige über das obige Ausmaß hinausgehende – substantielle – Reduzierung sprechen neben den offiziellen Erklärungen folgende Gründe:

- a) Das Bewußtsein, daß zur Aufrechterhaltung der Sicherheit in Europa und damit der Sicherheit der USA weiterhin ein starkes Abschreckungspotential nötig ist, das mit auf der Anwesenheit der US-Einheiten in ihrer jetzigen Stärke beruht. McNamara sagte z. B. vor dem Armed Services Committee des Senats am 20.1.1966<sup>23</sup>: „We would be destroying our own security if we were forced to withdraw our forces because we would so weaken Western Europe that almost surely there would be some Soviet or Eastern European bloc pressure upon it with great disadvantages to ourselves.“
- b) die Erkenntnis, daß ein Abzug von US-Einheiten zur Aufgabe der amerikanischen strategischen Konzeption der „flexible response“<sup>24</sup> und damit zu einer Senkung der nuklearen Schwelle führen müßte;
- c) das Bewußtsein, daß ein Abzug von US-Einheiten ausgerechnet während der NATO-Krise vielleicht den Todesstoß für die NATO bedeuten könnte (vgl. dazu die Ausführungen von McCloy vor dem Senat, Drahtbericht 1249 vom 25.5.66)<sup>25</sup>;
- d) die Annahme, daß der gegenwärtige Truppenbedarf in Vietnam noch ohne die – mit Rücksicht auf die November-Wahlen unerwünschte – Einberufung von Reserven gedeckt werden kann. Dazu kommt, daß die in Europa stehenden hochmechanisierten Verbände als solche wohl für den Einsatz in Vietnam kaum verwendbar sind;

*Fortsetzung Fußnote von Seite 804*

menhang mit der gewünschten Unterstützung für Vietnam als vielmehr mit der Frage der amerikanischen Zahlungsbilanz geäußert worden sei. Vgl. VS-Bd. 934 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>20</sup> Zum Treffen des Bundesministers der Verteidigung mit seinem amerikanischen Kollegen vgl. auch Dok. 161.

<sup>21</sup> Zur Reise des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion vom 12. bis 15. April 1966 in die USA vgl. Dok. 128.

<sup>22</sup> Vgl. dazu den Artikel „U.S. tells NATO G.I.'s in Germany will stay there“; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39571 vom 28./29. Mai 1966, S. 1.

<sup>23</sup> Zu den Ausführungen des amerikanischen Verteidigungsministers vgl. den Artikel „McNamara über die Kosten des Vietnamkrieges“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 21 vom 22. Januar 1966, Bl. 2.

<sup>24</sup> Vgl. dazu Dok. 171, Anm. 6.

<sup>25</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vgl. Referat II A 7, Bd. 1224. Für einen Auszug vgl. Dok. 167, Anm. 2.

e) das Bewußtsein, daß ein einseitiger Abzug von Truppen ohne entsprechende sowjetische Gegenleistung, wofür z. Z. kein Hinweis spricht, die eigene Verhandlungsposition in Entspannungsfragen gegenüber der Sowjetunion schwächen müßte<sup>26</sup>;

f) das Bewußtsein, daß ein einseitiger Abzug den Einfluß und die Glaubwürdigkeit der USA in Europa stark beeinträchtigen würde.

Wegen der geschilderten Umstände ist daher nicht anzunehmen, daß der Druck von seiten des Kongresses die – kurzfristigen – Entscheidungen der Regierung wesentlich beeinflussen wird. Was das Verlangen angeht, daß die europäischen Alliierten mehr zur gemeinsamen Verteidigung beitragen sollen, so hat McNamara selbst am 21. 1. 1966 vor dem Armed Services Committee des Senats gesagt: „I think we must be practical in facing the problem, however, and expect to work it out over a period of years rather than immediately. It cannot be solved within a relatively short period of time.“

### III. Längerfristige Aspekte:

Auf lange Sicht gesehen besteht jedoch nach meiner Beurteilung kein Zweifel, daß sich die Regierung dem Druck von Kongreß und Öffentlichkeit auf die Dauer nicht widersetzen können und wollen. Wir müssen daher damit rechnen, eines Tages ernsthaft mit der Frage einer beträchtlichen Truppenreduzierung konfrontiert zu werden. Offiziell erklärt die Regierung weiterhin, die amerikanischen Truppen würden so lange in Europa bleiben, als sie „gebraucht würden und erwünscht seien“.

Bei der Beurteilung der – längerfristigen – Entwicklung sind aber folgende Faktoren zu beachten:

a) 21 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges ist die Stimmung der Bevölkerung nicht mehr so einfach für einen weiteren unbefristeten Aufenthalt von Truppen, das heißt von Wehrpflichtigen, im Ausland zu gewinnen. Die Forderung „bring the boys home“, die Eisenhower sich im Wahlkampf 1952 während des Koreakriegs so erfolgreich zu eigen machte, hat auch heute noch eine nicht zu unterschätzende Anziehungskraft. Die Frage der Truppenstationierung wird im Zusammenhang mit der Präsidentenwahl 1968<sup>27</sup> sicherlich an Gewicht gewinnen, zumal die Republikaner dieses Thema möglicherweise aufgreifen werden. (Vgl. auch Eisenhowers Brief an Senator Jackson, sowie mein Gespräch mit ihm – DB 1209 VS-vertraulich vom 20. 5. 1966<sup>28</sup>; DB 1228 offen vom 24. 5. 1966; DB 1259 geheim vom 26. 5. 1966).

b) Sollte der Vietnamkonflikt eine Einberufung der Reserven verlangen, so würde der Druck in der Frage einer Truppenreduktion in Europa erheblich ansteigen.

c) Die bereits vor der Vietnam-Krise eingeleitete Reorganisation des militärischen Gefüges der USA mit Schwergewicht auf einer starken strategischen Reserve im Lande, gekoppelt mit einem forcierten Ausbau der Mobilität durch eine gewaltige Lufttransportflotte, kann sich ebenfalls auf die Stationierung in

<sup>26</sup> Vgl. dazu Dok. 217.

<sup>27</sup> Die Präsidentschaftswahlen in den USA fanden am 5. November 1968 statt.

<sup>28</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vgl. VS-Bd. 934 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.



Europa auswirken und nach Meinung hiesiger Militärs die Präsenz von starken Verbänden in minder gefährdeten Übersee-Gebieten erübrigen. Man glaubt hier mehr und mehr, daß zu diesen bald auch Europa gehören werde. Der Aufbau einer Flotte von großen Lufttransportern (C-5 A) hat begonnen; in etwa drei Jahren werden die ersten Flugzeuge einsatzbereit sein.<sup>29</sup>

d) Eine Beruhigung der NATO-Krise und eventuell die Konsolidierung einer reformierten NATO könnte eine besondere Rücksichtnahme auf die zur Zeit prekäre NATO-Situation weniger erforderlich erscheinen lassen.

e) Eine Regelung der Frage des „nuclear sharing“<sup>30</sup> innerhalb der Allianz würde Reduzierungen ebenfalls psychologisch erleichtern.

f) Sollte sich im Verlauf der NATO-Krise herausstellen, daß das Ziel der konventionellen Verteidigung gegen konventionelle Angriffe im Sinne der „flexible response“ nicht erreicht werden kann oder sollten die europäischen Partner diesem Konzept noch reservierter entgegenreten als bisher, so dürften die USA ihre Strategie früher oder später überprüfen. Sollten sie dann von einer konventionellen Option mehr abgehen, würde ein wichtiger Grund für ihre Präsenz in Europa in gegenwärtiger Stärke entfallen.

g) Die Probleme der amerikanischen Zahlungsbilanz könnten die USA mehr und mehr auf den Weg einer Truppenreduktion drängen, insbesondere wegen der steigenden Devisenausgaben in Vietnam. McNamara hat in seinen Besprechungen mit Bundesminister von Hassel erneut betont, daß die Stärke der amerikanischen Präsenz vom Devisenausgleich abhängig sei (vgl. DB Nr. 1227 geheim vom 24.5.66)<sup>31</sup>. Zwar sind die USA ernsthaft über diese Implikationen besorgt und suchen nach Ausweichmöglichkeiten, sie werden jedoch auf einer Zahlung der Offset-Beträge bestehen. Die alternative Möglichkeit, das Zahlungsbilanzdefizit durch eine wirklich entschiedene Drosselung der Auslandsinvestitionen oder des Touristenverkehrs zu verringern, würde innenpolitisch mit Sicherheit ebenfalls einen erhöhten Druck in Richtung auf einen Abbau der Streitkräfte in Europa auslösen. Der Devisenausgleich ist in der Hauptsache ein innenpolitisches Problem.

h) Schließlich, und dies sollte nicht unterschätzt werden, wird die emotionale Tendenz, die Leistungen der Europäer für die gemeinsame Verteidigung der freien Welt als im Verhältnis zu denen der USA als zu gering zu empfinden, die weitere Entwicklung stark beeinflussen. Diese Auffassung tritt nicht nur in Presse und Kongreß auf, auch der Präsident und höchste Regierungsmitglieder haben sie wiederholt vertreten. Überaus deutlich erklärte McNamara am 21. Januar 1966 vor dem Armed Services Committee des Senats: „I think we can say to the Germans, as we have, that over a reasonable period of time either we must have a collective defense of the free world or we are not going to have any

<sup>29</sup> Am 18. Mai 1966 erläuterte der amerikanische Verteidigungsminister McNamara in Montreal die Grundsätze der amerikanischen Sicherheitspolitik. Er führte u. a. aus: „Further, throughout the next decade advancing technology will reduce the requirements for bases and staging rights at particular locations abroad, and the whole pattern of forward deployment will gradually change.“ Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 54, 1966, S. 877. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 328.

<sup>30</sup> Zur Frage der nuklearen Mitbeteiligung vgl. Dok. 97.

<sup>31</sup> Vgl. Dok. 161.

defense at all because this country (USA) is not going to continue to bear a disproportionate burden of the defense of the free world and we certainly aren't going to defend it alone.“ Ähnlich äußerte sich McNamara in seiner bemerkenswerten Rede in Montreal am 18.5.1966.<sup>32</sup>

IV. Die Frage, wann und in welchem Umfang diese längerfristigen Faktoren sich auswirken werden, kann nicht genau beantwortet werden. Abgesehen von der Tatsache, daß diese Faktoren alle von einer Reihe von möglichen Entwicklungen abhängen, sollte nicht übersehen werden, daß letztlich jede Entscheidung der USA über ihre militärische Präsenz in Europa maßgeblich von der gesamtpolitischen Lage bestimmt werden wird. Allerdings sollte nicht außer acht gelassen werden, daß diese Beurteilung der Lage von verschiedenen der erwähnten Faktoren beeinflußt werden und von der emotionalen Grundstimmung nicht frei sein wird.

Die in den letzten Monaten in dieser Frage von amerikanischer Seite eingeschlagene Politik der Zusicherungen, „leaks“ und Dementis wie auch die letzten öffentlichen Auseinandersetzungen über die Verbindung zwischen Offset und Truppenverbleib erscheinen mir recht unglücklich, da sie die Beziehungen zwischen beiden Ländern unnötig belasten und die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Haltung beeinträchtigen. Wir sollten daher m. E. das „Tabu“, das nach den Vorstellungen der Amerikaner bei uns in der Truppenfrage besteht und das sie wohl bisher mit abgehalten hat, dieses Problem mit uns freimütig zu diskutieren, selber durchbrechen und realistisch und nüchtern die möglichen Alternativen der weiteren Zukunft gemeinsam mit ihnen überprüfen – auch im Hinblick auf die gesamtpolitische Entwicklung und mögliche Gegenleistungen der Sowjets. Auch sollte das direkte Junktim zwischen den Offset-Zahlungen und der Truppenpräsenz unbedingt aufgehoben werden. Außerdem wäre es wichtig, daß die von amerikanischer Seite uns immer wieder gegebene Zusage eingehalten wird, mögliche Veränderungen in der Truppenstärke rechtzeitig mit uns und auch mit der NATO vorher zu konsultieren anstatt sie zu „leaken“ und vor allem die Form und den Zeitpunkt der Bekanntgabe mit uns abzustimmen.

Da die meisten der unter III a) bis h) aufgeführten Faktoren, mit Ausnahme von g) und b), sich weitgehend unserer direkten Einwirkung entziehen, sollten wir uns auf lange Sicht auf die Möglichkeit eines umfangreicheren Truppenabzugs einstellen und nach möglichen Alternativlösungen suchen, um nicht eines Tages unvorbereitet von solchen Tendenzen und Maßnahmen überrascht zu werden.

Ich möchte darum bitten, daß dieser Bericht – trotz seiner Länge – dem Herrn Staatssekretär und dem Herrn Minister vorgelegt wird.

[gez.] Knapstein

**VS-Bd. 10078 (Ministerbüro)**

<sup>32</sup> Der amerikanische Verteidigungsminister betonte, daß die USA mehr Soldaten stellten als alle Staaten Westeuropas zusammen, obwohl deren Bevölkerung eineinhalb mal größer als die amerikanische sei. McNamara fuhr fort: „Now, the American people are not going to shirk their obligations in any part of the world, but they clearly cannot be expected to bear a disproportionate share of the common burden indefinitely.“ Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 54, 1966, S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 330.

190

**Bundesminister Schröder an  
Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg**

**St.S. 1428/66 geheim****10. Juni 1966<sup>1</sup>****Betr.: Französische Truppen in Deutschland**

Für die von Ihnen mit der französischen Regierung zu führenden Verhandlungen<sup>2</sup> erteile ich Ihnen folgende Instruktionen:

1) Ihr Auftrag geht dahin,

mit den Franzosen eine neue Vereinbarung über das Aufenthaltsrecht der französischen Truppen in Deutschland zu schließen und

durch eine weitere Vereinbarung die Bestimmungen über die Rechtsstellung der französischen Truppen in Deutschland der veränderten Lage anzupassen.

2) Nicht dagegen werden Sie über die militärpolitischen Fragen verhandeln, die im Zusammenhang mit der künftigen Stationierung französischer Truppen in Deutschland zu lösen sein werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Definition des Auftrags und der Aufgaben der französischen Truppen in Deutschland;

Bestimmungen über das Alarmverfahren;

Regelung der Luftverteidigung;

Herstellung von Verbindungen zwischen den französischen Stäben und den NATO-Stäben im Frieden;

Unterstellung der französischen Truppen unter den NATO-Oberbefehl im Verteidigungsfall;

Überflugrechte.

Diese Fragen werden zwischen Frankreich und den anderen 14 NATO-Partnern verhandelt werden.<sup>3</sup>

Ich bitte Sie jedoch, schon in der ersten Besprechung mit Ihren französischen Verhandlungspartnern deutlich zu machen, daß wir den Sinn und Zweck der französischen militärischen Präsenz in Deutschland in der Teilnahme an der gemeinsamen Verteidigung sehen. Es handele sich um zwei Komplexe, einmal um den militärisch-politischen, der zwischen Frankreich und den 14 Staaten zu behandeln sein wird, zum anderen um die Frage des Aufenthalts und der Statusrechte der französischen Streitkräfte in Deutschland. Diese bildeten den

<sup>1</sup> Durchschlag als Reinkonzept.

Das Schreiben wurde von Staatssekretär Carstens konzipiert, der am 13. Juni 1966 die Weiterleitung an Bundesminister Schröder „zur Unterschrift“ verfügte.

Hat Carstens erneut am 16. Juni 1966 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[undes]Min[ister] v[on] Hassel hat K[enntnis] genommen.“

<sup>2</sup> Zur Aufnahme deutsch-französischer Verhandlungen über den Status der französischen Truppen in der Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 186.

<sup>3</sup> Zu den geplanten Verhandlungen der Vierzehn mit Frankreich vgl. Dok. 182, besonders Anm. 15 und 17, sowie Dok. 185, Anm. 15. Vgl. dazu weiter Dok. 206.

Gegenstand der gegenwärtigen Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich. Wir maßten dem militärisch-politischen Komplex eine sehr große Bedeutung bei, und alle Verhandlungen im bilateralen Bereich würden unter dem Vorbehalt einer Einigung über den militärisch-politischen Komplex stehen. Nach unseren Vorstellungen müßten die Verhandlungen zu beiden Themenbereichen parallel geführt werden.

3) Der wesentliche Inhalt des neuen Aufenthaltsvertrages ist zwischen Staatssekretär Carstens, dem amerikanischen und dem britischen Botschafter in der Drei-Mächte-Arbeitsgruppe im April und Mai dieses Jahres erörtert worden. Sie finden das Ergebnis in dem Bericht der Drei-Mächte-Arbeitsgruppe, den Staatssekretär Carstens unserem ständigen Vertreter im Nordatlantik-Rat mit Schreiben vom 7. Mai 1966<sup>4</sup> übersandt hat (Anhang IV des Berichts)<sup>5</sup>. Wesentlich ist dabei, daß die Standorte der französischen Truppen und Anlagen im Bundesgebiet<sup>6</sup> künftig zwischen den beiden Regierungen vereinbart werden müssen. Ferner muß das neue Abkommen auf Wunsch jedes der beiden Teile beendet werden können.

Wenn von französischer Seite angeboten wird, die Frage der Beendigung des Aufenthaltsrechts der französischen Truppen durch eine Vereinbarung über die Interpretation des Vertrags von 1954<sup>7</sup> zu lösen<sup>8</sup>, so sollten Sie um eine genauere Darlegung des französischen Standpunkts bitten und sodann erklären, die Frage müßte genau geprüft werden.

4) Sie sollten vorschlagen, zunächst in die Verhandlungen über die Rechtsstellung der französischen Truppen in Deutschland einzutreten. Sie sollten erklären, daß in diesem Punkt die Unterschiede der beiderseitigen Auffassungen nach dem bisherigen Notenwechsel<sup>9</sup> weniger groß seien als hinsichtlich der Frage des Aufenthaltsrechts der französischen Truppen. Es werde möglicherweise leichter sein, sich über den letzteren Punkt zu verständigen, wenn man sich hinsichtlich der Rechtsstellung einig geworden sei.

Sie sollten Ihrem französischen Verhandlungspartner die Themen nennen, über die zu verhandeln sein wird. Sie ergeben sich aus Anlage IV C des erwähnten Berichts der Drei-Mächte-Gruppe vom 7. Mai 1966.<sup>10</sup>

Sie sollten hervorheben, daß das neue Abkommen den Grundsätzen der Gleichberechtigung und der Gegenseitigkeit sowie der Hoheitsgewalt des Aufnahmestaates Rechnung tragen müsse. Auch dieses Abkommen müsse beendbar sein.

<sup>4</sup> Vgl. Dok. 137.

<sup>5</sup> Für eine deutsche Fassung des Berichts der Drei-Mächte-Arbeitsgruppe vom 7. Mai 1966 vgl. VS-Bd. 2477 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>6</sup> Zu den in der Bundesrepublik stationierten französischen Luftstreitkräften und Heeresverbänden vgl. Dok. 149, Anm. 2 und 3.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 23. Oktober 1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (Aufenthaltsvertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 253–255.

<sup>8</sup> Zur französischen Rechtsauffassung vgl. zuletzt Dok. 134.

<sup>9</sup> Das Aide-mémoire der französischen Regierung vom 29. März 1966, mit dem der Beschluß, ihre Truppen aus der NATO-Integration herauszulösen, präzisiert und hierzu ein „Zeitplan“ bekanntgegeben wurde, wurde von der Bundesregierung in einer Note am 3. Mai 1966 beantwortet. Vgl. dazu Dok. 131 und Dok. 134.

Zum französischen Aide-mémoire vom 18. Mai 1966 vgl. Dok. 156, besonders Anm. 6.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Dok. 137, Anm. 17.

5) Eine besondere Bedeutung kommt dem Datum des 1. Juli 1966 zu, da die französische Regierung angekündigt hat, daß sie an diesem Tage ihre Truppen dem gemeinsamen NATO-Oberbefehl entziehen wird.<sup>11</sup> Nach unserer Auffassung können die französischen Truppen von diesem Zeitpunkt ab ihre Stationierungsrechte gemäß dem Aufenthaltsvertrag vom 23. Oktober 1954 nicht mehr ausüben.<sup>12</sup>

6) Schon bei Ihrer ersten Zusammenkunft mit Ihrem französischen Partner sollten Sie die Frage erörtern, was am 1. Juli 1966 geschehen wird. Sie sollten darlegen, welche Schwierigkeiten die von Frankreich einseitig getroffene Festlegung dieses Datums mit sich bringt. Es sei kaum anzunehmen, daß man bis dahin über alle strittigen Fragen Einvernehmen erzielt haben würde. Die einfachste Lösung würde daher darin bestehen, daß die französische Regierung die von ihr selbst gesetzte Frist verlängert, bis eine Einigung über die offenen Fragen zustande kommt.<sup>13</sup> Sie sollten Ihren französischen Gesprächspartner fragen, ob seine Regierung dazu bereit sei, und Sie sollten mit Nachdruck darauf hinweisen, daß dies die im gemeinsamen Interesse beste Lösung sei, und sicher diejenige Lösung, die dem Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit von 1963<sup>14</sup> am besten entsprechen würde.<sup>15</sup>

7) Falls Ihr französischer Partner die Verlängerung der Frist ablehnt, sollten Sie erklären, daß wir uns bereit finden würden, den französischen Streitkräften, die sich auf deutschem Boden befinden, angesichts der schwebenden Verhandlungen und in der Erwartung, daß diese Verhandlungen innerhalb eines angemessenen Zeitraums zu einer vereinbarten Lösung führen würden, eine vorläufige, jederzeit widerrufbare Erlaubnis zum weiteren Verbleib im Bundesgebiet zu erteilen. Wir würden in diesem Falle zum Ausdruck bringen, daß die Stationierungsrechte nach dem Vertrag von 1954 nicht mehr ausgeübt werden könnten. Außerdem würden wir bestimmte Maßnahmen ergreifen, die den Grundsätzen der Gleichberechtigung, der Gegenseitigkeit sowie unserer Hoheitsgewalt über das Bundesgebiet Rechnung trügen. Wir erwögen zur Zeit unter anderem, zum 1. Juli einen deutschen militärischen Vertreter im Generalsrang zu bestellen, der die deutsche Gebietshoheit gegenüber dem Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte in Deutschland repräsentieren werde.<sup>16</sup>

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 100, Anm. 14. Vgl. ferner Dok. 137, Anm. 10.

<sup>12</sup> Vgl. dazu Dok. 131, besonders Anm. 13.

<sup>13</sup> Zur Frage der Stellung der französischen Truppen in der Bundesrepublik in der Übergangsphase bis zum Inkrafttreten einer Neuregelung vgl. Dok. 137, besonders Anm. 12 und 13, sowie Dok. 155, Anm. 10.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>15</sup> Bei den deutsch-französischen Verhandlungen am 13. Juni 1966 in Bonn erklärte der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, de Beaumarchais, eine Fristverlängerung komme nicht in Betracht, da die zum 1. Juli 1966 angekündigten Maßnahmen auch andere als die in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte betreffen. Statt dessen regte er eine Zwischenlösung an, wonach während der Verhandlungen der Status der französischen Truppen in der Bundesrepublik weiterhin von den geltenden Abkommen bestimmt werden sollte. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 14. Juni 1966; VS-Bd. 2478 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>16</sup> Auf Rückfrage präzierte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 13. Juni 1966 diesen Punkt dahingehend, daß in der Übergangsphase das französische Aufenthaltsrecht „nurmehr auf Erklärung der Bundesregierung beruhen würde, nicht mehr auf Aufenthaltsvertrag von 1954“. Der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, de Beaumarchais, entgegnete demgegenüber,

8) Sie sollten an Ihren französischen Verhandlungspartner die Frage richten, ob die französische Regierung die Absicht habe, bestimmte, im Bundesgebiet stationierte französische Einheiten ohne Rücksicht auf den Ausgang der Verhandlungen abzuziehen. Wir hörten, daß die französischen Luftabwehrstreitkräfte und die französischen Luftstreitkräfte in jedem Fall abgezogen würden. Wenn dies die Absicht der französischen Regierung sei, möge sie es uns umgehend mitteilen, da dies für die weiteren Verhandlungen von beträchtlicher Bedeutung sei. Man müsse den Gegenstand kennen, über den verhandelt werde.<sup>17</sup> Sie sollten diesen Punkt besonders nachdrücklich behandeln.

9) Sollte sich Ihr französischer Partner unter Hinweis auf das Vorbehaltsrecht aus Artikel 4 Absatz 2 Satz 1 und Artikel 2 des Deutschlandvertrags<sup>18</sup> darauf berufen, daß die für die Ausübung des Berliner und des Gesamtdeutschen Vorbehalts erforderlichen französischen Streitkräfte in jedem Falle im Bundesgebiet stationiert werden dürften, so können Sie erklären, daß wir die Rechte aus dem Deutschlandvertrag nicht in Frage stellten. Diesbezügliche Einzelheiten brauchten nach Ihrer Auffassung jetzt nicht diskutiert zu werden.<sup>19</sup>

10) Einen neuen Verhandlungstermin sollten Sie nicht schon am 13. Juni vereinbaren. Sie sollten vielmehr erklären, daß es uns zweckmäßig erscheine, wegen der notwendigen Parallelität zwischen diesen bilateralen Verhandlungen und den Verhandlungen im NATO-Rat einen neuen Termin festzusetzen, sobald die ersten Erörterungen im NATO-Rat stattgefunden hätten. Wir nähmen an, daß dies in der am 13. Juni beginnenden Woche der Fall sein werde.<sup>20</sup>

Schröder<sup>21</sup>

#### VS-Bd. 434 (Büro Staatssekretär)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 811*

für die französische Regierung blieben die Verträge von 1954 die Rechtsbasis. Die Herauslösung der Streitkräfte aus der NATO-Integration ändere nichts an den vorbehaltenen Stationierungsrechten, die sich einer vertraglichen Modifizierung entzögen. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Meyer-Lindenberg vom 14. Juni 1966; VS-Bd. 2478 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>17</sup> Am 13. Juni 1966 teilte der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, de Beaumarchais, mit, „er glaube zu wissen, daß französische Regierung SHAPE den Abzug von 15 Flugzeugen notifiziert habe. Vorgesehen sei außerdem der Abzug bestimmter (ihm im einzelnen nicht näher bekannter) Einheiten, die zu automatischem Eingreifen aufgrund bestehender Regelungen bestimmt sind.“ Auf Nachfrage erklärte de Beaumarchais, daß kein sofortiger Abzug beabsichtigt sei und über die Fristen Gespräche zwischen dem französischen Oberkommando und SHAPE aufgenommen würden. Von dem Abzug seien auch die Nike- und Hawk-Einheiten betroffen. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 14. Juni 1966; VS-Bd. 2478 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut vgl. Dok. 134, Anm. 9 und 10.

<sup>19</sup> In den deutsch-französischen Verhandlungen am 13. Juni 1966 legte der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, de Beaumarchais, den Entwurf einer einseitigen Erklärung vor, in der die französische Regierung den Wunsch der Bundesregierung nach Fortdauer der Stationierung französischer Truppen in der Bundesrepublik zur Kenntnis nahm und feststellte, daß das Stationierungsrecht auf der Grundlage von Artikel 4, Absatz 2 des Deutschlandvertrages vom 23. Oktober 1954 ausgeübt werde. Ferner wurde erklärt: „que l'exercice du droit de stationnement desdites forces sur le territoire de la République fédérale dépendra, pour ce qui concerne celle-ci, de l'accord du Gouvernement fédéral“. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 14. Juni 1966; VS-Bd. 2478 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Zu den rechtlichen Einwänden gegen eine einseitige Erklärung vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Blomeyer vom 15. Juni 1966; VS-Bd. 5639 (V 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>20</sup> Vgl. weiter Dok. 224.

<sup>21</sup> Paraphe vom 14. Juni 1966.

## 191

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker****I B 4-82.00/92.-/841/66 geheim****15. Juni 1966<sup>1</sup>**

Betr.: Gespräch mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga Hassouna am  
12. und 13. Juni 1966

I. Die Arabische Liga hatte im März eine Entscheidung über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland<sup>2</sup> aufgeschoben und den Generalsekretär der Liga beauftragt, deshalb mit der Bundesregierung Kontakt aufzunehmen, um größere Klarheit über die künftige Gestaltung der deutsch-israelischen wie der deutsch-arabischen Beziehungen zu erlangen.<sup>3</sup> Generalsekretär Hassouna hat sich mit dieser Kontaktaufnahme nicht beeilt; wir haben uns unsererseits bewußt zurückgehalten. Nachdem Herr Hassouna uns jedoch Anfang dieses Monats von Genf aus auf dem offiziellen Weg über den hiesigen Vertreter des Ligabüros, Herrn Azzam, wissen ließ, daß ihm an einem baldigen Gespräch an einem dritten Ort gelegen sei, bestand für uns kein Grund mehr, der Begegnung auszuweichen. Für Zürich als Treffpunkt sprach die Tatsache des neutralen Schweizer Bodens sowie der Größe und des Charakters der Stadt, die eine Geheimhaltung begünstigten. Der Weisung des Herrn Staatssekretärs entsprechend, habe ich daher am 12. und 13. Juni im Hotel Baur au Lac mehrstündige Gespräche mit Herrn Hassouna unter vier Augen geführt. Nur bei dem abschließenden Mittagessen am 13. hat Herr Azzam vom Ligabüro in Bonn teilgenommen.

II. Das Ergebnis der Gespräche kann wie folgt zusammengefaßt werden:

- 1) Die arabischen Staaten sind im allgemeinen an einer Wiederaufnahme der Beziehungen zu uns interessiert; dasselbe gilt für die Liga als solche, insbesondere wohl für Generalsekretär Hassouna persönlich, der aus seinen Sympathien für Deutschland keinen Hehl macht.
- 2) Wenn die erforderlichen vorbereitenden Gespräche erfolgreich verlaufen, sollte – nach Hassounas Ansicht – eine positive Entscheidung der Liga auf ihrer geplanten Gipfelkonferenz im September<sup>4</sup> möglich sein. Herr Hassouna scheint hiermit zu rechnen. Anschließend würden die einzelnen arabischen Staaten die Wiederaufnahme in bilateralen Verhandlungen mit uns regeln. Diesem Vorschlag Hassounas habe ich umso bereitwilliger zugestimmt, als er uns die Möglichkeit geben wird, in dem Modus der Wiederaufnahme zwischen den uns in der Deutschlandfrage loyal gesonnenen arabischen Staaten und den Doppelspielern zu unterscheiden und von den Letzteren unter Umständen gewisse Zusicherungen zu erhandeln.

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Mehrzahl der arabischen Staaten vgl. Dok. 21, Anm. 18.

<sup>3</sup> Zu der von der Gipfelkonferenz der Arabischen Liga am 17. März 1966 verabschiedeten Resolution vgl. Dok. 95, besonders Anm. 10.

<sup>4</sup> Zur geplanten Konferenz der Staats- und Regierungschefs in Algier vgl. Dok. 95, Anm. 9.

3) Herr Hassouna hält es für wesentlich, den arabischen Regierungen klarmachen zu können, daß sich unsere Beziehungen zu Israel wirklich normalisiert haben und daß dies auch auf das jüngst abgeschlossene Wirtschaftsabkommen<sup>5</sup> zutrifft. Herr Hassouna schien in dieser Hinsicht noch erhebliche Zweifel zu haben. Ich habe versucht, seine Bedenken auszuräumen, indem ich ihm erklärte, daß wir eine völlige Normalisierung der Beziehungen zu Israel beabsichtigten, auch wenn diese nicht mit einem Schlage zu verwirklichen sei. Unser Wirtschaftsabkommen mit Israel entspräche in allen wesentlichen Punkten bereits den Hilfsabkommen, die wir normalerweise mit anderen Staaten abschließen. Präzisen Fragen von Herrn Hassouna über den genauen Inhalt der Abmachungen wich ich aus, teils unter Hinweis meiner mangelnden Zuständigkeit, teils unter Berufung darauf, daß einzelne Fragen erst noch ausgehandelt werden müßten. Herr Hassouna meinte, daß es für die arabischen Kreise, die die Wiederaufnahme wünschten, wesentlich sei, sagen zu können, daß Deutschland im Nahostraum Israel keine Vorzugsbehandlung gegenüber den Arabern einräumt. Es wäre daher für ihn sehr wertvoll, noch vor der am 27. Juni stattfindenden nächsten Ratssitzung<sup>6</sup> einige Vergleichsziffern hinsichtlich der Israel und anderen Ländern eingeräumten Kreditbedingungen (Zinsfuß, Laufzeit etc.) zu erhalten. Ich habe es offengelassen, ob wir diesem Wunsch entsprechen könnten, habe aber gleichzeitig darauf hingewiesen, daß man unsere Entwicklungshilfsabkommen nicht alle über einen Leisten scheren könne; daß vielmehr große Unterschiede zwischen den mit den einzelnen Staaten getroffenen Abkommen bestünden.

4) Herr Hassouna wies darauf hin, daß wir gegenüber den 1,3 Mil[lionen] arabischen Palästina-Flüchtlingen bis jetzt vergleichsweise wenig Sympathie und Hilfsbereitschaft gezeigt hätten. Ihr Los verdiene unsere Anteilnahme umso mehr, als es mit dem unserer Vertriebenen vergleichbar sei. Er stellte die Frage, ob wir bereit seien, eine ins Gewicht fallende Geste der Hilfsbereitschaft zu machen, durch die unsere Anteilnahme dokumentiert werde.<sup>7</sup> Bisher hätten wir zwar dankenswerterweise jährlich gewisse Beiträge an den UNRWA Hilfsfonds geleistet<sup>8</sup>; die UNRWA sei aber nur auf rein humanitärem Gebiet tätig und stelle nur ein unterstes Existenzminimum der Palästina-Flüchtlinge sicher. Es würde in den arabischen Ländern eine große Wirkung ausüben, wenn wir etwas unternähmen, um die Lebensbedingungen der Palästina-Flüchtlinge anzuheben (z.B. Verbesserung der Infrastruktur in den Flüchtlingsgebieten, wie z.B. Elektrifizierung, Verkehrsmittel; aber auch Berufsausbildung, Stipendien; eventuell Wohnungsbau). Ich wies darauf hin, daß wir unsere Beiträ-

<sup>5</sup> Zum Wirtschaftshilfeabkommen zwischen der Bundesrepublik und Israel vom 12. Mai 1966 vgl. Dok. 146.

Zur Reaktion der arabischen Staaten auf den Abschluß des Abkommens vgl. Dok. 157.

<sup>6</sup> Zur Konferenz der Vertreter der arabischen Staats- und Regierungschefs vgl. Dok. 150, Anm. 12.

<sup>7</sup> Zur Unterstützung der palästinensischen Flüchtlinge durch die Bundesregierung vgl. Dok. 59 besonders Anm. 5.

<sup>8</sup> Bereits am 29. März 1966 teilte Legationsrat I. Klasse Hauthal, Kairo (Vertretung bei der italienischen Schutzmacht), mit, Präsident Nasser halte die sudanesishe Initiative für eine stärkere Beteiligung der Bundesregierung am UNRWA-Fonds für „sehr nützlich“. Dies werde sich sicherlich für die Normalisierung der deutsch-arabischen Beziehungen günstig auswirken. Vgl. den Drahtbericht Nr. 291; VS-Bd. 2630 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1966.



ge im UNRWA-Rahmen jüngst erhöht hätten.<sup>9</sup> Wir hätten auch grundsätzlich unsere Bereitschaft zu zusätzlicher Hilfe erklärt; besonders deutlich sei dies in dem Gespräch zwischen König Hussein und dem Herrn Bundeskanzler Anfang Dezember 1964 geworden<sup>10</sup>; diese Entwicklung sei aber durch Nassers Einladung an Ulbricht<sup>11</sup> und die daraufhin einsetzende Nahostkrise unterbrochen worden. Wir befänden uns jetzt in einer besonders schwierigen Budgetlage<sup>12</sup>; unsere grundsätzliche Bereitschaft bleibe aber bestehen; ihre Konkretisierung bedürfe sorgfältiger Prüfung. Herr Hassouna warf die Frage auf, ob zusätzliche Hilfe auch außerhalb der UNRWA gegeben werden könne. Ich schloß diese Möglichkeit nicht aus, betonte aber, daß dies einer Prüfung bedürfe.

5) Herr Hassouna sagte, um ein günstiges Klima für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu schaffen, müsse etwas geschehen, um dem in der arabischen Welt sich ausbreitenden Eindruck entgegenzuarbeiten, als sei die SBZ ein vorbehaltloser Freund der Araber, die Bundesrepublik aber bestenfalls ein unsicherer Kandidat, schlimmstenfalls ein ausgesprochener Freund Israels und geheimer Gegner der Araber. Wäre es nicht möglich, daß wir hinsichtlich der Palästina-Flüchtlinge eine Erklärung dahingehend abgäben, daß die Bundesregierung hinter den Beschlüssen der Vereinten Nationen<sup>13</sup> steht? Dies sei eine unangreifbare Position, die auch zahlreiche andere Staaten der Welt laufend eingenommen hätten. Ich erwiderte, wir seien sicher nicht bereit, uns auf das gefährliche Gelände einer propagandistischen Konkurrenz mit der SBZ einzulassen. Die demagogischen und unverantwortlichen Äußerungen führender SBZ-Politiker, die oft einen geradezu antisemitischen Charakter annähmen, würden von niemandem ernst genommen, da jedermann wisse, daß die SBZ-Führer für niemanden als sich selbst sprächen. Die Bundesregierung sei eine verantwortliche Regierung, die ihre Äußerungen sorgfältig abwägen müs-

<sup>9</sup> Zum Beitrag der Bundesregierung am UNRWA-Programm stellte Referat I B 1 fest, daß wegen „der besonderen politischen Bedeutung der UNRWA für unsere Stellung im Nahen Osten“ der Haushaltsansatz für 1966 von 2 auf 5 Mio. DM erhöht worden sei, von denen 2,5 Mio. DM ausdrücklich als Sonderbeitrag für das UNRWA-Berufsschulprogramm bestimmt seien. Da das Interesse der Bundesregierung an der Arbeit der UNRWA „aus humanitären und politischen Gründen unvermindert“ fortbestehe, solle auch für 1967 der erhöhte Ansatz beibehalten werden. Vgl. die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer vom 10. Juni 1966; Referat I B 1, Bd. 525.

<sup>10</sup> König Hussein von Jordanien hielt sich vom 25. November bis 3. Dezember 1964 in der Bundesrepublik auf. Für das Communiqué vgl. BULLETIN 1964, S. 1619.

<sup>11</sup> Zum Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR vom 24. Februar bis 2. März 1965 vgl. AAPD 1965, I, Dok. 104.

<sup>12</sup> Zur Haushaltslage der Bundesrepublik vgl. Dok. 162, besonders Anm. 12–15.

<sup>13</sup> Grundlage der UNO-Politik in der Frage der palästinensischen Flüchtlinge war eine von der UNO-Generalversammlung am 11. Dezember 1948 angenommene Resolution, in der sich die Mitglieder zu einer politischen Lösung des Flüchtlingsproblems bekannten. Ferner wurde erklärt, daß die Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge zum frühestmöglichen Zeitpunkt angestrebt werde und Entschädigungen für Verlust oder Beschädigung von palästinensischem Eigentum gezahlt werden solle. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 194 (III) vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. II, S. 85–89.

Am 22. Juni 1966 empfahl Legationsrat I. Klasse Gehlhoff, auf die Bitte des Generalsekretärs der Arabischen Liga, Hassouna, solle „vorerst nicht eingegangen werden“. Es erscheine „sehr bedenklich, daß wir – ohne selbst UN-Mitglied zu sein – zu einer Frage Stellung nehmen, die in den Vereinten Nationen sehr kontroversiell ist und deren Ursprünge auf eine Zeit vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland zurückgehen“. Vgl. VS-Bd. 2630 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1966.

se. Die Frage, ob wir uns bei gegebenem Anlaß zu der Gültigkeit der UN-Beschlüsse bekennen könnten, müsse geprüft werden.

6) Auffällig war, daß Herr Hassouna zu keinem Zeitpunkt die Frage künftiger bilateraler Wirtschaftshilfe oder Entwicklungshilfe an die arabischen Länder anschnitt. Es kann sein, daß er sich als Generalsekretär der Arabischen Liga hierfür nicht befugt hielt. Es scheint jedoch auch, als sei dieser Gesichtspunkt im gegenwärtigen Stadium der Wiederaufnahme der Gespräche nicht von derselben Bedeutung wie eine fortgesetzte Förderung und Bevorzugung Israels durch uns. Diese hat für die Araber nicht nur etwas Verletzendes – doppelt wohl, weil sie sich als unsere besonderen Freunde betrachten – sondern sie stellt sie auch, wie Herr Hassouna sagte, vor die Notwendigkeit, mit der israelischen Entwicklung Schritt zu halten. Jede Mark, die nach Israel gehe, trage potentiell nicht nur zur wirtschaftlichen, sondern auch zur militärischen und politischen Stärkung des Landes bei und zwingt daher die sehr viel ärmeren arabischen Länder, vor allem die Anrainer Israels, zu immer weiteren Anstrengungen. Die vor einigen Wochen erfolgte Veröffentlichung des Bundesfinanzministeriums über die gesamten Wiedergutmachungsleistungen an Israel und an jüdische Individuen<sup>14</sup> (von denen ein großer Teil nach Israel zurückflösse), habe die arabische Welt wegen der enormen Ausmaße schockiert.

7) Herr Hassouna wollte von mir wissen, wie wir uns die Wiederaufnahme der Beziehungen mit den arabischen Staaten vorstellten. Ich erwiderte, dies sei sehr einfach: Die arabischen Regierungen hätten die Beziehungen mit uns abgebrochen und müßten deshalb von sich aus wegen einer Wiederaufnahme an uns herantreten. Daß die Tür hierfür offen sei, hätten wir häufig genug betont. Ich vermied es sorgfältig, den Eindruck zu erwecken, als wollten wir einige arabische Staaten gegen die anderen ausspielen, machte aber Herrn Hassouna auch auf den Unterschied aufmerksam, der sich uns aufdränge zwischen den arabischen Staaten, die den Abbruch mit aller Macht betrieben hätten und jenen, die sich der Bewegung nur unwillig angeschlossen hätten. Besonders bedeutsam sei für uns die Einstellung der einzelnen arabischen Staaten zu dem Deutschlandproblem. Die Mehrzahl der arabischen Staaten hätte sich auch in der Abbruchszeit in dieser Frage völlig loyal uns gegenüber verhalten. Andere hätten vor und nach dem Abbruch ein Doppelspiel getrieben. Daß uns der Status der SBZ in Kairo schon vor dem Abbruch schwer geschadet habe, sei ihm aus meinem früheren Gespräch vom Oktober 1964<sup>15</sup> bekannt. Im Augenblick scheine Syrien dasjenige arabische Land zu sein, das in der SBZ-Frage den gefährlichsten Weg beschritte. Es dürfe kein Zweifel daran bestehen, daß eine Wiederaufnahme mit Syrien nicht in Frage käme, wenn die syrische Regierung zur Anerkennung Pankows schritte.<sup>16</sup> Herr Hassouna meinte, er glaube nicht, daß Syrien sich bei der Aufnahme der Beziehungen querstellen werde.

<sup>14</sup> Im März 1966 wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft der Bericht über die Durchführung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und Israel vom 10. September 1952 veröffentlicht. Für den Wortlaut vgl. Referat V 2, Bd. 1282.

<sup>15</sup> Ministerialdirigent Böker führte eine Arbeitsdelegation des Auswärtigen Amts, die sich anlässlich der Konferenz der blockfreien Staaten vom 5. bis 10. Oktober 1964 in Kairo aufhielt. Zum Gespräch vom 10. Oktober 1964 mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Hassouna, vgl. die Aufzeichnung von Böker; VS-Bd. 2195 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>16</sup> Vgl. dazu Dok. 144, Anm. 11.

Im Verlaufe des Gesprächs über die Deutschlandfrage zeigte sich, daß Herr Hassouna – wie wohl viele Araber – für das Problem der Oder-Neiße-Linie und der Vertriebenen vollstes Verständnis hatte und darin eine direkte Parallele zu dem Palästina-Problem sah; in der SBZ-Frage war er dagegen eher lauwarm.

8) Auf das Problem Syrien zurückkommend, betonte Herr Hassouna nachdrücklich, wie sehr bedauerlich es sei, daß nunmehr die Sowjetunion sich anschicke, an unserer Stelle den Euphratdamm<sup>17</sup> zu bauen. Dies könne für den Nahen Osten ebenso bedeutsam werden wie seinerzeit die Übernahme des Assuan-Damm-Projekts<sup>18</sup> durch die Sowjets. Der syrische Außenminister<sup>19</sup> habe ihm erst noch kürzlich gesagt, er bedauere, daß Deutschland den Damm nicht baue; schuld daran seien wir, wir hätten unser Angebot zurückgezogen, obwohl alle Vorbereitungen getroffen gewesen seien. Ich widersprach dieser Behauptung und sagte, wir hätten im Gegenteil noch lange nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen unsere grundsätzliche Bereitschaft zum Bau des Dammes in aller Öffentlichkeit ausgedrückt. Die Vorbereitungsarbeiten der Experten seien freilich sehr schleppend vorangegangen, aber daran sei Syrien mindestens ebenso schuld wie wir. Alle Projekte im arabischen Raum, für die wir vor Abbruch der Beziehungen bereits bindende Verpflichtungen übernommen hatten, hätten wir loyal weitergeführt. Niemand – am allerwenigsten unsere treuen Freunde – würden es jedoch verstehen können, wenn wir den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Durchführung neuer Projekte quasi honorierten. Wir teilten aber seine Besorgnis darüber, daß das neue sowjetische Engagement in Syrien die Lage im Nahen Osten weiter verschlechtern könnte.

9) Da Herr Hassouna immer wieder auf das Problem unserer Bevorzugung Israels und unserer allzu großen Nachgiebigkeit gegenüber israelischem Druck zu sprechen kam, sagte ich ihm, die arabischen Regierungen sollten meines Erachtens bei der Gestaltung der deutsch-arabischen Beziehungen mehr den Blick in die Zukunft als in die Vergangenheit richten. Das Deutschland von

*Fortsetzung Fußnote von Seite 816*

Am 1. Juni 1966 nahm Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg zu Meldungen Stellung, die syrische Regierung beabsichtige, der Arabischen Liga die allgemeine Anerkennung der DDR vorzuschlagen oder diesen Schritt sogar alleine zu vollziehen: „Bei der gegenwärtigen Lage könnte ein solches syrisches Vorgehen auch in der VAR, dem Irak, Algerien und dem Jemen eine für uns gefährliche Lage schaffen. Schon jetzt hat die syrische Regierung uns formlos wissen lassen, daß sie ihre im Vorjahr getroffene Entscheidung auf Schließung unseres Konsulats in Aleppo nunmehr verwirklichen wolle. [...] Der Bundesregierung stehen gegenwärtig keine Druck- oder Lockmittel irgendwelcher Art zur Verfügung, um direkt auf Damaskus im Sinne der Nicht-Anerkennung der SBZ einzuwirken.“ Vgl. VS-Bd. 10085 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>17</sup> Zur geplanten Beteiligung der Bundesregierung am Euphrat-Damm-Projekt vgl. AAPD 1965, I, Dok. 50.

Nachdem bereits der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Syrien zu Verzögerungen in der Durchführung des Abkommens vom 5. Februar 1963 geführt hatte, wurde die Beteiligung der Bundesregierung am Bau des Euphrat-Damms durch den Sturz der Regierung al-Bitar insgesamt in Frage gestellt. Am 22. April 1966 schlossen die UdSSR und Syrien ein Protokoll über die Finanzierung eines Mehrzweckprojekts zur Bewässerung und Stromerzeugung. Der sowjetische Kreditrahmen umfaßte 120 Mio. Rubel mit einem Zinssatz von 2,5 % und einem Tilgungsbeginn nach Fertigstellung. Vgl. dazu den Schriftbericht des Legationsrats I. Klasse Pfeiffer, Damaskus (Vertretung bei der französischen Schutzmacht), vom 4. Mai 1966; Referat III B 6, Bd. 534.

<sup>18</sup> Vgl. dazu Dok. 87, Anm. 26.

<sup>19</sup> Ibrahim Makhos.

Heute und Morgen sei weder das Deutschland der Hitlerzeit noch das gedemütigte und wehrlose Deutschland der ersten Nachkriegsjahre. Jede Spekulation auf ein Wiederaufleben des Antisemitismus wäre ein großer Fehler. Nachdem es sich aus der Niederlage herausgearbeitet habe, sei das Deutsche Volk aber auch kein Befehlsempfänger fremder Mächte. Es finde langsam wieder zu sich selbst und wolle seine nationale Zukunft in einem europäischen Rahmen neu gestalten. Von dieser Basis aus würden wir dann auch unsere Beziehungen zu den verschiedenen Staaten des Nahen Ostens frei von Komplexen aus der Vergangenheit neu gestalten. Diese Tendenz werde sich von Jahr zu Jahr mehr durchsetzen. Hierauf komme es an und nicht auf Resterscheinungen aus der Vergangenheit. Vor allem sei eines sicher: Die Zukunft Deutschlands sei auf seiten der Freiheit und nicht des Kommunismus. Diejenigen Araber, die heute glaubten, ganz oder halb auf die Karte Pankows setzen zu sollen, machten einen falschen Kalkül. Herr Hassouna nahm dies sehr positiv auf.

III. 1) Herr Hassouna wird bis etwa 24. Juni in Genf erreichbar sein, falls wir ihm bereits dann eine Antwort auf seine Fragen geben können. Ich schlage vor, ihm auf jeden Fall dorthin noch eine Nachricht zukommen zu lassen, auch wenn sie nur inhaltstendenziellen Charakters ist.

2) Am 27. Juni findet unter Vorsitz Hassounas wiederum eine Sitzung der Liga auf der Ebene der Stellvertreter der Staatshäupter statt. Auf dieser wird Hassouna über die Fühlungnahme mit uns berichten und entsprechende Vorschläge machen. Ich schlage vor zu prüfen, welche Argumente wir ihm bis dahin noch in die Hand geben können.

3) Im September findet ein Gipfeltreffen der Liga statt, auf dem die Frage der deutsch-arabischen Beziehungen entschieden werden soll. Die Tagung am 27. Juni dient zu ihrer Vorbereitung.

4) Herr Hassouna ist bereit, die Kontakte mit uns auf derselben Ebene oder auf höherer Ebene fortzusetzen, je nachdem wie dies von uns gewünscht wird. Auf seine Frage, ob ein Zusammentreffen mit dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen möglich sei, erwiderte ich ausweichend und ließ durchblicken, daß es besser wäre, eine solche Zusammenkunft erst dann zu veranstalten, wenn wir der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen nähergekommen sind.

5) Ich schlage vor, den Faden zu Herrn Hassouna nicht abreißen zu lassen, aber auch nicht über Gebühr zu intensivieren. Zahlreiche arabische Staaten betrachten die Liga nur als den verlängerten Arm der ägyptischen Regierung. Sie ziehen es vor, mit uns bilateral zu verhandeln. Wir müssen meines Erachtens beides tun.

6) Zwischen Herrn Hassouna und mir wurde vereinbart, die Tatsache unseres Zusammentreffens und den Inhalt des Gesprächs so lange wie möglich vertraulich zu behandeln. Dies gilt insbesondere gegenüber der Presse. Andererseits wird Herr Hassouna auf der Liga-Sitzung vom 27. Juni über das Gespräch berichten. Einige der uns besonders nahestehenden arabischen Regierungen könnten es uns verübeln, wenn sie erst aus dem Munde Hassounas über die Zusammenkunft unterrichtet werden. Ich schlage deshalb vor, die folgenden Hauptstädte einige Tage vor der Liga-Sitzung in groben Zügen über das Zusammentreffen zu unterrichten, nämlich: Rabat, Tunis, Amman, Khar-

toum, Djidda eventuell auch Tripolis, Beirut und Bagdad. Eine Unterrichtung von Damaskus, Kairo und Sanaa erübrigt sich; unser Vertreter in Kairo sollte jedoch zur persönlichen Kenntnisnahme unterrichtet werden.<sup>20</sup>

7) Es wäre baldigst eine Entscheidung darüber zu treffen, ob:

a) Herrn Hassouna noch vor der Sitzung vom 27. Juni nähere Angaben über das Wirtschaftsabkommen mit Israel gemacht werden können<sup>21</sup>

b) zu prüfen, ob wir den zwei Anliegen der Araber hinsichtlich der Palästina-Flüchtlinge entsprechen können<sup>22</sup>.

Diese Frage wird zur Zeit im Referat geprüft. Vorschläge werden in Kürze vorgelegt werden.

Hiermit über Herrn D I<sup>23</sup> dem Herrn Staatssekretär<sup>24</sup> vorgelegt.

Alexander Böker

**VS-Bd. 2630 (I B 4)**

<sup>20</sup> Am 22. Juni 1966 unterrichtete Ministerialdirigent Böker die „Abteilungen für die Wahrnehmung deutscher Interessen“ bei den französischen bzw. italienischen Botschaften in Beirut, Amman und Djidda sowie die Botschaft in Tripolis von seinen Gesprächen mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Hassouna. Eine ausführlichere Fassung des Drahterlasses ging am selben Tag an die Botschaften in Rabat und Tunis. Böker bat, die jeweiligen Gastregierungen über die Ergebnisse der Gespräche in Kenntnis zu setzen. Vgl. die Drahterlasse Nr. 2471 und Nr. 2472; VS-Bd. 2630 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1966.

Mit Drahterlaß Nr. 188 vom 22. Juni 1966 setzte Böker auch die „Abteilung für die Wahrnehmung deutscher Interessen“ bei der italienischen Botschaft in Kairo über die Gespräche in Kenntnis. Zugleich teilte er mit, daß das sudanesishe Generalkonsulat in der Bundesrepublik mündlich unterrichtet werde. Vgl. VS-Bd. 2630 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>21</sup> Dazu vermerkte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg handschriftlich: „M[aines] E[rachtens] ja“. Am 22. Juni 1966 übergab Ministerialdirigent Böker mit Zustimmung des Staatssekretärs Carstens dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Hassouna, den Text des Wirtschaftshilfeabkommens vom 12. Mai 1966 mit Israel „zur persönlichen Unterrichtung“. Vgl. den Vermerk des Legationsrats I. Klasse Gehlhoff vom 24. Juni 1966; VS-Bd. 2630 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>22</sup> Vgl. dazu weiter Dok. 264.

<sup>23</sup> Hat Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 20. Juni 1966 vorgelegen.

<sup>24</sup> Hat Staatssekretär Carstens am 21. Juni 1966 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte Kurzfassung!“.

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete

II A 1-85.50/1-892/66 geheim

15. Juni 1966<sup>1</sup>

Betr.: Besuch von Bischof Scharf und Bischof Kunst (EKD) beim Herrn Bundesminister am 22. 6. 1966<sup>2</sup>;  
hier: Besprechungspunkt „Aufhebung der TTD-Regelung für evangelische Geistliche aus der SBZ“

Bezug: Fernmündliches Gespräch Ministerialdirigent Simon/Dg II A<sup>3</sup> am 13. 6. 1966

I. Die Vertreter der EKD werden vermutlich einen Vorschlag wiederholen, den Bischof Kunst am 12. 4.<sup>4</sup> dem AA vorgetragen hat:

„Staatsbürger der DDR“ sollten im Falle der Einladung zu kirchlichen Veranstaltungen in NATO-Staaten befristete Einreisegenehmigungen beantragen können, die dann in den DDR-Reisepaß eingelegt werden. Auf die Benutzung von TTDs sollte verzichtet werden.

Vertreter der EKD haben im gleichen Sinn – ohne das AA zu verständigen – mit amerikanischen Stellen Mitte April Fühlung genommen.<sup>5</sup> Bischof Scharf hat die Angelegenheit Mitte Mai im State Department erörtert. Er hat dort den Eindruck gewonnen, daß amerikanische Stellen für das Vorhaben der EKD ggf. Verständnis aufbrächten. Unter Bezugnahme hierauf möchte er nunmehr eine gegenteilige Stellungnahme des Auswärtigen Amtes rückgängig machen, die der EKD bereits zur Kenntnis gebracht worden ist.<sup>6</sup>

II. 1) Folgende Bedenken bestehen gegen die Vorschläge:

a) Den Erpressungsversuchen Pankows (Verbot der Beantragung von TTDs für Geistliche) darf nicht nachgegeben werden. Andernfalls werden andere Berufsgruppen der Zone eine gleiche Behandlung „fordern“. Die jeweils in Frage kommenden internationalen Organisationen usw. werden ihnen assistieren. Ein Entgegenkommen gegenüber den Geistlichen kann somit das TTD-System aus den Angeln heben.

b) Im Interesse des Verhältnisses Geistlichkeit/Kirchenvolk sollten die evangelischen Geistlichen nicht gegenüber anderen Deutschen in der Zone bevorzugt werden.

c) Die TTD-Politik zielt seit dem Bau der Mauer auch auf die Wiederherstellung der innerdeutschen Freizügigkeit ab. Sollte das System gelockert werden,

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oncken konzipiert.

<sup>2</sup> Korrigiert aus: „20. 6. 1966“.

Das Datum „20. 6. 1966“ wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Mir am 20. 6. 18.30 [Uhr] vorgelegen“.

<sup>3</sup> Ministerialdirigent Ruete.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 143, Anm. 4.

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken vom 2. Mai 1966; Referat II A 1, Bd. 408.

<sup>6</sup> Zur Stellungnahme des Auswärtigen Amtes vgl. Dok. 143, Anm. 11.

dann müßte die Zone etwas „leisten“ (z. B. größere Bewegungsfreiheit der eigenen und der West-Berliner Bevölkerung).

d) Das TTD-System ist eines der wirksamsten Kampfmittel des Westens gegen die Aufwertungspolitik der Zone.

e) Eine Verwirklichung der Vorschläge der EKD setzt nicht nur die Zustimmung der ATO-Mächte<sup>7</sup>, sondern auch die der anderen NATO-Mächte voraus. Einzelne NATO-Staaten werden mit Sicherheit versuchen, das ganze TTD-System auszuhöhlen. Kontroversen mit unseren Verbündeten wären unvermeidlich.<sup>8</sup>

2) Aus der Sicht des Auswärtigen Amtes erschien unter diesen Umständen folgendes zweckmäßig:

a) Die EKD solle mehr als bisher die Ökumene darauf aufmerksam machen,  
– daß die Zone die Geistlichen gegenüber Handelsfunktionären, Sportlern usw. (die TTDs beantragen dürfen)<sup>9</sup> diskriminiert;  
– daß die Zone im innerdeutschen Bereich totale Reisesperren durchführt (für Zonenbevölkerung – ausgenommen die Rentner – in Richtung Bundesgebiet; für West-Berliner in Richtung Ost-Berlin), während der Westen fast allen Deutschen der Zone die volle Bewegungsfreiheit – im NATO-Bereich mit TTDs – ermöglicht;  
– daß die Zone den West-Berliner Geistlichen (Propst Grüber sogar im Zuge der Passierscheinregelung) und Bischof Scharf – obwohl dieser „Bürger der DDR“ ist – die Einreise nach Ost-Berlin verbietet.

b) Ein solches Vorgehen werde die Zone evtl. zwingen, im Interesse ihres „Rufes“ den Geistlichen die Ausreise mit TTDs zu gestatten.

III. 1) Bischof Kunst ist am 21. 5. auf Weisung des Herrn Staatssekretärs von MDg Ruete über den Inhalt von II. unterrichtet worden. Bischof Kunst zeigte Verständnis. Folgende Vereinbarungen wurden getroffen:

– Bischof Kunst wollte sich dafür verwenden, daß die Wünsche der EKD zurückgestellt würden, und klarstellen, daß eine Lockerung der TTD-Bestimmungen erst im Rahmen einer generellen Neuregelung möglich sei.  
– Wir wollten die EKD unterrichten, wann eine Möglichkeit besteht, die Einreisemöglichkeiten für Geistliche in NATO-Länder zu verbessern.

<sup>7</sup> Das Allied Travel Office in Berlin (West) war eine Einrichtung der drei Westmächte.

<sup>8</sup> Nachdem Sportjournalisten der DDR TTDs für den Besuch der Nordischen Ski-Weltmeisterschaften in Oslo im Februar 1966 verweigert worden waren, beantragte Norwegen am 13. Juni 1966 die Behandlung dieser Frage im Politischen Ausschuß des NATO-Rats. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1148 des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 16. Juni 1966; VS-Bd. 4140 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Am 23. Juni 1966 teilte Ministerialdirigent Ruete der Ständigen Vertretung bei der NATO in Paris mit, daß die Bundesregierung die Vorschläge zur Lockerung der TTD-Bestimmungen für Sportjournalisten nicht für richtig erachte, solange seitens der DDR Geistlichen die Beantragung von TTDs unmöglich gemacht werde. Die Verbündeten würden daher um Prüfung des Vorschlags gebeten, Sonderregelungen für Sportjournalisten nur dann zu gestatten, wenn die DDR im Gegenzug den Kirchenvertretern in der TTD-Frage entgegenkomme. Vgl. den Drahterlaß Nr. 2490; VS-Bd. 4140 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 143, Anm. 7.

2) Am 15.6.1966 teilte Bischof Kunst VLR I Oncken vertraulich mit, daß er den Rat der EKD inzwischen im Sinne vorstehender Vereinbarung unterrichtet habe. Der Rat habe Verständnis gezeigt und auf die Verfolgung des Projektes einer TTD-Sonderregelung für Geistliche bis auf weiteres verzichtet. Er – Bischof Kunst – wolle sich in diesem Sinn auch in Zukunft stark machen. Der Erfolg seiner Bemühungen hänge freilich davon ab, daß das Auswärtige Amt auch gegenüber Bischof Scharf an dem Standpunkt festhalte, der ihm – Bischof Kunst – am 21.5. zur Kenntnis gebracht worden sei.

IV. Abteilung II bemerkt abschließend, daß eine Änderung des TTD-Systems weiterhin politisch unzweckmäßig ist.<sup>10</sup> Wir würden eine wesentliche Position ohne Gegenleistung räumen.<sup>11</sup>

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>12</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>13</sup> weisungsgemäß vorgelegt.

i.V.Ruete

**VS-Bd. 4189 (II A 1)**

<sup>10</sup> Am 27. Juni 1966 trug Ministerialdirigent Ruete auf Weisung von Bundesminister Schröder die Argumente für und gegen eine TTD-Sonderregelung für evangelische Geistliche noch einmal zusammen und kam zu dem Schluß, daß die Gegenargumente gewichtiger seien, da eine im Interesse der evangelischen Kirche nicht wünschenswerte Sonderregelung gegenüber den anderen Deutschen in der DDR eingeräumt und überdies der Fortbestand des TTD-Systems gefährdet würde. Vgl. VS-Bd. 4143 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>11</sup> Vgl. weiter Dok. 223.

<sup>12</sup> Hat Staatssekretär Carstens am 20. Juni 1966 vorgelegen.

<sup>13</sup> Hat Bundesminister Schröder am 26. Juni 1966 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Besprechung hat stattgefunden.“



## 193

# – Gespräch des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Barzel, mit Präsident Johnson in Washington

Ge 28/20/66 VS-vertraulich

16. Juni 1966<sup>1</sup>

Nach den Begrüßungsformalitäten<sup>2</sup> ging der *Präsident* sofort auf die Rede Dr. Barzels<sup>3</sup> ein und erklärte, er habe die Rede in Auszügen in der Zeitung gelesen, das habe sein Interesse geweckt, und er habe sofort seine Mitarbeiter gebeten, den Text sorgfältig zu untersuchen und ihm eine Expertise anzufertigen.<sup>4</sup> Johnson fuhr dann fort: „Es gibt viele Probleme von lebenswichtigem Interesse, zum Beispiel das der kollektiven Sicherheit in Europa, die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Europa<sup>5</sup>, der Zahlungsbilanzausgleich<sup>6</sup> und die Möglichkeit eines Nuklearabkommens<sup>7</sup>. Ich wünsche sehr enge Beziehungen mit meinen deutschen Freunden zu haben und konstruktive Hilfe zu bekommen. Ich als Präsident der Vereinigten Staaten und das amerikanische Volk betrachten das Problem der Sicherheit mit großer Sorge. Ich glaube aber, daß auf Grund der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ein Erfolg zu erreichen ist. Ich betrachte dieses Problem mit großer Sorge und Aufmerksamkeit.“

Der Präsident fuhr dann fort, man dürfe de Gaulle nicht nur bekämpfen. Er betrachte das Vorgehen de Gaulles eher mit Sorge als mit Ärger. Es gehe auch nicht an, jetzt darüber nur zu diskutieren, wer der böse Wolf sei.

*Dr. Barzel* überbrachte dann die Grüße des Bundeskanzlers<sup>8</sup> an den Präsi-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 20. Juni gefertigt.

Das Gespräch von Barzel mit Präsident Johnson fand um 12.30 Uhr im Weißen Haus statt. Anwesend waren ferner Botschafter Knapstein, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Puhan, der außenpolitische Berater des Präsidenten Johnson, Walt W. Rostow, der stellvertretende Sicherheitsberater des Präsidenten Johnson, Bator, sowie Dolmetscherin Geithner. Vgl. zu dem Gespräch auch BARZEL, Es ist noch nicht zu spät, S. 142.

<sup>2</sup> Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Barzel, hielt sich vom 13. bis 18. Juni 1966 in Washington und New York auf, wo er mit Vertretern der Conference of Presidents of Major Jewish Organizations und des American Jewish Committee zusammentraf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 242 des Generalkonsuls Curtius vom 17. Juni 1966; Referat L 1, Bd. 48.

<sup>3</sup> Zur Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion vom 16./17. Juni 1966 vgl. Dok. 198. Am 20. Juni 1966 wies Staatssekretär Carstens Botschafter Knapstein, Washington, auf die mangelnde Information über den Besuch von Barzel hin: „Die Botschaft hat uns weder mitgeteilt, daß Herr Dr. Barzel die Rede zum 17. Juni halten würde, die dann, wie Sie wissen, sehr großes Aufsehen erregt hat, noch sind wir von dem Besuch bei Präsident Johnson unterrichtet worden.“ Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 402.

<sup>4</sup> Am 27. Juni 1966 teilte Botschafter Knapstein, Washington, mit, daß die vom Generalkonsulat in New York übermittelten Passagen der Rede am 15. Juni 1966 dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Puhan, mit der Bitte um Weiterleitung an den außenpolitischen Berater von Präsident Johnson, Walt W. Rostow, übergeben worden seien. Dabei habe sich herausgestellt, daß Puhan bereits ein Vorexemplar erhalten hatte. Vgl. das Schreiben von Knapstein an Staatssekretär Carstens vom 27. Juni 1966; Büro Staatssekretär, Bd. 402.

<sup>5</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 189.

<sup>6</sup> Zum Zahlungsbilanzdefizit der USA vgl. Dok. 167, Anm. 24.

<sup>7</sup> Zur Diskussion um ein Abkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vgl. zuletzt Dok. 177.

<sup>8</sup> Vgl. dazu das Fernschreiben des Bundeskanzlers Erhard vom 15. Juni 1966 an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Barzel; Büro Staatssekretär, Bd. 402.

ten. Der Bundeskanzler freue sich sehr auf das Gespräch mit Präsident Johnson im Sommer.<sup>9</sup> Man werde Gelegenheit haben, offen über alles zu sprechen, auch über das Offset-Abkommen<sup>10</sup>. Er wäre aber dankbar, wenn aus einer Reihe von Gründen über dieses Problem nicht öffentlich weiter diskutiert werde.

Präsident *Johnson* erklärte sich damit einverstanden, daß nicht weiter öffentlich über dieses Thema diskutiert werde. Die beiden Regierungen hätten schon den Fehler gemacht, zu viel öffentlich darüber zu diskutieren. In diesem Zusammenhang kritisierte der Präsident, daß nach dem Besuch von Außenminister Rusk in Bonn trotz der Zusicherung des Kanzlers, über den Inhalt des Gesprächs solle nichts an die Öffentlichkeit kommen, dann doch sehr viel in die Presse gelangt sei.<sup>11</sup>

*Dr. Barzel* schnitt dann das Thema der Ausdehnung des Gedankens des Präsidenten von der Great Society<sup>12</sup> auf die atlantische Gemeinschaft an. Er verwies – unter Hinweis auf das letzte Gespräch mit dem Präsidenten<sup>13</sup> – auf den Besuch von Frau Ministerin Schwarzhaupt in den USA und des amerikanischen Innenministers Udall in Deutschland.<sup>14</sup> Mit dem Bericht, den Udall für die amerikanische Regierung gemacht habe, sei ein guter Anfang gemacht worden. Er habe weitere Projekte mit dem Berater des Präsidenten, Rostow, besprochen. *Dr. Barzel* betonte, es wäre gut, die NATO auch als politisches Instrument auszubauen.

Präsident *Johnson* stimmte diesem Gedanken zu und erklärte, er müsse das deutsche Volk loben wegen seiner Initiative und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Innen- und Gesellschaftspolitik. Er freue sich über die Entwicklung beim Deutschen Entwicklungsdienst.<sup>15</sup> Der Erfahrungsaustausch über Probleme der Luftverunreinigung usw. müsse fortgesetzt werden. Wörtlich erklärte Johnson: „Wenn ich in der Welt zu bestimmen hätte, würde ich in jedes Land junge deutsche Männer und Frauen senden, damit sie dort mit ihrer Tapferkeit, Redlichkeit, Intelligenz, Begabung und Erfahrung als Botschafter ihres Landes wirken, um nichtindustrialisierten und weniger begünstigten Ländern

<sup>9</sup> Bundeskanzler Erhard hielt sich am 26./27. September 1966 in Washington auf. Für die deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen vgl. Dok. 297, Dok. 298 und Dok. 300–302.

<sup>10</sup> Zum Protokoll vom 11. Mai 1964 über den deutsch-amerikanischen Devisenausgleich vgl. Dok. 71, Anm. 53.

<sup>11</sup> Vgl. dazu den Artikel „Unity of NATO 14 Stressed by Rusk After Bonn Talks“; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39584 vom 10. Juni 1966, S. 1.

Für das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Außenminister Rusk vom 9. Juni 1966 vgl. Dok. 185.

<sup>12</sup> Zu den Vorstellungen des Präsidenten Johnson über die „Great Society“ vgl. Dok. 8, Anm. 21.

<sup>13</sup> Für das Gespräch vom 25. Februar 1965 vgl. AAPD 1965, I, Dok. 96.

<sup>14</sup> Bundesministerin Schwarzhaupt hielt sich vom 12. bis 24. Januar 1966 in den USA auf. In Washington traf sie mit Vertretern des amerikanischen Gesundheitsministeriums zu Gesprächen über Fragen der Luft- und Wasserverschmutzung zusammen. Vgl. dazu den Schriftbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 3. Februar 1966; Referat II A 6, Bd. 241.

Zum Besuch des amerikanischen Innenministers Udall vgl. Dok. 68, besonders Anm. 2 und 3.

<sup>15</sup> Am 24. Juni 1963 wurde in Bonn der „Deutsche Entwicklungsdienst GmbH“ gegründet. Die Gesellschaft organisierte die Ausbildung Freiwilliger und ihren Einsatz in Entwicklungsländern. Die Gründung fand in Anwesenheit des Präsidenten Kennedy statt, der im März 1961 mit dem amerikanischen „Peace Corps“ eine vergleichbare Organisation ins Leben gerufen hatte. Vgl. dazu BULLETIN 1963, S. 962–964.

Hilfe zu bringen und ihnen etwas von den charakteristischen deutschen Merkmalen einzuflößen.“

Dr. Barzel erklärte dann dem Präsidenten: „Ich möchte, daß Sie wissen, daß wir in Deutschland den Kampf Ihres Volkes in Asien mit großem Ernst verfolgen und daß wir in Deutschland wissen, daß die Vereinigten Staaten zu ihrem Wort stehen, auch im Hinblick auf Berlin. Wenn Sie einmal nach Berlin kommen, würde man Ihnen das dort auch sagen. Sie müssen das wissen, weil Sie manchmal das Gefühl haben könnten, Ihre Freunde verstünden Sie nicht, und man sähe die Auswirkungen Ihrer Politik für Afrika und Südamerika nicht.“

An dieser Stelle wirft Rostow ein, Dr. Barzel habe das Gefühl, daß eine gewisse Mäßigung in den Ländern Südamerikas<sup>16</sup> und auch in Indonesien<sup>17</sup> schon die Auswirkung der Vietnam-Politik Johnsons sei.

Präsident Johnson erklärte dazu, er glaube, daß die Früchte der amerikanischen Anstrengungen in Vietnam sich in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auch in der Haltung anderer Völker widerspiegeln. Der Botschafter einer Großmacht, der kürzlich bei Fidel Castro gewesen sei, habe ihm erklärt, Castro wolle seine Mittel für Infiltration einschränken, weil es sich nicht mehr lohne, sie dafür auszugeben. Die Sowjets hätten zunächst Raketen nach Kuba geschickt und sie dann abgezogen, und die USA seien in dreißig Minuten mit 30 000 Mann in der Dominikanischen Republik.<sup>18</sup> Wenn Castro so etwas sage, sei das ein schöner Erfolg der amerikanischen Politik.

Wörtlich fuhr Johnson dann fort: „Wir würden uns der Täuschung und Heuchelei schuldig machen und in der ganzen Welt verabscheut werden, wenn wir in Vietnam aufgäben. Die Folge wäre, daß die Chinesen Vietnam und später Australien, Burma und die Philippinen schluckten. Ich freue mich, daß, wenn Deutschland auch keine Menschen nach Vietnam entsenden kann<sup>19</sup>, es doch Verständnis hat für unsere Haltung. Wir würden uns auch über ein britisches Interesse sehr freuen. Wir brauchen diese moralische Unterstützung. Wenn die USA selbstsüchtig handeln, wird eines Tages auch Deutschland von der Sowjetunion geschluckt werden. Wir haben bereits 2100 Soldaten verloren in Vietnam. Und ich habe sie in den Tod geschickt. Auch wenn die anderen Länder keine Soldaten entsenden, so sollten sie uns doch wenigstens moralische Unterstützung geben. Wenn die Amerikaner aufgeben und beschließen, ein selbst-

<sup>16</sup> Im Laufe des Jahres 1966 fanden in einigen lateinamerikanischen Staaten Wahlen statt – so am 6. März bzw. 10. Mai 1966 in Guatemala und am 1. Juni 1966 in der Dominikanischen Republik – mit denen verfassungsmäßige Verhältnisse wiederhergestellt wurden; in Bolivien waren Präsidentschaftswahlen für den 3. Juli 1966 vorgesehen. Nach dem durch die Armee erzwungenen Rücktritt der Regierung in Ecuador am 30. März 1966 kam es zur Bildung einer provisorischen Regierung und zur Ankündigung von Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats I B 2 über die politische Lage in Lateinamerika vom 8. November 1966; Referat I B 2, Bd. 439.

<sup>17</sup> Zur Situation in Indonesien vgl. Dok. 185, Anm. 35.

<sup>18</sup> In der Dominikanischen Republik kam es am 24. April 1965 zu einem Aufstand der Revolutionären Dominikanischen Partei, in dessen Verlauf die amerikanische Regierung am 28. April 1965 Truppen nach Santo Domingo entsandte. Nach der Durchführung von Präsidentschaftswahlen am 1. Juni 1966 kündigte die Organisation Amerikanischer Staaten den Abzug ihrer Friedenstruppen zum 1. Juli 1966 an. Vgl. dazu AAPD 1965, II, Dok. 197. Vgl. ferner AdG 1966, S. 12537 f. und S. 12578.

<sup>19</sup> Zur Frage der Entsendung von Bundeswehr-Einheiten nach Vietnam vgl. Dok. 115.

süchtiges Leben zu führen, wird das Krieg für Deutschland, Europa, Afrika und Lateinamerika bedeuten. Die Amerikaner können sich selbst beschützen, und sie brauchen weder Gummi aus Indonesien noch Zinn aus Bolivien. Sie wollen aber keinen Krieg und sie wollen nicht, daß die Sowjetunion Deutschland, daß Indonesien Malaysia und daß Castro die Dominikanische Republik schluckt. Diese Politik ist sehr schwer für uns und kostet uns viel Härte und viel Nerven.“

Präsident Johnson erklärte dann: „Ich glaube, auch wenn diese Auffassung nicht vom Bundeskanzler und vom deutschen Volk geteilt wird, daß für die Sicherheit Deutschlands nicht die Anwesenheit sämtlicher amerikanischer Truppen in Deutschland oder Europa notwendig ist. Die Deutschen glauben aber, sie ist notwendig, dann müssen sie auch eigene Ideen über ihre Finanzierung entwickeln.“

Präsident Johnson erklärte dann weiter: „An sich haben wir keine besseren Bundesgenossen als die Deutschen. Der Bundeskanzler sollte aber, bevor er sein Gehalt bezieht, erst einmal über die finanzielle Seite, die die Amerikaner bedrückt, nachdenken. Wir können leichter Leute aus Europa abziehen als auch nur einen Dollar von den Deutschen bekommen.“

Johnson fuhr fort, die Amerikaner müßten auch Großbritannien davon überzeugen, daß Deutschland als mächtiges Land akzeptiert werden müsse. Alle seien eine Familie. Der Präsident bedauerte dann noch einmal, daß die Deutschen, wie er sich ausdrückte, so knauserig seien. Er habe ja schon gesagt, daß es keinen besseren Bundesgenossen als die Deutschen gäbe, auch wenn man zwei Kriege gegeneinander geführt habe. Er sei sicher, daß das für beide nicht angenehm gewesen sei. Nun müsse man eng zusammenarbeiten. Er sei der Überzeugung, daß, wenn Erhard in Deutschland und er in den Vereinigten Staaten an der Regierung blieben, die Völker in Zukunft noch enger zusammenarbeiten würden. Er könne die Versicherung abgeben, daß er keine Verpflichtungen eingehen werde, ohne Erhard über die Auswirkungen zu informieren. Man solle sich keine Sorgen über NATO, de Gaulle oder über Probleme, die von Großbritannien kommen, machen.<sup>20</sup>

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 17**

<sup>20</sup> Ergänzend teilte Botschafter Knappstein, Washington, zu dem Gespräch mit, der vorherrschende Tenor sei die feste Entschlossenheit der USA gewesen, ihre Verteidigungsverpflichtungen in Europa und Asien zu erfüllen und gleichzeitig eine angemessene Beteiligung ihrer Verbündeten einzufordern. Knappstein schloß, das Gespräch sei sehr lebendig verlaufen, „auf der Seite des Präsidenten oft sehr humor- und temperamentvoll. Es endete mit der erneuten Versicherung des Präsidenten, daß er die Deutschen als seine besten Freunde in Europa betrachte und daß sich die Deutschen auf ihn verlassen könnten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1420 vom 16. Juni 1966; VS-Bd. 4145 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

## Aufzeichnung des Botschafters von Walther, Moskau

II A 4-82.03-94.29/402/66 geheim

16. Juni 1966<sup>1</sup>

Nachdem der neuernannte Botschafter Zarapkin<sup>2</sup> mir am 6. Juni seinen Besuch gemacht hatte, hatte ich ihn am Montag, den 13. Juni zu einem Frühstück gebeten. An dem Frühstück nahmen neben 7 Herren der Botschaft außer Zarapkin und mir 13 Mitarbeiter aus dem Außenministerium, dem Außenhandelsministerium, dem Kultusministerium und dem Komitee für Kulturaustausch teil. Das Frühstück nahm einen angenehmen Verlauf. Nach Tisch hatte ich eine etwa 3/4-stündige Unterhaltung mit Zarapkin unter vier Augen:

Zu Beginn der Unterhaltung versicherte mir Zarapkin erneut, daß er gern die neue Aufgabe in Bonn übernommen habe, eine Tatsache, die mir auch Semjonow bereits vorher bestätigt hatte. Wir sprachen sodann in allgemeinen Wendungen über die Abrüstung, wobei er selber als Ausspruch seiner Freunde anführte, daß „wenn man fünf Minuten mit Zarapkin spräche, man schon mitten in der Abrüstung sei“.<sup>3</sup> Das Gespräch kam ziemlich bald auf die Abrüstungsprobleme in bezug auf die Politik der Bundesrepublik. Hier wurde Zarapkin in der Sache sehr scharf und beschwerte sich, daß die Einstellung Deutschlands die Abrüstung Europas verhindere. So hätte z. B. Schweden nicht endgültig auf die Herstellung und den Besitz der Atomwaffen verzichtet, solange Deutschland seine Präntentionen hinsichtlich der Atomwaffen aufrechterhalte.<sup>4</sup> Ich erwiderte ihm, daß mir das Abrüstungsproblem Deutschlands nicht als das wichtigste erscheine, da das rein konventionell bewaffnete Deutschland nur ein Mitbestimmungsrecht am Einsatz der Atomwaffen erstrebe<sup>5</sup>, ein Wunsch, der ja bei der exponierten Lage Deutschlands durchaus verständlich sein müsse. Im übrigen schiene mir, daß die Abrüstungsfrage in erster Linie zwischen der Sowjetunion und USA geregelt werden müsse.<sup>6</sup> Unter beinahe leidenschaftlichen Ausfällen gegen die Vereinigten Staaten stellte Zarapkin die These auf, daß erst eine allgemeine Abrüstung durchgeführt sein müsse, und daß sich dann die Sowjetunion und die USA einigen würden. Auf meinen Gegen-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde am 16. Juni 1966 dem Auswärtigen Amt übermittelt. Hat Ministerialdirigent Ruete am 24. Juni und erneut am 17. Juli sowie Ministerialdirektor Werz am 11. Juli 1966 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. dazu bereits Dok. 181, Anm. 5.

Semjon Konstantinowitsch Zarapkin übergab am 12. Juli 1966 Bundespräsident Lübke sein Beglaubigungsschreiben. Vgl. dazu BULLETIN 1966, S. 737 f.

<sup>3</sup> Botschafter Zarapkin war von 1962 bis 1966 Leiter der sowjetischen Abrüstungsdelegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf. Dazu bemerkte Referat II A 4, die Tatsache, daß gerade Zarapkin zum Botschafter in Bonn ernannt worden sei, passe in das Gesamtbild der aktuellen sowjetischen Deutschlandpolitik. Die UdSSR habe in den letzten Monaten „die Deutschlandfrage ausschließlich als ein Problem der europäischen Sicherheit dargestellt [...] Es ist nicht ausgeschlossen, daß Zarapkins Hauptaufgabe darin besteht, dieser Politik durch sein Wirken in Deutschland Nachdruck zu verleihen.“ Vgl. die „Aufzeichnung über die Persönlichkeit“ von Zarapkin; Referat II A 4, Bd. 762.

<sup>4</sup> Zur Haltung der schwedischen Regierung in der Frage der Nichtverbreitung vgl. auch Dok. 201.

<sup>5</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 104.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 177.

einwarf, wie er denn Frankreich und China zu einer nuklearen Abrüstung veranlassen wolle, wich er aus mit der Bemerkung, daß die nuklearen Potenzen Frankreichs und Chinas minimal seien. Die mangelnde Logik seiner Ausführungen versuchte er durch leidenschaftliche Formulierungen zu ersetzen und kam dann auf das eigentliche Deutschlandproblem zu sprechen. Hier führte er aus, daß Deutschland einsehen müsse, daß es den Krieg begonnen habe und nunmehr, nach Verlust des Krieges, die „Realitäten“ anerkennen müsse. Meine Gegenfrage, ob er mit den Realitäten die Teilung Deutschlands meine, bejahte er. Ich führte aus, daß ein verlorener Krieg den Verlierer noch nicht dazu zwingt, Realitäten anzuerkennen, die historisch und soziologisch gesehen unsinnig und unhaltbar seien. Gerade Rußland solle wissen, wohin z. B. die Teilung Polens geführt habe. Hierauf erwiderte Zarapkin erstaunlicherweise, daß durch die sozialistische Revolution die Welt ein neues Gesicht bekommen habe und das Beispiel Polens nicht zutreffe, da damals das Gesicht Europas von der Idee der Nationalstaaten geprägt gewesen sei. Als ich ihm erwiderte, daß gerade der große Lehrer der Revolution Lenin die Erhaltung der Nationalitäten als Dogma aufgestellt habe<sup>7</sup>, und daß dieses Dogma auch für Deutschland gelten müsse, erwiderte er, daß „seither 50 Jahre vergangen seien“, was wenig mit seiner Theorie des Ewigkeitswertes der sozialistischen Revolution zusammenpaßte. Er wurde in seinen sachlichen Ausführungen und Forderungen auf Anerkennung der Realitäten immer schärfer und verstieg sich schließlich zu der Bemerkung, daß, wenn wir auf unserem Standpunkt beharrten, es zu einem „clash“ in Europa kommen würde, wobei er offensichtlich einen militärischen „clash“ meinte. Meine Entgegnung, daß ich an eine militärische Auseinandersetzung in Europa für alle Zukunft nicht mehr glaube und daß mir eine solche Perspektive nicht auf der Linie der sowjetischen Friedenspolitik zu liegen schiene, nahm er ohne rechte Erwiderung hin. Er sah wohl ein, daß er in seinen Ausführungen zu weit gegangen war.

Dieses Gespräch, das durchaus in der Form einer sachlichen Diskussion geführt wurde, war in der Sache das schärfste, das ich bisher gehabt habe. Ich erkläre mir diese Schärfe daraus, daß Zarapkin noch ganz in seinen Abrüstungsideen, mit denen er seit 1945 zu tun hat, befangen ist. Ich könnte mir denken, daß seiner wirklichen Überzeugung nach die Abrüstungsbestrebungen durch die Aufrüstung Deutschlands verunmöglicht worden sind.

Das Gespräch zeigt, daß Zarapkin in Bonn ein wesentlich schärferer Gesprächspartner sein wird als Smirnow und daß die hier umlaufende Beurteilung, man habe Smirnow durch einen härteren Mann ersetzen wollen, zutrifft. Das Gespräch fand in englischer Sprache statt, eine Sprache, in der Zarapkin durchaus seine Meinung nuanciert wiedergeben kann. Als Gesprächspartner ist Zarapkin nicht unangenehm, wenn er auch offenbar sein Temperament manchmal zügeln muß. Wie weit seine temperamentvollen Äußerungen mit seiner

<sup>7</sup> Im November 1917 beschloß der Rat der Volkskommissare, seine Tätigkeit in bezug auf die Nationalitätenfrage u. a. auf den Grundsätzen aufzubauen: „1) Freiheit und Souveränität für alle Völker Rußlands; 2) Selbstbestimmungsrecht für alle Völker Rußlands bis zur vollständigen Trennung und Bildung selbständiger Staaten; [...] 4) freie Entwicklung für alle nationalen Minderheiten und Volksstämme, die auf russischem Boden wohnen.“ Für den Wortlaut des „Dekrets über die Rechte der Völker Rußlands“ vgl. Manfred HELLMANN (Hrsg.), *Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki*, 5. Auflage, München 1984, S. 339.

wahren Meinung übereinstimmen, ist bei ihm, wie bei allen Russen, nicht festzustellen.

Beim Abschied frug mich Zarapkin nochmals etwas unsicher, ob ich meinte, daß seine mangelnden deutschen Sprachkenntnisse ihm in Bonn ein Hindernis sein würden. Ich habe ihm versichert, daß alle für ihn in Frage kommenden Gesprächspartner entweder Englisch oder Französisch sprächen; im Laufe meiner Unterhaltung habe ich feststellen können, daß er auch über gute französische Sprachkenntnisse verfügt.

Hiermit Herrn Staatssekretär Prof. Dr. Carstens<sup>8</sup> ergebenst vorgelegt.

Walther

VS-Bd. 4203 (II A 4)

## 195

### Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington und die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris

II A 3-88.10/319<sup>I</sup>/66 geheim

16. Juni 1966<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 2419

Aufgabe: 16. Juni 1966, 13.19 Uhr

Für Washington: Auf Drahtbericht 1285 vom 27. Mai<sup>2</sup>

Für Paris: Auf Drahtbericht 1139 vom 15. Juni<sup>3</sup>

Bitte dort folgende Gedanken vorzubringen:

1) Wir stehen seit langem auf dem Standpunkt, daß der Westen nicht weniger, sondern mehr Entspannung braucht. Wir wünschen, daß die Entspannung sich nicht nur auf periphere Probleme der Politik erstreckt, sondern auch auf das Deutschlandproblem.

<sup>8</sup> Hat Staatssekretär Carstens am 20. Juni 1966 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Schröder verfügte.

Hat Schröder am 22. Juni 1966 vorgelegen.

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wickert konzipiert.

Hat Ministerialdirigent Ruete am 16. und Bundesminister Schröder am 26. Juni 1966 vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Knappstein, Washington, berichtete, daß die amerikanische Regierung sich „ernsthaft“ mit dem Gedanken eines politischen Ausbaus der NATO mit dem Ziel der Entspannung zwischen Ost und West beschäftige. Sowohl der Planungsstab im Außenministerium als auch der im Verteidigungsministerium sei mit der Ausarbeitung von Vorschlägen betraut. Darüber hinaus werde erwogen, zur Erörterung dieser Frage einen eigenen Unterausschuß des Ständigen NATO-Rats einzusetzen. Es herrsche die Auffassung, daß der Entspannungspolitik von Staatspräsident de Gaulle ein Gegengewicht entgegengesetzt werden müsse, „um ihm sozusagen ‚die Schau zu stehlen‘“. Ferner werde befürchtet, der Verlust der Initiative und Führung bei der Lösung der europäischen Probleme werde langfristig dazu führen, daß die USA politisch und militärisch aus Europa hinausgedrängt würden. Vgl. VS-Bd. 4196 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. dazu ferner Dok. 170.

<sup>3</sup> Botschafter Grewe, Paris (NATO), bat um eine Weisung zu dem in Punkt 11 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung vom 7./8. Juni 1966 in Brüssel vereinbarten Auftrag an den Stän-

2) In unserer Note vom 25. März<sup>4</sup> haben wir verschiedene Vorschläge zur Entspannung gemacht, die vor allem das Gebiet der Abrüstung und Sicherheit betrafen. Wir werden in dieser Hinsicht weitere Initiativen ergreifen, allerdings die osteuropäischen Länder nun nicht mehr gemeinsam wie in unserer „Friedensnote“, sondern einzeln ansprechen.

3) In der NATO sollte über Entspannung beraten werden.<sup>5</sup> Allerdings sind wir nicht der Ansicht, daß sie nach außen handelnd hervortreten sollte, es sei denn mit im wesentlichen deklamatorischen Akten. Auf jeden Fall sollte man vermeiden, daß sie als Partner der Warschauer Paktorganisation auftritt.<sup>6</sup>

Gegen eine unmittelbare Beziehung zwischen der NATO und der Warschauer Paktorganisation haben wir Vorbehalte, die sich vor allem aus der Tatsache ergeben, daß die Zone Mitglied des Warschauer Paktes ist. Wir halten es auch für falsch, beide Organisationen als gleichrangig oder gar gleichwertig zu behandeln.<sup>7</sup> Abgesehen davon, glauben wir nicht<sup>8</sup>, daß ein Dialog von Allianz zu Allianz zu nennenswerten Ergebnissen führen kann, da die Mitglieder beider Pakte sich schließlich nur auf einem sehr niedrigen Nenner werden einigen können.

Wir sollten ferner bedenken, daß die osteuropäische Auflockerung ihren Grund im Wiederaufleben des nationalen Gedankens hat. Diesem Trend würden wir entgegentreten, wenn wir dem Warschauer Pakt eine gewichtige Rolle zuerteilen. Moskau könnte dann seine Alliierten, die auf eigene Faust Anschluß im Westen suchen (z. B. Rumänien)<sup>9</sup>, darauf hinweisen, daß ein einfacherer Weg, der die proletarische Solidarität nicht verletzt, direkt über den Warschauer Pakt führt.

Aufgabe der NATO sollte es sein, die individuellen Initiativen der Partner in Einklang mit der allgemeinen westlichen Position dem Osten gegenüber zu bringen.<sup>10</sup>

4) Zum sowjetischen Vorschlag europäischer Friedenskonferenz<sup>11</sup>: Bemerkenswert, daß Sowjetunion Zusammenhang zwischen Entspannung und Sicherheit einerseits und ungelöster Deutschlandfrage andererseits ausdrücklich anerkennt. Es geht ihr jedoch nicht darum, durch Lösung der Deutschlandfrage

*Fortsetzung Fußnote von Seite 829*

digen NATO-Rat, die Ost-West-Beziehungen einer Prüfung zu unterziehen und einen Bericht ausarbeiten, der sich auch mit „möglichen Initiativen“ befassen sollte. Vgl. VS-Bd. 4196 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1966, D 338.

<sup>4</sup> Zur Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. Dok. 58.

<sup>5</sup> Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Vorher lautete er: „Die NATO sollte als Organisation, in der über Entspannung beraten wird, herausgestellt werden.“

<sup>6</sup> Vgl. dazu auch den Vorschlag des britischen Außenministers Stewart; Dok. 187, Anm. 8.

<sup>7</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

<sup>8</sup> Der Passus „Abgesehen ... wir nicht“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Vorher lautete er: „Aber abgesehen davon glauben wir auch nicht“.

<sup>9</sup> Zu den rumänischen Bemühungen um eine unabhängigere Außenpolitik vgl. Dok. 153, besonders Anm. 5.

<sup>10</sup> An dieser Stelle wurde gestrichen: „Die Auffassung ... koordiniert werden“. Vgl. Anm. 16.

<sup>11</sup> Zum Vorschlag des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 27. April 1966 vgl. Dok. 142, besonders Anm. 3 und 7.



Entspannung in Europa zu fördern, sondern nur darum, den Status quo zu fixieren. Europa kann aber nur dauerhaft befriedet werden, wenn Spannungsursachen beseitigt werden. Teilnahme der USA an Sicherheitskonferenz ist für uns unabdingbar.

5) Die Erfolgchancen für Entspannungsversuche sind gegenwärtig begrenzt. Auf jeden Fall muß man mit langen Fristen rechnen, bis sich Erfolge einstellen werden. Dennoch beabsichtigen wir in Zusammenarbeit mit unseren NATO-Partnern jede Möglichkeit zu ergreifen<sup>12</sup>, unsere Aufgeschlossenheit für Entspannungsmaßnahmen zu bekunden. Im übrigen wird auf die Rede des Herrn Bundesaußenministers vor dem NATO-Ministerrat in Brüssel verwiesen, deren Wortlaut<sup>13</sup> in Heft Nr. 470 des Informationsdienstes für die Auslandsvertretungen vom 17. Juni 1966 erscheint<sup>14</sup>.

6) (Nur für Washington)

Angesichts des sowjetischen Drängens nach einer europäischen Sicherheitskonferenz glauben wir, daß es zweckmäßig wäre, die Genfer Sicherheitsvorschläge aus dem Jahr 1959<sup>15</sup> im Rahmen der Vierergruppe auf den jetzigen Stand zu bringen.

Die Auffassung, daß man der Entspannungspolitik de Gaulles ein Gegengewicht entgegensetzen und ihm „die Schau stehlen“ müsse, halten wir für bedenklich. Es darf, was die Entspannungsinitiativen betrifft, nicht zu einem Wettrennen zwischen de Gaulle und der NATO kommen. Wir sollten fordern, daß auch die französischen Initiativen im NATO-Rahmen koordiniert werden.<sup>16</sup>

Generell – sowie im Hinblick auf die besonderen Verantwortlichkeiten für Deutschland als Ganzes – legen wir größten Wert auf enge Abstimmung aller Schritte mit unseren drei westlichen Verbündeten.

Carstens<sup>17</sup>

**VS-Bd. 4196 (II A 3)**

<sup>12</sup> Der Passus „Dennoch beabsichtigen ... zu ergreifen“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Ruete zurück. Vorher lautete er: „Dennoch sollten wir in Zusammenarbeit mit allen unseren NATO-Partnern jede Möglichkeit ergreifen“.

<sup>13</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Ruete handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „dem“.

<sup>14</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Ruete handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „beiliegt“.  
Für den Wortlaut der Rede von Bundesminister Schröder vom 7. Juni 1966 vgl. BULLETIN 1966, S. 642–644.

<sup>15</sup> Zum auf der Genfer Vier-Mächte-Konferenz vom 14. Mai 1959 vorgelegten Herter-Plan vgl. Dok. 23, besonders Anm. 2.

<sup>16</sup> Der Passus „Die Auffassung ... koordiniert werden“ wurde von Ministerialdirigent Ruete an dieser Stelle eingefügt. Vgl. Anm. 8.  
Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Vorher lautete er: „Wir sollten anstreben, soweit wie möglich unsere Initiativen mit den französischen zu koordinieren und die französischen im NATO-Rahmen zu verfolgen.“

<sup>17</sup> Paraphe vom 18. Juni 1966.

## 196

**Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens****St.S. 1483 VS-vertraulich****20. Juni 1966**

Betr.: Somalia

Der somalische Botschafter<sup>1</sup> suchte mich auf. Wir behandelten folgende Punkte:

1) Unterstützung der somalischen Wiedervereinigungsbestrebungen<sup>2</sup> durch Deutschland

Der Botschafter erwähnte die Tatsache, daß bei dem letzten Besuch des Ministerpräsidenten in Bonn<sup>3</sup> kein Kommuniqué zustande gekommen sei, da man sich über die Formel für eine deutsche Unterstützung der somalischen Wiedervereinigungswünsche nicht habe einigen können.<sup>4</sup>

Ich legte dem Botschafter die Gründe dar.<sup>5</sup>

Der Botschafter fragte, ob man nicht versuchen könnte, eine Formel zu finden, die Somalia nütze, ohne uns zu schaden.

Ich sagte, er möge sich doch darüber einmal Gedanken machen. Er wird die Frage mit Herrn MDG Böker erneut aufnehmen.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Mohamed Scek Hassan.

<sup>2</sup> Am 1. Juli 1960 wurde aus Britisch-Somaliland und Italienisch-Somaliland die unabhängige Republik Somalia gebildet. In der Folgezeit erhob die somalische Regierung Ansprüche auf die von Somalis bewohnten Gebiete in Äthiopien (Ogaden) und in Kenia (nordöstlicher Grenzbezirk). In den umstrittenen Gebieten kam es wiederholt zu Grenzkonflikten. Vgl. dazu die Schriftberichte des Botschafters Nagel, Mogadischu, vom 4. März und 4. Juni 1966; Referat I B 3, Bd. 658.

<sup>3</sup> Abdirizak Hagi Hussein besuchte vom 1. bis 21. Mai 1966 aus Anlaß der 3. Deutschen Afrikawoche die Bundesrepublik. Zum Gespräch mit Bundeskanzler Erhard am 5. Mai 1966 vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker vom 11. Mai 1966; Referat I B 3, Bd. 658. Zum Gespräch von Böker mit dem somalischen Ministerpräsidenten am 18. Mai 1966 vgl. die Aufzeichnung vom 20. Mai 1966; VS-Bd. 2544 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>4</sup> In dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf für ein Kommuniqué wurde festgehalten, beide Seiten hofften, daß die „innerafrikanischen Probleme“ eine friedliche Lösung im Sinne der Charta der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) und der UNO finden würden. Dem wurde ein somalischer Entwurf entgegengestellt, in dem der Hoffnung Ausdruck verliehen wurde, daß auch die Frage der Wiedervereinigung geteilter Staaten friedlich und in Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung gelöst werden könne. Für den Wortlaut der beiden Entwürfe vgl. Referat I B 3, Bd. 657.

<sup>5</sup> Hierzu stellte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 7. Juni 1966 fest, die Bundesregierung bringe „dem Wunsch der Somalen, in einem Staat zu leben, zwar Verständnis und Sympathie entgegen, [könne] die Parallele zu unserem Problem jedoch nicht erkennen. Eine öffentliche deutsche Stellungnahme zu dem somalischen Grenzproblem würde von fast allen afrikanischen Staaten als eine Einmischung in innerafrikanische Angelegenheiten aufgefaßt werden, da die bestehenden Grenzen in Afrika nach der Charta der Organisation der Afrikanischen Einheit als unverrückbar gelten. Auch müssen wir Rücksicht auf die Regierungen von Äthiopien und Kenia nehmen, mit denen wir freundschaftlich verbunden sind und die unseren Standpunkt ebenso wirkungsvoll unterstützen wie die somalische Regierung.“ Vgl. Referat I B 3, Bd. 657.

<sup>6</sup> Am 5. Juli 1966 erläuterte Ministerialdirigent Böker, z.Z. Mogadischu, dem somalischen Ministerpräsidenten erneut den Standpunkt der Bundesregierung. Böker führte aus, dies bedeute „keine Änderung unseres Standpunktes hinsichtlich universeller Anwendbarkeit [des] Selbstbestimmungsrechts und kein Nachlassen [des] deutschen Verständnisses für somalische Probleme“. Die strikte Beachtung der Nichteinmischung ermögliche es der Bundesregierung vielmehr, „allen

2) Lieferung leichter Waffen für die somalische Polizei<sup>7</sup>

Der Botschafter schlug folgendes vor:

Wir sollten ihnen moderne Gewehre und Maschinengewehre liefern. Sie würden dafür dieselbe Zahl alter, unmodern gewordener Gewehre und Maschinengewehre britischen Ursprungs, die seit 1940 in Gebrauch seien, an uns zurückerliefern. Auf diese Weise würde die Zahl der Waffen nicht vermehrt.

Ich bezeichnete den Vorschlag als „genial“, fügte aber hinzu, daß wir die Sache natürlich doch genauer prüfen müßten. Der Botschafter würde eine Antwort erhalten. Vor allem könnten wir nicht ohne Zustimmung des Parlaments handeln.<sup>8</sup>

## 3) Private Panzerabwehrraketen-Lieferungen (Bazookas)

Eine italienische Firma hat bei Dynamit-Nobel Bazookas bestellt, die an Somalia geliefert werden sollen. Bisher ist die Genehmigung nicht erteilt worden.<sup>9</sup> Der Botschafter bat, da es sich um eine kommerzielle Transaktion handle, die Genehmigung zu erteilen.

Ich erklärte, ich kenne den Fall nicht. Unsere Politik, in Spannungsgebiete keine Waffen zu liefern, beziehe sich auch auf private Geschäfte, doch würde ich auch dieser Sache nachgehen und dem Botschafter einen Bescheid zukommen lassen.<sup>10</sup>

Abschließend sagte der Botschafter, er müsse mir sagen, daß Somalia sich durch uns etwas vernachlässigt fühle. Ich beteuerte unsere freundschaftliche Haltung, fügte aber hinzu, und das müsse der Botschafter verstehen, daß wir auch auf die Pflege unserer freundschaftlichen Beziehungen zu den anderen afrikanischen Staaten großen Wert legen müßten.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 832*

afrikanischen Staaten Freund und Helfer zu sein“. Böker teilte weiter mit, Abdirizak habe diese Ausführungen „verständnisvoll“ aufgenommen und sich „voll befriedigt“ gezeigt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 75; VS-Bd. 2544 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. dazu weiter Dok. 274.

<sup>7</sup> Am 2. April 1965 beschloß der Bundesverteidigungsrat, Somalia Ausrüstungshilfe für die Polizei zu gewähren, aber keine Waffen zu liefern. Vgl. dazu den Vermerk des Staatssekretärs Carstens; VS-Bd. 437 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

Zum Ausrüstungsstand der somalischen Polizei führte Botschafter Nagel, Mogadischu, aus, anläßlich der Feiern zum 6. Jahrestag der Unabhängigkeit von Somalia habe sich das kleine Polizeikontingent gegenüber der eindrucksvollen Demonstration der Armee „recht kümmerlich“ ausgenommen. Die „Somali Police Force“ habe lediglich die traditionelle Lanzenreiter-Schwadron und 7 Kompanien an regulären Polizei-Einheiten vorgestellt. Vgl. den Schriftbericht vom 16. Juli 1966; Referat I B 3, Bd. 657.

<sup>8</sup> Vgl. dazu weiter Dok. 243.

<sup>9</sup> Am 24. März 1966 stellte die Firma Dynamit Nobel-Genschow GmbH in Köln beim Bundesministerium für Wirtschaft einen Antrag auf Herstellung und Beförderung von 1150 Panzerabwehrraketen und 500 Übungsgranaten. Die Firma teilte hierzu mit, der Besteller sei eine italienische Firma, der endgültige Bestimmungsort aber Somalia. Am 31. Mai 1966 wurde der Antrag nach Rücksprache mit dem Auswärtigen Amt abgelehnt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Middelman vom 16. August 1966; VS-Bd. 5116 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>10</sup> Am 16. August 1966 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Middelman fest, daß der somalische Botschafter Hassan von der Firma Dynamit Nobel-Genschow zwar auf die Angelegenheit angesprochen worden sei, jedoch keinen Auftrag seiner Regierung gehabt habe, im Auswärtigen Amt vorstellig zu werden. Die somalische Botschaft sei auf die Angelegenheit bisher auch nicht mehr zurückgekommen. Vgl. VS-Bd. 5116 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

Hiermit Herrn D I<sup>11</sup> [und] Herrn D III<sup>12</sup> je besonders mit der Bitte um weitere Veranlassung.

Carstens

VS-Bd. 2544 (I B 3)

## 197

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete

II A 7-83-03-0/2673<sup>1</sup>/66 geheim

20. Juni 1966<sup>1</sup>

Betr.: Verlegung des Hauptquartiers von AFCENT<sup>2</sup>;

hier: Deutsch-niederländische Besprechungen in Bonn am 16. Juni 1966

Anlage: Kurzprotokoll der Besprechung<sup>3</sup>

Mein Gespräch mit Herrn de Ranitz, dem Direktor der politischen Abteilung im niederländischen Außenministerium, das auf Wunsch der Niederländer am 16. Juni 1966 in Bonn stattfand, ergab folgendes Bild:

1) Die Niederlande sind sehr daran interessiert, das Hauptquartier von AFCENT bei sich aufzunehmen. Den Gedanken, das Hauptquartier beiderseits oder in unmittelbarer Nähe der deutsch-niederländischen Grenze unterzubringen, halten auch die Holländer offenbar nicht für sehr glücklich; den Raum Maastricht/Roermond bieten sie nur an zweiter Stelle an. Sie würden es vorziehen, AFCENT nach Roosendaal im Westen der Niederlande zu legen.

Die Beschaffung von Unterkünften und die Herstellung befriedigender Verkehrs- und Kabelverbindungen würde ihnen jedoch erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Sie wünschen deshalb, den vereinigten AFCENT-Stab so klein wie möglich zu halten, scheinen aber mit der von der „Gruppe der Dreizehn“ vorgeschlagenen Reduzierung auf 2200 bis 2500 Personen einverstanden zu sein.

Die Niederländer wissen, daß es wahrscheinlich nötig sein wird, eine Anzahl umfangreicher Nachschub- und Versorgungseinrichtungen der NATO ebenfalls in den Benelux-Bereich und hauptsächlich in die Niederlande zu verlegen.

2) Das Bundesministerium der Verteidigung ist an einer Verlegung des AFCENT-Hauptquartiers nach Deutschland interessiert.<sup>4</sup> Die ins Auge gefaßten

<sup>11</sup> Hat Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 21. Juni 1966 vorgelegen.

<sup>12</sup> Hat Ministerialdirektor Harkort am 21. Juni 1966 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 5116 (III A 4).

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Arnold konzipiert.

<sup>2</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 182, besonders Anm. 4.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 1470 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>4</sup> Am 13. Juni 1966 teilte Bundesminister von Hassel Staatssekretär Carstens telefonisch mit, er lege „großen Wert“ darauf, daß das Hauptquartier von AFCENT in die Bundesrepublik verlegt werde. Man werde in Aachen 5 km vom Stadtrand entfernt zwei bis drei Kasernen freimachen. Hassel fügte hinzu, die Niederlande könnten in der Form beteiligt werden, daß sie Wohnraum für die Angehörigen des Hauptquartiers zur Verfügung stellten. Vgl. VS-Bd. 1470 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

Unterbringungsmöglichkeiten im Raum Aachen scheinen – nach Darstellung des Bundesministeriums der Verteidigung<sup>5</sup> – in jeder Hinsicht unerwartet günstig zu sein. Kasernen und Unterkünfte stehen zur Verfügung; gute Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen sind vorhanden; der Privilegienstatus der ausländischen Stabsangehörigen wird nach Unterzeichnung des Zusatzabkommens zum NATO-Hauptquartiere-Statut besser sein als in anderen Ländern. Es erscheint daher nicht ausgeschlossen, daß die militärischen Stellen der NATO – falls die Aufnahme von AFCENT in Deutschland angeboten wird<sup>6</sup> – für eine Verlegung nach Aachen plädieren werden.

3) Eine Entscheidung zugunsten von Aachen würde voraussichtlich eine Verstimmung der Holländer sowie möglicherweise anderer Staaten (Belgien<sup>7</sup>, Dänemark) zur Folge haben (was u. U. auch die Frage der Besetzung des AFCENT-Oberbefehls durch einen deutschen General beeinflussen könnte)<sup>8</sup>. Daher erscheint es ratsam, daß wir uns diplomatisch nicht zu stark für Aachen einsetzen, sondern Aachen weiterhin nur für den Fall anbieten, daß die Niederlande in der verfügbaren Zeit nicht die Voraussetzungen für die Unterbringung schaffen können.<sup>9</sup>

4) Herr de Ranitz schlug vor, die Frage der AFCENT-Unterbringung solle in Kürze von dem Herrn Bundesminister mit Außenminister Luns weiter erörtert werden. Es ist damit zu rechnen, daß es anläßlich der WEU-Ministerratstagung in Brüssel am 27./28. Juni<sup>10</sup> zu diesem Gespräch kommen wird.

Da das Bundesministerium der Verteidigung sich neuerdings stark für die Verlegung von AFCENT nach Aachen einsetzt<sup>11</sup>, wird vorgeschlagen, vor dem

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 14. Juni 1966 über Aachen als Standort für AFCENT; VS-Bd. 1470 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>6</sup> Am 24. Juni 1966 bat Staatssekretär Carstens die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris, NATO-Generalsekretär Brosio mitzuteilen, daß die Bundesregierung bereit sei, das Hauptquartier von AFCENT im Raum Aachen aufzunehmen. Vgl. VS-Bd. 2396 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>7</sup> Am 11. Juli 1966 bat der belgische Außenminister Harmel Botschafter Siegfried, Brüssel, Bundesminister Schröder die Besorgnisse der belgischen Regierung im Zusammenhang mit der Verlegung von AFCENT zu übermitteln. Belgien habe „aus NATO-Treue“ den unpopulären Entschluß zur Aufnahme von SHAPE getroffen. Um der unzufriedenen Stimmung im Lande entgegenzuwirken, sei aber ein gewisses Gleichgewicht mit den Niederlanden in der Belastung des Benelux-Raumes erwünscht. Dem könne Rechnung getragen werden, wenn AFCENT „nicht oder jedenfalls nicht ausschließlich“ im Raum Aachen untergebracht werde, sondern mindestens mit Teilen auch auf niederländischem Gebiet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 198; VS-Bd. 1470 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>8</sup> Zur Forderung der Bundesregierung, den Posten des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte Europa Mitte mit einem General der Bundeswehr zu besetzen vgl. zuletzt Dok. 180.

<sup>9</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „r[ichtig]“.

<sup>10</sup> Zur WEU-Ministerratssitzung vgl. Dok. 210.

<sup>11</sup> Am 16. Juni 1966 setzte sich Bundesminister von Hassel in der Sitzung des Bundesverteidigungsrates erneut für die Verlegung des Hauptquartiers von AFCENT nach Aachen ein. Demgegenüber erklärte Staatssekretär Carstens, daß die Frage der Besetzung des Oberbefehlshabers wichtiger sei und die Behandlung der Sitzfrage diesen Wunsch nicht gefährden dürfe. Konkret bedeute dies, die Bundesregierung dürfe sich „die holländische Unterstützung für einen deutschen Oberbefehlshaber von AFCENT nicht dadurch verschmerzen, daß wir die holländischen Wünsche auf Verlegung des Hauptquartiers nach Holland durchkreuzen“. Vgl. die Aufzeichnung von Carstens; VS-Bd. 2478 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Gespräch mit Luns die deutsche Haltung mit Herrn Bundesminister von Has-  
sel abzustimmen.<sup>12</sup>

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>13</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>14</sup> mit der  
Bitte um Kenntnissnahme vorgelegt. Das Kurzprotokoll über die Besprechung  
ist beigelegt.

Ruete

VS-Bd. 1470 (II A 7)

## 198

### Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/10358/66 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1427

Aufgabe: 20. Juni 1966, 17.50 Uhr  
Ankunft: 20. Juni 1966, 23.56 Uhr

Betr.: Reaktion im State Department auf die Vorschläge Dr. Barzels zur  
Deutschlandpolitik

Bezug: Presse-FS Nr. 1423 vom 17.6.66<sup>1</sup>

Die Vorschläge zur Deutschlandpolitik, die Dr. Barzel in seiner Rede zum 17.  
Juni<sup>2</sup> gemacht hat, sind von Puhan und seinen Mitarbeitern mit großem Inter-  
esse aufgenommen worden. Sie wurden als wertvoller und anregender Beitrag  
zur Deutschlandfrage bezeichnet. Es wurde besonders hervorgehoben, daß die  
deutsche Seite in dieser Frage selbst die Initiative ergriffen habe.

Zu den Vorschlägen selbst<sup>3</sup> wurde darauf hingewiesen, daß sie in ihren Einzel-  
heiten noch genauer studiert werden müßten. Man hoffe in diesem Zusam-

<sup>12</sup> Am 12. Juli 1966 beriet der Ständige NATO-Rat über die Frage der Unterbringung von AFCENT.  
Dabei zeigte sich der belgische Botschafter enttäuscht über die niederländische Haltung in der  
Sitzfrage und wies erneut auf die „gleichgewichtige Lastenverteilung“ zwischen den Benelux-  
Staaten hin. Hinsichtlich der Bereitschaft der Bundesregierung zur Aufnahme von AFCENT er-  
klärte de Staercke, „seine Regierung sei noch nicht in der Lage, einer Verlegung von AFCENT  
nach Deutschland zuzustimmen. Wann eine Entscheidung falle, könne er nicht voraussehen.“ Vgl.  
den Drahtbericht Nr. 1313 des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 13. Juli 1966; VS-Bd. 2397  
(I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.  
Vgl. weiter Dok. 263.

<sup>13</sup> Hat Staatssekretär Carstens am 21. Juni 1966 vorgelegen.

<sup>14</sup> Hat Bundesminister Schröder am 26. Juni 1966 vorgelegen.

<sup>1</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Knapstein, Washington, vgl. Referat II A 6, Bd. 226.

<sup>2</sup> Am 17. Juni 1966 hielt der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Barzel, im Rahmen einer Veran-  
staltung des American Council on Germany und des deutschen Generalkonsulats im Hotel Wal-  
dorf-Astoria in New York vor etwa 1000 Zuhörern eine deutschlandpolitische Rede. Barzel hatte  
seine Ausführungen bereits am Vortag vor Angehörigen der deutschen Botschaft in Washington  
sowie vor dem Council on Foreign Relations in New York vorgetragen. Vorab war bereits eine  
Textfassung veröffentlicht worden. Für den Wortlaut der Rede vgl. Dzd IV/12, S. 900–912. Vgl.  
dazu auch BARZEL, Drahtseil, S. 83–94.

<sup>3</sup> Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Barzel, forderte die Schaffung gesamtdeutscher gemisch-  
ter Kommissionen, „die im Auftrage der Vier Mächte und zum Zwecke der Wiedervereinigung für  
eine fest umrissene Zeit praktische Dinge erledigen“. Zur Sicherheitsfrage führte er aus, daß für

menhang, daß Dr. Barzel zu einer Reihe von Aspekten weitere Ausführungen machen werde. Wenn die Gesprächspartner auch gelegentlich zum Ausdruck gebracht haben, daß die Rede Barzels auch unter Gesichtspunkten der deutschen Innenpolitik gesehen werden müßte, so glauben sie doch, daß sie der deutschen Sache schon insofern einen guten Dienst erwiesen habe, als sie das starke Drängen nach Wiedervereinigung erneut bewiesen habe. Auch das Angebot weitgehender Berücksichtigung des angeblichen Sicherheitsbedürfnisses der Sowjetunion sei geeignet, die wahren sowjetischen Motive für die Aufrechterhaltung der deutschen Spaltung der Weltöffentlichkeit wieder in Erinnerung zu rufen.

Mit einer gewissen Spannung wird ferner darauf gewartet, ob und in welchem Umfange die Vorschläge Dr. Barzels die Unterstützung der Bundesregierung finden werden.<sup>4</sup>

Ein Mitglied der Deutschlandabteilung wies Mitarbeiter in diesem Zusammenhang auf folgendes hin: Die positive Bewertung der Vorschläge Barzels durch das State Department und das Weiße Haus sei schon in der Tatsache zum Ausdruck gekommen, daß der Präsident Dr. Barzel unmittelbar vor der Rede empfangen habe.<sup>5</sup> Da zu dieser Zeit die wesentlichsten Teile der Rede bereits bekannt gewesen seien, habe diese Zusammenkunft als eine – wenn auch indirekte – Stellungnahme des Präsidenten ausgelegt werden können. Die Vorschläge Barzels seien daher auch auf Weisung des Präsidenten eingehend geprüft worden. Ein abschließendes Urteil sei aber deswegen noch nicht möglich, weil die Vorschläge bewußt allgemein gehalten seien. Man werde daher genau zu beobachten haben, wie Dr. Barzel seine Gedanken weiter entwickeln werde.

[gez.] Knappstein

#### VS-Bd. 4270 (II A 6)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 836*

ein wiedervereinigtes Deutschland „ein besonderer militärischer Status“ denkbar wäre. Zur Befriedigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen nach einer Wiedervereinigung regte er an, sowjetische Truppen im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems in Deutschland zu belassen. Darüber hinaus sollte ein wiedervereinigtes Deutschland das besondere Wirtschaftsverhältnis zwischen der UdSSR und der DDR fortführen und über zwanzig Jahre um jährlich 5 % gesteigerte Wirtschaftsleistungen an die UdSSR erbringen. Schließlich empfahl Barzel, mit Blick auf eine Neugestaltung des politischen und gesellschaftlichen Lebens in einem wiedervereinigten Deutschland eine kommunistische Partei zuzulassen. Eine Arbeitsgruppe der drei Westmächte und der Bundesrepublik sollte die bisherigen Deutschland-Initiativen überprüfen. Vgl. DzD IV/12, S. 905–910.

<sup>4</sup> Nach seiner Rückkehr aus den USA sah sich der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Barzel, z. T. heftigen Vorwürfen seitens der CDU und der CSU ausgesetzt. Nach Presseinformationen führte Bundeskanzler Erhard in einer Fraktionssitzung am 21. Juni 1966 aus, der Vorschlag einer sowjetischen Truppenstationierung sei „unvorstellbar“ und ein „Rückfall in das Besatzungsregime“. Ferner habe er den Neutralitätsgedanken von Barzel sowie die Anregung einer langfristigen wirtschaftlichen Unterstützung der UdSSR kritisiert. Bundesminister Schröder habe sich in seinen Ausführungen der Linie von Erhard angeschlossen. Vgl. den Artikel „Der Streit um Barzels Rede setzt sich in der Fraktion fort“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 141 vom 22. Juni 1966, S. 1. Vgl. ferner die Erklärung des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU vom 20. Juni 1966; DzD IV/12, S. 944, sowie den Artikel von Klaus-Rudolf Dreher: „Der Bundeskanzler predigt wider die Gammeler“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 152 vom 27. Juni 1966, S. 3.

Im Rückblick hielt Barzel dazu fest: „Es war schlimm. Man akzeptierte meinen angebotenen Rücktritt nicht – Wahlen in Nordrhein-Westfalen standen bevor. Das Ungewohnte traf mich voll und tat weh: Konrad Adenauer und Gerhard Schröder kämpften dieses einzige Mal Seite an Seite gegen mich.“ Vgl. BARZEL, Drahtseil, S. 94.

<sup>5</sup> Für das Gespräch vom 16. Juni 1966 vgl. Dok. 193.

## 199

**Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens****St.S. 1493/66 VS-vertraulich****21. Juni 1966**Betr.: Internationale Schießsportmeisterschaften in Wiesbaden<sup>1</sup>

In der heutigen Sitzung im Bundesministerium des Innern sprachen sich die meisten Regierungsvertreter für eine harte Haltung aus. Das bedeutet, man soll nicht zulassen, daß die Mannschaft der Zone auf ihrem Sportanzug das Emblem der Zone trägt.

In diesem Sinne sprachen sich sehr entschieden aus Minister Weyer, der hamburgische und der bayerische Vertreter sowie ich für das Auswärtige Amt. Der hessische Vertreter berief sich auf einen Beschluß der Innenministerkonferenz vom Februar 1961<sup>2</sup> unter Vorsitz des damaligen Bundesministers des Innern Dr. Schröder, in dem beschlossen worden war, daß man das Emblem bei internationalen Veranstaltungen „übersehen“ wolle. Ihm wurde entgegengehalten, daß dieser Beschluß vor dem Bau der Mauer gefaßt worden sei.

Ich schlage vor, daß der Herr Minister in der morgigen Kabinettsitzung<sup>3</sup> die sogenannte harte Linie einschlägt. Die NATO hat beschlossen, daß Zonenmannschaften in NATO-Ländern nur unter der Voraussetzung zugelassen werden dürfen, daß sie die Embleme nicht zeigen.<sup>4</sup> Zwar ist gegen diesen Beschluß bei den Skimeisterschaften in Oslo verstoßen worden<sup>5</sup>, andere Länder (vor allem die USA) halten sich jedoch an den Beschluß. Wir können nicht verlangen, daß die anderen eine striktere Haltung einnehmen als wir selbst.

Die Sportvertreter befürchten, daß die Schießweltmeisterschaften in Wiesbaden unter Umständen abgesagt werden. Das müßte in Kauf genommen werden. Die Sportvertreter befürchten weiter ungünstige Rückwirkungen auf die Olympiade, die 1972 in München stattfinden soll.<sup>6</sup> Hier ist die Argumentation nicht überzeugend, denn die bisherige Regelung des Internationalen Olympi-

<sup>1</sup> Die Weltmeisterschaften im Schießsport fanden vom 14. bis 24. Juli 1966 in Wiesbaden statt.

<sup>2</sup> Die Konferenz der Innenminister fand am 2./3. Februar 1961 in Hamburg statt.

<sup>3</sup> In der Kabinettsitzung am 22. Juni 1966 wurde Bundesminister Lücke mit der Ausarbeitung einer Kabinettsvorlage über die „Flaggen-, Hymnen- und Emblemfrage“ beauftragt, die mit Schreiben vom 18. August 1966 den Ministerien übermittelt wurde. Vgl. Referat IV 5, Bd. 1618.

<sup>4</sup> Zum Beschluß des Politischen Ausschusses des NATO-Rats vom 18. März 1964 vgl. Dok. 143, Anm. 7.

<sup>5</sup> Bei den nordischen Skiweltmeisterschaften vom 17. bis 27. Februar 1966 in Oslo wurden Hymne und Flagge der DDR nicht verwendet. Die Sportler der DDR traten jedoch mit den Emblemen der DDR auf ihrer Kleidung auf. Der norwegische Skiverband wies darauf hin, die Abzeichen stellten keine Embleme dar. Eine entsprechende Demarche des Botschafters Böx, Oslo, beim norwegischen Außenminister blieb erfolglos. In dem Gespräch, das „in einer ausgesprochen frostigen Atmosphäre“ verlief, fragte Lyng, ob Böx der Bundesregierung klargelegt habe, „welche höchst unerwünschten Wirkungen entstehen könnten, wenn der Zonenmannschaft ein weiteres Auftreten verboten würde“. Vgl. die Drahtberichte Nr. 49 und 31 vom 17. bzw. 23. Februar 1966 sowie den Drahterlaß Nr. 31 des Staatssekretärs Carstens vom 21. Februar 1966; Referat II A 1, Bd. 408.

<sup>6</sup> Am 26. April 1966 entschied sich das Internationale Olympische Komitee (IOC) auf seiner Tagung in Rom für München als Austragungsort der Olympischen Sommerspiele 1972. Vgl. dazu Referat IV 5, Bd. 1605. Vgl. ferner BULLETIN 1966, S. 438.



schen Komitees<sup>7</sup> verbietet auch das Zeigen der SBZ-Embleme. Sie gilt allerdings nur bis 1968.

Hiermit dem Herrn Minister<sup>8</sup> vorgelegt.

Carstens

**VS-Bd. 427 (Büro Staatssekretär)**

## 200

### Botschafter Petersen, Nikosia, an das Auswärtige Amt

**Z B 6-1/10423/66 VS-vertraulich**

**21. Juni 1966**

**Chi-Brief**

Betr.: Brief des Herrn Bundeskanzlers an Staatspräsident Makarios<sup>1</sup>

Bezug: Chi-Brief 1492/66 vom 10. Juni 66<sup>2</sup>

Wie bereits berichtet, hat Staatspräsident Makarios kürzlich mehrfach teils öffentlich, teils unter vier Augen mit Nachdruck betont, daß Zypern von der Einheit Deutschlands ausgehe, das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes unterstütze und nicht daran denke, irgendetwas zu unternehmen, was als Anerkennung der Sowjetzone ausgelegt werden könne.<sup>3</sup> Außerdem hat er vor einigen Tagen der Botschaft zu verstehen gegeben, daß er nicht länger bereit sei, die Anmaßungen der hiesigen Zonenvertretung<sup>4</sup> zu dulden. Als erstes soll die Zonenvertretung nunmehr in der Diplomatenliste gestrichen werden.<sup>5</sup>

<sup>7</sup> Am 8. Oktober 1965 beschloß das Internationale Olympische Komitee in Madrid, daß bei den Olympischen Winter- und Sommerspielen 1968 in Grenoble bzw. Mexiko-City zwei deutsche Mannschaften teilnehmen sollten, „die aber unter dem gleichen Banner einziehen und die gleiche Hymne verwenden werden“. Vgl. DzD IV/11, S. 867 f. Vgl. ferner AAPD 1965, II, Dok. 302.

<sup>8</sup> Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

<sup>1</sup> Am 17. Mai 1966 zog Ministerialdirigent Frank eine negative Bilanz der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Zypern. Insbesondere nachdem die Bundesregierung sich einer Stellungnahme zu den blutigen Auseinandersetzungen um Zypern enthalten hatte, sei ihr dortiger Einfluß stetig zurückgegangen, während die DDR in ihren Bemühungen um Aufwertung Erfolge habe erzielen können. Frank regte an, die Entsendung des neuen Botschafters Petersen nach Nikosia zum Anlaß zu nehmen, durch ein persönliches Schreiben von Bundeskanzler Erhard an Präsident Makarios eine Verbesserung der Beziehungen zu erzielen, und legte hierzu einen Entwurf vor. Vgl. Referat I A 4, Bd. 348.

Der Entwurf des Schreibens wurde am 27. Mai 1966 dem Bundeskanzleramt zugeleitet. Vgl. den Drahterlaß Nr. 28 des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 7. Juni 1966 an die Botschaft Nikosia; VS-Bd. 2442 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>2</sup> Legationsrat Rötger übermittelte den Text des Entwurfs des Schreibens von Bundeskanzler Erhard an Präsident Makarios. Vgl. VS-Bd. 2442 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>3</sup> Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 246 von Botschafter Petersen, Nikosia, vom 23. Mai 1966; Referat I A 4, Bd. 348.

<sup>4</sup> Zur Tätigkeit der Handelskammervvertretung der DDR teilte Botschafter Koenig, Nikosia, mit, deren Schwerpunkt liege auf dem politischen Gebiet. Als Mittel bediene sie sich Presseveröffentlichungen mit Hilfe der starken kommunistischen Presse und der linksgerichteten Gewerkschaften, daneben persönlicher Kontakte zu einflußreichen Persönlichkeiten in Regierung, Verwaltung und Wirtschaft. Ferner berichtete Koenig, daß bei wiederholten Gelegenheiten die Flagge der DDR

Der hier vorliegende Entwurf eines Briefes des Herrn Bundeskanzlers wird nach Auffassung der Botschaft dieser Entwicklung nicht gerecht. Das Kernstück des Briefes betrifft die Behandlung der Zonenvertretung durch Zypern und gerade in dieser Frage scheint sich auch ohne die in dem Brief enthaltene Erinnerung eine Änderung anzubahnen. Ein Kanzlerbrief wäre zu gewichtig, als daß ein Nachstoßen in diesem Punkt nicht als aufdringlich empfunden und eher eine ungünstige Wirkung erzielen würde.

Unter diesen Umständen hält es die Botschaft für richtiger, wenn im Augenblick kein persönliches Schreiben des Bundeskanzlers überreicht wird.<sup>6</sup> Es bleibt zu überlegen, ob zu einem späteren Zeitpunkt ein solcher Brief angebracht ist. Er könnte dann an eine deutlich eingetretene Verbesserung der Beziehungen anknüpfen und im Hinblick auf zukünftige Bemühungen der Zone um Gewinnung Zyperns für ihren Standpunkt die mit allen Konzessionen an die Zone und ihre hiesige Vertretung verbundenen Gefahren aufzeigen.<sup>7</sup>

Falls das Auswärtige Amt auf jeden Fall an dem Kanzlerbrief im gegenwärtigen Zeitpunkt festhalten will, regt die Botschaft Änderungen und Ergänzungen im Sinne der Anlage<sup>8</sup> an.

Die wesentlichen Änderungen des Briefentwurfs würden einmal darin liegen, daß die Erwähnung des von Zypern der hiesigen Zonenvertretung gewährten Entgegenkommens mehr auf die Vergangenheit abgestellt wird, zum anderen, daß wir auch unser Verständnis für die Lage Zyperns mit größerer Deutlichkeit zum Ausdruck bringen. Die Botschaft geht hierbei von den folgenden Überlegungen aus:

Die Regierung Zyperns beobachtet mit besonderem Mißtrauen die Bemühungen der NATO-Partner Griechenlands und der Türkei, im Interesse der Einheit der nordatlantischen Allianz eine Lösung des Zypernproblems zu finden<sup>9</sup>, die der Türkei und den Zyperntürken auf Kosten der Zyperngriechen zu große

*Fortsetzung Fußnote von Seite 839*

gehißt worden sei. Vgl. die Schriftberichte Nr. 25 und Nr. 27 vom 10. bzw. 13. Januar 1966; Referat I A 4, Bd. 348.

<sup>5</sup> Am 7. Februar 1966 überreichte Botschafter Koenig, Nikosia, Präsident Makarios ein Aide-mémoire der Bundesregierung, in dem gegen die Aufnahme der Handelskammervertretung der DDR in die diplomatische Liste Zyperns protestiert wurde. Vgl. dazu den Chi-Brief Nr. 70 vom 8. Februar 1966; Referat I A 4, Bd. 348.

Am 20. Juni 1966 berichtete Botschafter Petersen, Nikosia, Präsident Makarios habe ihn „ohne erneute Vorstellung“ von seiner Absicht unterrichtet, die Mitarbeiter der Handelskammervertretung der DDR von der diplomatischen Liste zu streichen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 36; VS-Bd. 2447 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>6</sup> Bereits am 2. Juni 1966 hatte sich Botschafter Petersen, Nikosia, unter Hinweis auf die Äußerungen des Präsidenten Makarios gegen ein Schreiben des Bundeskanzlers Erhard ausgesprochen. Hierzu bemerkte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 7. Juni 1966, Makarios habe in seinen Äußerungen zwar die Einheit Deutschlands hervorgehoben, sich aber nicht ausdrücklich für das Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik ausgesprochen. Dem zyprischen Präsidenten, der noch im März 1966 den Außenminister der DDR, Winzer, empfangen habe, könne kein so plötzlicher Gesinnungswandel unterstellt werden. Meyer-Lindenberg regte an, den Entwurf des Schreibens von Erhard der Botschaft in Nikosia mit der Bitte um Stellungnahme zu übermitteln. Vgl. VS-Bd. 2442 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>7</sup> Vgl. dazu auch Dok. 56.

<sup>8</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 2447 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>9</sup> Zur ablehnenden Haltung des Präsidenten Makarios gegenüber griechisch-türkischen Gesprächen vgl. den Schriftbericht Nr. 227 des Legationsrats Giesen, Nikosia, vom 9. Mai 1966; Referat I A 4, Bd. 349. Vgl. dazu auch Dok. 178, Anm. 4.

Zugeständnisse macht. Jede Teilung des Landes, jedes Element einer politischen Autonomie der Zyperntürken und jede militärische Präsenz der Türkei in Zypern erscheint der Regierung nicht annehmbar und wird – wohl nicht zu Unrecht – als eine Quelle für zukünftige Konflikte angesehen. In der zwangsweisen Massierung der Zyperntürken in bestimmten militärisch abgeriegelten Gebieten der Insel sieht die Regierung den Versuch der Präjudizierung einer Teilung der Insel.

Soweit die Zypernregierung gegenwärtig noch unseren Standpunkt in der Deutschlandfrage unterstützt, tut sie dies lediglich im Hinblick auf eine von ihr angenommene Ähnlichkeit der Situation in Deutschland und in Zypern und in der bestimmten Erwartung, wir würden uns unsererseits gegen eine irgendwie geartete Teilung oder Kantonisierung Zyperns aussprechen und uns auch für das Selbstbestimmungsrecht der Zyprioten, wie Makarios es versteht, einsetzen. Das Selbstbestimmungsrecht wird dabei im Sinne einer demokratischen Mehrheitsherrschaft unter Wahrung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte der türkischen Minderheit verstanden. Entwicklungshilfe und Außenhandel genügen mit Sicherheit allein nicht, die Unterstützung Zyperns in der Deutschlandfrage zu erhalten bzw. wiederzugewinnen, d.h. man wird zwar eine dramatische Änderung unserer neutralen, hier jedoch als eindeutig protürkisch empfundenen Haltung in der Zypernfrage nicht erwarten, glaubt aber, angesichts der erwähnten Gleichheit der Interessenlage in bezug auf Teilung des Landes und Selbstbestimmungsrecht eine stärkere Unterstützung des zyprischen Standpunktes erwarten zu können.

Die Botschaft bittet dringend zu prüfen, in welchem Umfang eine solche Unterstützung des zyprischen Standpunktes möglich ist, ohne unsere Beziehungen zur Türkei allzusehr zu belasten oder andere deutsche Interessen zu gefährden. Von hier aus gesehen sollte es möglich sein, bei unseren türkischen Bundesgenossen Verständnis dafür zu finden, daß wir prinzipiell gegen die Teilung von Ländern sind, die historisch eine Einheit bilden. In diesem Zusammenhang erscheint es mir besonders wichtig, daß bei dem bevorstehenden Besuch des Bundesaußenministers in der Türkei<sup>10</sup> und bei einem zukünftigen Treffen des Bundeskanzlers mit Ministerpräsident Demirel alles vermieden wird, was den Eindruck einer Parteinahme für die Türkei im Zypernkonflikt erwecken könnte.<sup>11</sup>

[gez.] Petersen

VS-Bd. 2447 (I A 4)

<sup>10</sup> Bundesminister Schröder reiste vom 11. bis 13. Juli 1966 in die Türkei. Vgl. dazu Referat I A 4, Bd. 347. Für das Communiqué vgl. BULLETIN 1966, S. 740.

<sup>11</sup> Am 5. Juli 1966 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schwörbel, daß aufgrund des Einspruchs der Botschaft Nikosia von der Übergabe eines Schreibens an Präsident Makarios abgesehen werde: „Der Brief wäre sinnvoll gewesen, wenn er von unserem neuen Botschafter in Nikosia, Herrn Dr. Petersen, mitgenommen und bei seinem ersten Antrittsbesuch übergeben worden wäre. Inzwischen scheint Herr Botschafter Petersen ein neues, besseres Verhältnis zu Erzbischof Makarios gewonnen zu haben als sein Vorgänger; gegen seinen Rat sollten daher zur Zeit keine weiteren Interventionsversuche gegenüber der zyprischen Regierung unternommen werden.“ Vgl. VS-Bd. 2447 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

## 201

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete****II B 2-84-00/476/66 VS-vertraulich****22. Juni 1966<sup>1</sup>**

Betr.: Schwedens Haltung zur Frage einer kernwaffenfreien Zone in Europa;  
hier: 1) Schwedisches Aide-mémoire vom 18. 5. 1966<sup>2</sup>

2) Gespräche Rapackis in Stockholm vom 5.–10. 6. 1966<sup>3</sup>

Bezug: Aufzeichnung II B 1-81-30/1/597/66 vom 1. 6. 1966<sup>4</sup> und mündliche Weisung des Herrn Staatssekretärs hierzu

I. Anlaß und Besonderheiten des schwedischen Aide-mémoires vom 18. 5. 1966

1) Schweden war nicht um eine Erwiderung auf die deutsche Friedensnote<sup>5</sup> gebeten worden.

Bei der Übergabe des Aide-mémoire mit Anlagen kam zum Ausdruck, daß Schweden vor allem als Mitglied der Genfer 18-Mächte-Abrüstungskonferenz zum Abschnitt V (Rüstungskontroll- und Abrüstungsvorschläge) der Friedensnote Stellung nehmen wollte.<sup>6</sup> Im Aide-mémoire ist die Friedensnote jedoch mit keinem Wort erwähnt.

2) Das Aide-mémoire greift einen Punkt der Friedensnote (Abschnitt V, Ziff. 2 – Atomwaffenbegrenzung bzw. Reduzierung unter bestimmten Kautelen) heraus und widerspricht unter Darlegung der Grundsätze schwedischer Abrüstungspolitik der deutschen Auffassung, daß mit einer Rüstungsbeschränkung in Europa entscheidende Fortschritte bei der Lösung der politischen Probleme in Mitteleuropa verbunden sein müßten. Nach schwedischer Ansicht dienten Maßnahmen zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen in erster Linie der Begrenzung der Kernwaffenrüstung; „im Gegenteil“ seien sie geeignet, die Lösung anstehender politischer Probleme zu erleichtern.

3) Im Aide-mémoire bekennt sich die schwedische Regierung u. a. zu einer kernwaffenfreien Zone in Europa mit einer neuartigen Entschiedenheit. Durch die

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Ramisch und Legationsrat Elsaesser konzipiert.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 467–470.

<sup>3</sup> Zum Communiqué vom 10. Juni 1966 vgl. NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 158 vom 11. Juni 1966, Bl. 1.

<sup>4</sup> Ministerialdirektor Werz stellte zum Aide-mémoire der schwedischen Regierung vom 18. Mai 1966 fest, es gehe auf die in der Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 gemachten Rüstungskontrollvorschläge nicht ein, sondern verweise auf den Verhandlungsrahmen der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf. Ferner sei die Frage offen gelassen, ob ein Kernwaffenverzicht auf europäisch-regionaler Grundlage ohne nukleare Beschränkung der Atommächte angestrebt werde. Vgl. Referat II B 1, Bd. 972.

<sup>5</sup> Zur Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. Dok. 58.

<sup>6</sup> Das Aide-mémoire wurde am 18. Mai 1966 an Botschafter von Schmoller, Stockholm, übergeben. Dazu führte der schwedische Außenminister Nilsson aus, da die Bundesregierung mit der Note vom 25. März 1966 seine Regierung speziell als Mitglied der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission angesprochen habe, werde Wert darauf gelegt, auf die Note insoweit einzugehen, als die Bundesregierung selber Vorschläge zur Abrüstungsfrage mache. Das Aide-mémoire fasse den schwedischen Standpunkt noch einmal zusammen, enthalte aber keine neuen Gesichtspunkte. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 105; Referat II A 3, Bd. 503.

gleichzeitige Übergabe der Anlagen in Verbindung mit den Botschafter von Schmoller gegebenen mündlichen Erläuterungen wurde jedoch die Dezierttheit der Äußerung uns gegenüber offiziell abgemildert und der Inhalt modifiziert.<sup>7</sup> Es ergibt sich nämlich, daß Schweden „kernwaffenfreie Klubs“ (Undén-Plan)<sup>8</sup> auch weiterhin nicht um jeden Preis für erstrebenswert hält, sondern davon ausgeht, daß solche „Klubs“

- nicht nur in Mittel- und Nordeuropa zustande kommen müßten<sup>9</sup>,
- in einem größeren Abrüstungspolitischen Zusammenhang stehen sollten und durch Abrüstungsbeiträge der Kernmächte auszubalancieren seien (Gedanke der Ausgewogenheit von Maßnahmen der Nicht-Nuklearen und der Nuklearen – z. B.: umfassender Teststop, Produktionsstop spaltbaren Materials, Nichtweitergabe, Nukleargarantie etc.)<sup>10</sup>, und
- daß das militärische Gleichgewicht erhalten bleiben müßte.

Allerdings wird durch das Aide-mémoire (einschließlich Anlagen) die schon früher vermutete, aber von schwedischer Seite bisher nicht klar zum Ausdruck gebrachte Ansicht evident, daß Schweden das von uns geforderte Junktim zwischen Abrüstungsmaßnahmen und politischen Fortschritten – und damit der Wiedervereinigung Deutschlands – ablehnt.

4) Wir haben keine Bedenken gegen die von der schwedischen Regierung beabsichtigte Veröffentlichung der schwedischen Stellungnahme erhoben<sup>11</sup>, jedoch ausdrücklich um gleichzeitige Publizierung der Anlagen, auf die das Aide-mémoire hinweist, gebeten. Tatsächlich ist jedoch das Aide-mémoire allein veröffentlicht worden.

## II. Bewertung

1) Die bemerkenswerte Form der schwedischen Stellungnahme, die besonderen Umstände bei ihrer Veröffentlichung, die Entgegnungen auf die folgenden Demarchen von Botschafter von Schmoller, sowie das Ergebnis des Rapacki-

<sup>7</sup> In einem erläuternden Gespräch im schwedischen Außenministerium wurde Botschafter von Schmoller, Stockholm, mitgeteilt, der Hinweis im Aide-mémoire vom 18. Mai 1966, Schweden sei „wie bekannt“ bereit, einer atomwaffenfreien Zone beizutreten, beziehe sich auf die schwedische Antwortnote vom 16. Februar 1962 auf die Anfrage des UNO-Generalsekretärs U Thant und die dort genannten Bedingungen für einen Beitritt. Ferner seien für Schweden bei allen Abrüstungsvorschlägen die Grundsätze des McCloy-Sorin-Berichts vom 20. September 1961 maßgebend, insbesondere der Gedanke, daß kein Staat und keine Staatengruppe einen militärischen Vorteil erhalten dürfe und das Kräfteverhältnis gewahrt bleiben müsse. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 125 vom 16. Juni 1966; Referat II A 3, Bd. 503.

<sup>8</sup> Am 4. Dezember 1961 verabschiedete die UNO-Generalversammlung eine auf Initiative Schwedens eingebrachte Resolution, die UNO-Generalsekretär U Thant aufforderte festzustellen, unter welchen Bedingungen die nichtnuklearen Staaten bereit wären, auf Herstellung, Erwerb und Stationierung von Atomwaffen zu verzichten. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Balken vom 19. April 1962; Referat II 8, Bd. 46. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 1664 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. VIII, S. 237.

<sup>9</sup> Hierzu erläuterte das schwedische Außenministerium, daß hinsichtlich der Beteiligung an einer atomwaffenfreien Zone an einen möglichst weiten Kreis gedacht werde, der so groß sein müsse, daß „die Sache Sinn mache“. Eine Einbeziehung der UdSSR sei damit nicht gemeint und auch wenig realistisch. Vgl. den Drahtbericht Nr. 125 des Botschafters von Schmoller, Stockholm, vom 16. Juni 1966; Referat II A 3, Bd. 503.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Dok. 50, Anm. 24.

<sup>11</sup> Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 77 des Botschafters Schnippenkötter vom 20. Mai 1966 an die Botschaft in Stockholm; Referat II B 1, Bd. 969.

Besuchs (5.–10. Juni) erhärten die Vermutung, daß die schwedische Regierung mit dem Aide-mémoire vor allem eine politische Wirkung in der Öffentlichkeit erzielen wollte, und zwar sowohl im Hinblick auf die bevorstehenden Besuche Rapackis und Kossygin (28. 7.)<sup>12</sup> als auch innenpolitisch im Zeichen der Kommunalwahlen<sup>13</sup> im Herbst dieses Jahres.

a) Schweden wollte offenbar durch eine betont „neutralistische“ Bekundung ein gutes Klima für die Besucher aus Polen und der Sowjetunion schaffen und das jüngst vermerkte Interesse der Sowjetunion am schwedischen Plan eines „detection club“<sup>14</sup> honorieren.

b) Innenpolitisch muß die schwedische Regierung starke pazifistische Strömungen in Rechnung stellen. Außerdem wird es für sie zunehmend schwieriger, die nukleare Option offen zu halten. Durch Verlagerung des Schwerpunktes in der nuklearen Problematik auf die in absehbarer Zeit ohnehin nicht realisierbare größere kernwaffenfreie Zone möchte die Regierung den drängenden linken Flügel der Sozialdemokraten und andere Linkskreise von der Optionsfrage ablenken und Zeit gewinnen.

Abgesehen von der öffentlichen Wirkung des Aide-mémoire hat die schwedische Regierung sachlich sowohl uns als auch der östlichen Seite gegenüber unter Aufrechterhaltung seiner abrüstungspolitischen Grundkonzeption einen geschmeidigeren Standpunkt gewahrt.

### III. Vorschlag

Die zweimalige Demarche von Botschafter von Schmoller hat der schwedischen Seite ausreichend zur Kenntnis gebracht, daß die Form und die besonderen Umstände bei der Veröffentlichung des Aide-mémoires hier wohl vermerkt worden sind. Sie hat außerdem Gelegenheit zu einer eingehenden Darlegung unserer Position gegeben.

Es wird vorgeschlagen:

- 1) Die Angelegenheit sollte von uns aus auf diplomatischem Wege vorläufig nicht weiter verfolgt werden.
- 2) Bei dem geplanten Arbeitsbesuch eines Angehörigen der Unterabteilung II B in Schweden sollte der ganze Fragenkomplex mit den zuständigen schwedischen Experten eingehend besprochen werden.

<sup>12</sup> Der sowjetische Ministerpräsident besuchte erst vom 11. bis 13. Juli 1968 Schweden. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1968, Z 158.

<sup>13</sup> Am 18. September 1966 fanden in Schweden Gemeinde- und Landtagswahlen statt. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 208 und Nr. 220 des Botschafters von Schmoller, Stockholm, vom 22. September bzw. 4. Oktober 1966; Referat I A 4, Bd. 315.

<sup>14</sup> Vom 23. bis 26. Mai 1966 fand in Stockholm unter Beteiligung von Wissenschaftlern und Regierungsvertretern aus Australien, Indien, Japan, Kanada, Polen, Rumänien, Schweden und der VAR eine Konferenz statt, die sich mit den Möglichkeiten der Entdeckung unterirdischer Atomversuche befaßte. Geplant war auf Vorschlag Schwedens auch die Bildung eines „detection club“, dessen Mitglieder ein Netz seismischer Meßstationen erstellen sollten. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, daß die Identifizierung solcher Atomversuche zwar grundsätzlich möglich sei, die einzelnen Regierungen dazu jedoch die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Einrichtung verfeinerter seismischer Anlagen schaffen müßten. Nach Informationen des Botschafters von Schmoller, Stockholm, habe sich die UdSSR auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf bei mehreren Gelegenheiten gegenüber der schwedischen Botschafterin Myrdal mit dem vorgeschlagenen Austausch von Daten einverstanden erklärt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 124 vom 15. Juni 1966; Referat II B 1, Bd. 971.

3) Bei dem Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Schweden (1. bis 4. September 1966)<sup>15</sup> sollte unser Standpunkt erneut ausführlich dargelegt werden.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>16</sup> mit der Bitte um Kenntnissnahme und Zustimmung<sup>17</sup> zu den Vorschlägen vorgelegt.

i. V. Ruete

VS-Bd. 4080 (II B 2)

## 202

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete

II A 1-SL 94.07/924/66 geheim

23. Juni 1966<sup>1</sup>

Betr.: Französische Deutschlandpolitik;

hier: Mögliche Auswirkung eines Abzugs französischer Truppen aus der Bundesrepublik Deutschland auf unsere Wiedervereinigungspolitik

1) Eine unnachgiebige Haltung der Franzosen in der Stationierungsfrage<sup>2</sup> kann die Bundesregierung u. U. dazu zwingen, es auf einen Abzug der französischen Truppen aus dem Bundesgebiet ankommen zu lassen. Davon würde nicht nur die Verteidigung des Westens, sondern auch unsere Deutschlandpolitik berührt.

2) Die Franzosen haben es in den letzten Jahren verstanden, sämtliche wichtigen NATO-Verbündeten vor den Kopf zu stoßen. Insbesondere trifft uns das französische Verhalten in den NATO- und EWG-Fragen an einer besonders empfindlichen Stelle; jedoch hat Paris bisher davon abgesehen, unsere eigentlichen Lebensinteressen in der Deutschlandfrage unmittelbar zu verletzen. Es steht jedenfalls außer Zweifel, daß die Franzosen unsere Wünsche in den Fragen der Nichtanerkennung Pankows, unseres Alleinvertretungsrechts und unseres Selbstbestimmungsrechts trotz gelegentlicher Mißhelligkeiten, insbesondere bei der Formulierung von Deutschland-Erklärungen<sup>3</sup>, weitgehend berücksichtigt haben.

3) Ein Abzug der Franzosen könnte unter diesen Umständen – abgesehen von den sonstigen politischen und militärischen Folgen – die nachstehend skizzierten Auswirkungen auf die Deutschland-Frage haben:

<sup>15</sup> Zur deutsch-schwedischen Regierungsbesprechung vom 2. September 1966 vgl. Dok. 271.

<sup>16</sup> Hat Staatssekretär Carstens am 23. Juni 1966 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dem H[errn] Min[ister] vorzulegen“.

Hat Bundesminister Schröder am 26. Juni 1966 vorgelegen.

<sup>17</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens durch Häkchen hervorgehoben.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oncken konzipiert.

<sup>2</sup> Zu den deutsch-französischen Verhandlungen über den Status französischer Truppen in der Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 190, besonders Anm. 15–17 und 19, und weiter Dok. 224.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Erklärung der Drei Mächte vom 3. März 1966 zum Antrag der DDR auf Mitgliedschaft in der UNO; Dok. 74, besonders Anm. 8.

a) Unserer Deutschlandpolitik, die weitgehend auf der Drei-/Viermächte-Verantwortung<sup>4</sup> beruht, werden weitere Grundlagen entzogen. Zwar werden die Franzosen auf ihre Verantwortung für Deutschland als Ganzes – schon wegen ihrer Großmachtstellung – nicht ausdrücklich verzichten (und insofern keine Handlungsfreiheit in der Deutschlandfrage in Anspruch nehmen). Bei der französischen Mitspracheforderung in Deutschlandfragen dürfte dann aber das treuhänderische Motiv hinter dem nationalistischen Motiv noch stärker in den Hintergrund treten. Schon in den letzten Jahren war es schwer möglich, Dreimächte-Aktionen in der Deutschlandfrage herbeizuführen. In Zukunft könnte dies unmöglich werden.

b) Die Sowjets könnten sich in ihrer Auffassung von der Auflösung der westlichen Allianz bestätigt fühlen; dies könnte sie zu einer Verstärkung ihres Drucks in der Deutschland- und Berlin-Frage veranlassen.

c) Die Aushöhlung der Drei-/Viermächte-Verantwortung könnte die Haltung insbesondere der nichtgebundenen Welt in der Deutschlandfrage beeinflussen. Nichtgebundene Staaten, insbesondere auch einzelne Staaten der früheren *Communauté Française*<sup>5</sup>, werden möglicherweise auf den Zusammenbruch einer westlichen Wiedervereinigungspolitik schließen und stärker als bisher einer Aufwertung Pankows zuneigen. Es wird daran erinnert, daß es eine Reihe frankophoner Staaten gab, die aus der französischen Anerkennung Pekings<sup>6</sup> die Folgerung der Pflege besonderer Beziehungen zu Peking zogen (so Kongo/Brazzaville)<sup>7</sup>.

d) Der Abzug des französischen Militärs würde in der französischen Öffentlichkeit als französisches „Désengagement“ in der Wiedervereinigungsfrage interpretiert werden. Ihre Hemmungen, sich gegenüber Pankow aufgeschlossen zu zeigen, würden sich verringern, die Pankow-freundlichen Kräfte Auftrieb erfahren.

e) Alle diese Vorgänge würden Rückwirkungen auf die Einstellung unserer Öffentlichkeit zu Frankreich haben. Diese wird das französische Verhalten mit Recht kritisieren. Die Franzosen wiederum, in ihrer bekannten Empfindlichkeit getroffen, würden daraus eine zusätzliche Berechtigung ableiten, uns ihre

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 21, Anm. 3.

<sup>5</sup> Die in der französischen Verfassung von 1958 verankerte *Communauté Française* war bis 1960 die staatsrechtliche Verbindung der Französischen Republik mit den autonomen Gebieten Dahomey, Elfenbeinküste, Gabun, Kongo (Brazzaville), Madagaskar, Mauretanien, Niger, Obervolta, Tschad, Senegal, Sudan (Französisch-Westafrika), der Zentralafrikanischen Republik sowie den UNO-Treuhandgebieten Kamerun und Togo. Nach Entlassung der autonomen Gebiete in die Unabhängigkeit bildete Frankreich mit einigen der neu entstandenen Staaten – Republik Kongo (Brazzaville), Gabun, Madagaskar, Senegal und Tschad – auf völkerrechtlicher Grundlage eine zweite *Communauté Française*. Weitere afrikanische Staaten standen dieser zweiten Französischen Gemeinschaft aufgrund vertraglicher Bindungen nahe.

<sup>6</sup> Die völkerrechtliche Anerkennung der Volksrepublik China durch Frankreich erfolgte am 27. Januar 1964. Vgl. dazu auch AAPD 1964, I, Dok. 11.

<sup>7</sup> Die Republik Kongo (Brazzaville) gab am 22. Februar 1964 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China bekannt. Dazu teilte Botschafter Hasslacher, Brazzaville, am 21. Januar 1965 mit: „Als Morgengabe brachte der bald darauf eintreffende chinesische Botschafter neben einem 20-köpfigen Mitarbeiterstab und zahlreichen ‚Experten-Delegationen‘ einen 100 Mio.-DM-Kredit mit, davon 12 Mio. DM in bar. Ein Staatsbesuch Massamba-Debats in Peking (‚Ich wurde wie ein König empfangen‘) besiegelte die junge Freundschaft.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 35; Referat I B 3, Bd. 623.



Unterstützung bei der Behandlung von Wiedervereinigungsfragen zu versagen. Diese Entwicklung müßte das deutsch-französische Verhältnis im Laufe der Zeit an den Wurzeln treffen. Die Folgen für unsere Wiedervereinigungspolitik liegen auf der Hand.

4) Es ist nicht unbedingt anzunehmen, daß alle die unter 3)<sup>8</sup> genannten Folgen eintreten. Was aber außer Frage steht, ist die Tatsache, daß unsere Position in der Wiedervereinigungsfrage durch den Abzug der französischen Truppen eine Verschlechterung erfährt. Dabei bewertet Abteilung II die möglichen, für uns negativen Auswirkungen auf das Verhältnis dritter Länder zu Pankow als besonders schwerwiegend.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>9</sup> mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

i. V. Ruete

VS-Bd. 4190 (II A 1)

## 203

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete

II A 3-88.10-321<sup>I</sup>/66 geheim

23. Juni 1966<sup>1</sup>

Betr.: Neuer Schritt im Anschluß an die „Friedensnote“ der Bundesregierung<sup>2</sup>

I. Zweckmäßigkeit eines baldigen weiteren Schrittes in unserer Friedensinitiative

Aus den osteuropäischen Staaten haben wir bisher vier Antworten auf unsere Note vom 25. März 1966 erhalten (Polen<sup>3</sup>, Tschechoslowakei<sup>4</sup>, Sowjetunion<sup>5</sup> und Ungarn<sup>6</sup>). Antworten aus Bulgarien und Rumänien<sup>7</sup> stehen noch aus.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „2)“.

<sup>9</sup> Hat Staatssekretär Carstens am 25. Juni 1966 vorgelegen.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wickert konzipiert.

Für eine erste Fassung vgl. die Aufzeichnung von Wickert vom 10. Juni 1966, die auf einer Dienstbesprechung erörtert und auf Weisung des Staatssekretärs Carstens überarbeitet wurde; VS-Bd. 4198 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1966. Für die wichtigsten Änderungen vgl. Anm. 23, 30, 31, 33–36, 39, 40, 42–46.

Mit Begleitvermerk vom 23. Juni 1966 leitete Ministerialdirigent Ruete die überarbeitete und von Referat V 1 mitgezeichnete Fassung an Carstens weiter und wies insbesondere auf die Änderung des Vorschlags über die rechtliche Behandlung des Münchener Abkommens hin. Für die Aufzeichnung vgl. VS-Bd. 4198 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1966.

Hat Carstens am 25. Juni 1966 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dem H[errn] Minister m[it] d[er] B[itt]e um Zustimmung. Der Entwurf der Note sollte dem H[errn] B[undes]k[anzler] vorgelegt werden, ev[entuell] auch im Kabinett.“

Hat Bundesminister Schröder am 27. Juni 1966 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Note vom 25. März 1966 vgl. Dok. 58.

<sup>3</sup> Zur Note der polnischen Regierung vom 28. April 1966 vgl. Dok. 124.

<sup>4</sup> Zur Note der tschechoslowakischen Regierung vom 5. Mai 1966 vgl. Dok. 85, besonders Anm. 7.

<sup>5</sup> Zur Note der sowjetischen Regierung vom 17. Mai 1966 vgl. Dok. 166.

<sup>6</sup> Die ungarische Regierung nahm am 3. Juni 1966 in einem Kommuniké des ungarischen Nach-

Eine Gesamtauswertung der offiziellen Reaktion in der Welt auf die „Friedensnote“ wird vorbereitet.<sup>8</sup>

Ein wichtiges Motiv unserer Note war, mit den osteuropäischen Regierungen ins Gespräch zu kommen. Es ist angebracht, mit unserem nächsten Schritt nicht zu lange zu warten, sondern ihn folgen zu lassen, solange unsere Initiative noch im Gespräch ist. Eine baldige Antwort würde sich gut in die von der NATO-Ministerkonferenz diskutierte Entspannungspolitik einfügen<sup>9</sup> und – wie dies schon durch die Note vom 25. März geschehen ist – unterstreichen, daß wir uns ernsthaft um Entspannung bemühen.

Im übrigen wäre eine deutsche Aktivität in dieser Hinsicht möglichst bald nach de Gaulles Rückkehr aus der Sowjetunion<sup>10</sup> erwünscht, zumal dann auch in unserer Öffentlichkeit die Frage nach der Fortsetzung der vom Herrn Bundeskanzler angekündigten Friedensoffensive<sup>11</sup> nachdrücklich gestellt werden dürfte.

## II. Adressaten einer zweiten Initiative

Die Warschauer-Pakt-Staaten haben nicht in einer gleichlautenden Note, sondern individuell geantwortet. Dies gibt uns die Möglichkeit, ihnen auch einzeln zu antworten, und kommt unserem Wunsch entgegen, die osteuropäischen Staaten individuell zu behandeln.

Obwohl die osteuropäischen Noten abgestimmt waren, unterscheiden sie sich deutlich in Argumentation und Ton voneinander. Während einige Antworten relativ gemäßigt sind, bedienen sich die polnische und sowjetische einer aggressiven Sprache.

Wir sollten in ruhigem Ton antworten und uns auf Polemik oder auf Widerlegung von Einzelbehauptungen nicht einlassen, wenngleich die vier Noten dazu Anlaß genug bieten. Das Ziel, vor der Welt unseren Friedenswillen zu beweisen, sollten wir unbeirrt weiterverfolgen.

Es sollten alle Noten aus den Ostblockstaaten beantwortet werden, um das bilaterale Gespräch weiterzuführen und zu versachlichen. Dabei stellt sich die Frage nach der Reihenfolge. Unsere Note vom 25.3. wurde zuerst beantwortet von der polnischen Regierung, dann folgte die tschechoslowakische, die sowjetische und zuletzt (am 3. Juni) die ungarische Regierung. Wir sollten uns da-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 847*

richtenbüros MTI zur Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 Stellung. Für den Wortlaut vgl. DzD IV/12, S. 842–845.

<sup>7</sup> Zur ersten Reaktion der rumänischen Regierung auf die Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. Dok. 108.

Am 3. August 1966 äußerte der Leiter der rumänischen Abrüstungsdelegation, Ungureanu, gegenüber Legationsrat I. Klasse Diesel, Genf (Internationale Organisationen), daß noch keine Weisungen seiner Regierung hinsichtlich der Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vorlägen. Dies solle die Bundesregierung aber „nicht als mangelndes Interesse interpretieren, sondern grundsätzlich positiv beurteilen, weil man der Sache das gebührende Studium widmen wolle“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 548 des Botschafters von Keller, Genf (Internationale Organisationen), vom 5. August 1966; VS-Bd. 3990 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>8</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II A 3 vom 18. Juli 1966; Referat II A 3, Bd. 501.

<sup>9</sup> Zur Diskussion im Rahmen der NATO-Ministerratstagung am 7./8. Juni 1966 in Brüssel vgl. Dok. 184 sowie Dok. 187, besonders Anm. 3 und 8.

<sup>10</sup> Zum Besuch des Staatspräsidenten de Gaulle vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in der UdSSR vgl. Dok. 204.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 177, besonders Anm. 18.

durch die Reihenfolge unserer neuen Noten nicht diktieren lassen, vielmehr sehen, wo sich die besten Ansatzpunkte für eine Antwort ergeben und wo wir die größte Wirkung erzielen können.

In unserer „Friedensnote“ hatten wir besonderes Gewicht auf die Tschechoslowakei gelegt. Die tschechoslowakische Regierung hat das in ihrer Antwort, die zwar äußerlich um einige Grade höflicher war als die polnische, nicht honoriert. Jedoch wissen wir aus verschiedenen Quellen, daß unsere Note gerade in Prag größten Eindruck gemacht hat und dort lebhaft diskutiert wurde und noch diskutiert wird.<sup>12</sup> Auf dem XIII. Parteitag in Prag gingen alle Hauptredner auf unsere Note ein, Novotny übrigens in gemäßigterem Ton<sup>13</sup> als die Regierung in ihrer Antwortnote<sup>14</sup>. Der hiesige Vertreter der tschechoslowakischen Nachrichtenagentur CETEKA erklärte in privatem Gespräch ziemlich unverblümt, der ablehnende Ton der Prager Antwortnote erkläre sich nur aus massivem Druck Pankows.

Wie Victor Meyer, der Osteuropa-Korrespondent der NZZ mitteilt, hat der Druck Pankows in jüngster Zeit erneut zu Differenzen mit Prag geführt.<sup>15</sup> Ein deutliches Zeichen für das gespannte Verhältnis ist das lange Interview mit MdB Helmut Schmidt, das die Prager „Volkszeitung“ am 4.6. unter der Schlagzeile „An gutnachbarlichen Beziehungen interessiert“ veröffentlicht hat.<sup>16</sup> Obwohl Schmidt die tschechoslowakischen Positionen in vieler Hinsicht angreift, stellt die redaktionelle Notiz ihn freundlichst vor (anerkannter Staatsmann, guter Geschmack, beliebt, gutes Aussehen, ihm gehört die Zukunft usw.). Zu seiner Kritik an der tschechoslowakischen Antwortnote sagt der Interviewer lediglich: „Ich bin anderer Meinung. Das kann kein Hindernis sein, sondern zeigt vielmehr die Notwendigkeit, unseren Dialog fortzusetzen.“ Noch an zwei weiteren Stellen fordert die „Volkszeitung“ eine deutsch-tschechoslowakische Diskussion.

Es kann kein Zweifel sein, daß dieser erstaunliche Artikel, über den eine gesonderte Aufzeichnung folgt<sup>17</sup>, offizielle Billigung hat. Das SED-Organ „Neues Deutschland“ hat inzwischen (12.6.) ausführlich („Major Schmidt in der Maske des Biedermannes“) gegen das Interview Stellung genommen.<sup>18</sup>

Bemerkenswert ist, daß nach den bisher vorliegenden Meldungen die tschechoslowakische Presse das letzte Treffen der Sudetendeutschen in München<sup>19</sup> zum ersten Mal in seiner Bedeutung herabgespielt hat.

<sup>12</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Botschaftsrats I. Klasse, Caspari, New York (UNO), vom 14. April 1966; VS-Bd. 3990 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. ferner das Schreiben des Botschaftsrats I. Klasse Sahm, Paris (NATO), vom 20. Mai 1966 an Ministerialdirektor Werz; VS-Bd. 4209 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>13</sup> Zur Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPČ vom 31. Mai 1966 vgl. Dok. 54, Anm. 15.

<sup>14</sup> Zur Note vom 5. Mai 1966 vgl. Dok. 85, Anm. 7.

<sup>15</sup> Vgl. den Artikel „Reden am und um den Prager Parteikongreß“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Ferausgabe, Nr. 152 vom 5. Juni 1966, Bl. 2.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des Interviews des SPD-Abgeordneten Schmidt vom 4. Juni 1966 mit der Prager „Volkszeitung“ vgl. Referat II A 3, Bd. 503.

<sup>17</sup> Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete vom 27. Juni 1966; Referat II A 3, Bd. 503.

<sup>18</sup> Vgl. den Artikel von Peter Lorf; NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 159 vom 12. Juni 1966, S. 6.

<sup>19</sup> Der 17. Sudetendeutsche Tag fand am 19. Juli 1966 in München statt. Vgl. den Artikel „Seeböhm weist Prager Proteste zurück“; DIE WELT, Nr. 140 vom 20. Juni 1966, S. 1.

Das sind unübersehbare Anzeichen dafür, daß Prag uns – aus welchen Motiven auch immer – zu Gesprächen ermuntern will und daß die „Friedensnote“ Wirkung gehabt hat.

Wir sollten jetzt nachfassen und der ČSSR zuerst antworten, und zwar aus folgenden Gründen:

- Es ergibt sich die Möglichkeit für einen politisch weiterführenden Schritt, der geeignet wäre, das zwischen uns und der Tschechoslowakei stehende Problem des Münchener Abkommens weitgehend zu versachlichen.<sup>20</sup> Darüber unten Näheres.

- In unseren Antwortnoten müßte der Austausch von Gewaltverzichtserklärungen Hauptthema sein. Die Tschechoslowakei als unser einziger kommunistischer Nachbarstaat ist dafür besonders prädestiniert.

- Der Akzent sollte jedoch vor allem aus folgendem Grunde auf Prag liegen: Der im vergangenen Jahr übergelaufene Leiter der polnischen Militärmission in Berlin, Tykocinsky<sup>21</sup>, unterrichtete uns zuerst von der Bedeutung, die in der sowjetischen Politik die „Dreiecks-Theorie“ hat. Danach ist die Stärkung des „Dreiecks“ Pankow-Prag-Warschau in strategischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht für die Sowjets Ziel höchster Priorität. Die südosteuropäischen Staaten, so wichtig sie für die Sowjetunion auch seien, hätten im Vergleich zu dem „Dreieck“ sekundäre Bedeutung. Diese Gedanken werden als Leitlinie der sowjetischen Politik auch in der Praxis immer deutlicher.

Ob und wie weit es gelingt, in dieses „Dreieck“ erfolgreich einzudringen, läßt sich nicht voraussagen. Auf jeden Fall aber sollten wir nichts unterlassen, um selbst noch so schwache Ansatzpunkte zu nutzen. Pankow scheidet<sup>22</sup> als Gesprächspartner von vornherein aus. Zwischen Warschau und uns steht vorläufig als unüberwindliches Hindernis die Frage der Oder-Neiße-Linie. Zwischen uns und der ČSSR, unserem einzigen kommunistischen Nachbarstaat, steht als ungelöstes Problem die Frage des Münchener Abkommens. Wenn es möglich wäre, sie aus dem Wege zu räumen oder zu versachlichen, dann könnten wir<sup>23</sup> im Laufe der Zeit Aussicht auf Erfolg haben, vorausgesetzt, daß wir un-

<sup>20</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

Vgl. dazu auch Dok. 122, Anm. 13.

<sup>21</sup> Am 16. Mai 1965 betrat der Leiter der polnischen Militärmission in Berlin (West), Tykocinski, das Einkaufszentrum des amerikanischen Hauptquartiers in Berlin (West) und bat um Asyl. Nach Angaben der „Neuen Zürcher Zeitung“ wurden als vermutliche Gründe für diesen Schritt die nach einer schweren Erkrankung des polnischen Außenministers Rapacki zunehmend schwierige Stellung des als gemäßigt geltenden Tykocinski sowie der steigende Einfluß der Organe der polnischen Geheimpolizei vor dem Hintergrund eines wachsenden Antisemitismus in Polen genannt. Vgl. die Artikel „Die Desertion eines Polen in Berlin“ und „Der Absprung Tykocinskis“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 136 vom 19. Mai, Bl. 1, bzw. Nr. 137 vom 20. Mai 1965, Bl. 3. Zu den Aussagen von Tykocinski über die sowjetische und osteuropäische Deutschlandpolitik vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Wieck vom 6. Juni 1966; VS-Bd. 4171 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>22</sup> Korrigiert aus: „schaltet“.

<sup>23</sup> Der Passus „Ob und wie weit ... könnten wir“ lautete in der Fassung vom 10. Juni 1966: „Wenn wir versuchen wollten, in das ‚Dreieck‘ politisch einzudringen oder gar es aufzubrechen, dann scheidet Pankow als Gesprächspartner von vornherein aus. Zwischen Warschau und uns steht als vorläufig unüberwindliches Hindernis die Grenzfrage. Prag dagegen ist für uns der einzig mögliche Ansatz-

sere Politik energisch und geradlinig fortsetzen und sie auch in der Innenpolitik konsequent vertreten.

Die erste Antwortnote sollte also an Prag gerichtet sein; Noten an die sowjetische, ungarische und polnische Regierung sollten folgen.

### III. Themen einer zweiten Initiative

Die bisher eingetroffenen vier osteuropäischen Antworten enthielten lange Passagen, in denen die bekannten kommunistischen Standpunkte zur Deutschlandpolitik wiederholt wurden. Wir sollten auf diese prinzipiellen Fragen nicht weiter eingehen. Nachdem wir in unserer „Friedensnote“ bereits die Grundsätze unserer Ostpolitik ausführlich dargestellt haben, brauchen wir politische Fragen nur noch zu erwähnen, wo sie uns weiterführen können; im übrigen sollten wir uns als Hauptthema des Dialogs wieder der Vorschläge zur Abrüstung und Sicherheit bedienen, die wir bereits unterbreitet haben.

Dabei sollten wir uns jedoch bewußt bleiben, daß unsere Initiative auf das politische Verhältnis zwischen uns und den osteuropäischen Staaten zielt, daß z. B. der Vorschlag, Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen, nicht gemacht wurde, weil wir uns davon uneingeschränkte Sicherheit versprechen, sondern weil wir damit in einen Dialog mit den Staaten Osteuropas kommen, der das Ziel haben sollte,

- das gegenseitige Verhältnis aufzulockern,
- uns in unserer Deutschlandpolitik weiterzuführen,
- die divergierenden Tendenzen im Ostblock zu vermehren und nutzbar zu machen,
- die gegen uns gerichtete kommunistische Propaganda zu neutralisieren.

Von den sechs Vorschlägen unserer „Friedensnote“ wurden in den osteuropäischen Antworten einige geflissentlich übergangen, einige kurz abgetan, andere mit nur schwachen Argumenten abgelehnt. Obwohl die Antworten offenbar im allgemeinen abgesprochen waren, ist die Haltung zu unserem Vorschlag des Gewaltverzichts uneinheitlich: Alle lehnen ihn ab; dennoch spürt man in der tschechoslowakischen Note ein gewisses Zögern. Die sowjetische gibt ihm sogar eine – wenn auch vage formulierte – Chance. Die Rumänen haben unserer VN-Vertretung ihr besonderes Interesse an diesem Punkt bekundet.

Gemeinsam ist allen Antworten das Argument, unser Vorschlag sei unannehmbar, weil wir die Zone übergangen hätten, und das sei ein Zeichen, daß wir sie „annektieren“ oder „verschlucken“ wollten.

In unserer Erwiderung sollten wir das Argument entkräften, indem wir vorschlagen, beide Seiten sollten zusätzlich zu dem allgemeinen Gewaltverzicht im besonderen darauf verzichten, in die Lösung der deutschen Frage mit Gewalt einzugreifen<sup>24</sup>. (Wir könnten, wenn es später zur Formulierung kommt,

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 850*

punkt. Allerdings müßte die Frage des Münchener Abkommens aus dem Wege geräumt oder verschlicht werden. Gelänge dies, dann hätten wir“.

Die Wörter „gar es aufzubrechen“ wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu Fragezeichen. Die Wörter „einzig mögliche Ansatzpunkt“ wurden von Carstens ebenfalls hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Ein schwacher“.

<sup>24</sup> Die Wörter „mit Gewalt einzugreifen“ wurden von Staatssekretär Carstens unterschlägelt. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Schlechter Ausdruck“.

an den Text anknüpfen, den wir in der Londoner Schlußakte<sup>25</sup> verwandt haben<sup>26</sup>.)

Unsere Antwortnoten sollten fernerhin offenlassen, ob wir später auch auf die übrigen fünf Vorschläge zur Abrüstung und Sicherheit zurückkommen.

#### IV. Aufbau unserer Note an die tschechoslowakische Regierung

Unsere Note an die tschechoslowakische Regierung sollte erheblich kürzer sein als die „Friedensnote“ und sich vor allem mit zwei Themen beschäftigen:

- 1) dem Münchener Abkommen,
- 2) dem Austausch von Gewaltverzichtserklärungen.

1) Die Prager Note vom 5. Mai widmet zwei Seiten ihres Textes dem Münchener Abkommen. Die Ausführungen hierüber schließen:

„Wenn die Bundesregierung eine tatsächliche Verbesserung der Beziehungen ... wünscht und wenn sie beweisen will, daß sie – wie sie behauptet – „weder eine Revanchepolitik noch eine restaurative Politik verfolgt“, dann ist es unerläßlich, daß sie das sog. Münchener Abkommen vorbehaltlos verurteilt und seine von Anfang bestehende Ungültigkeit ausdrücklich anerkennt.“

Die apodiktische Form darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hier um eine Maximalforderung handelt. Aber selbst wenn die tschechoslowakische Regierung ihre Forderungen herabschrauben sollte, ganz aufgeben wird sie sie sicherlich nicht.<sup>27</sup> Wir werden früher oder später doch wieder mit dem Problem von München konfrontiert werden. Wir können keine wesentlichen Fortschritte in unserer Initiative gegenüber der Tschechoslowakei machen, wenn wir es jetzt umgehen.

Nun hat bei der Redaktion der „Friedensnote“ gerade der Passus über das Münchener Abkommen besondere innenpolitische Schwierigkeiten bereitet, und der Gedanke, das Thema in unserer neuen Note weiterzuverfolgen, ist zunächst nicht sehr verlockend. Wenn wir indessen nicht in Halbheiten steckenbleiben wollen, dürfen wir ihm nicht ausweichen. Für die Tschechen ist das Münchener Abkommen ein Trauma, das noch nicht überwunden ist; für die kommunistische Propaganda aber ist es ein Mittel, um in der ganzen Welt Mißtrauen gegen uns zu säen. Indem man den Erklärungen der Bundesregierung Äußerungen von Funktionären der Vertriebenenverbände<sup>28</sup> entgegensetzt, verdächtigt man uns, wir wollten die Sudetengebiete auf diese oder jene Weise doch wieder in unseren Besitz bringen. Die Propaganda hat auch in der Öffentlichkeit der NATO-Staaten ein Echo gefunden<sup>29</sup> und wirkt dort unserer

<sup>25</sup> Zur Schlußakte der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 3. Oktober 1954 vgl. Dok. 63, Anm. 11.

<sup>26</sup> Die Wörter „verwandt haben“ wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Das sollten wir sofort tun.“

<sup>27</sup> Am 25. Mai 1966 nahm Ministerialdirigent Ruete zu der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPC zum 1. Mai 1966 Stellung. Er führte aus, daß Novotny zwar die Frage der Ungültigkeit des Münchener Abkommens ex tunc nicht ausdrücklich erwähnt habe, dies aber kaum als Verzicht auf diese Forderung interpretiert werden könne. Vielmehr habe Novotny unterstellt, daß die Bundesregierung auf dem Wege über die Unterstützung des „Heimat-“ und „Selbstbestimmungsrechts“ der Vertriebenen eine Wiederholung von „München“ anstrebe. Vgl. VS-Bd. 4209 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>28</sup> Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 3.

<sup>29</sup> Vgl. dazu Dok. 31. Vgl. dazu ferner die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Werz vom 11. Juli 1966; VS-Bd. 4243 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1966.

Wiedervereinigungspolitik entgegen.<sup>30</sup> Falls es uns gelänge, das Problem zu entschärfen, zu entpolitisieren und beiseitezuräumen<sup>31</sup>, würde das nicht nur innenpolitisch auf längere Sicht günstig wirken, sondern auch unsere Bewegungsfreiheit in einem wichtigen Bereich unserer Ostpolitik erhöhen sowie unsere Friedensbereitschaft vor der Weltöffentlichkeit überzeugend beweisen.

Wir sollten daher in unserer neuen Note an die tschechoslowakische Regierung erklären:

– Auch wir verabscheuen die bei der Münchener Konferenz von Hitler angewandten Methoden, die tschechoslowakische Regierung unter Drohung mit Gewalt zu Zugeständnissen zu zwingen. Wir verurteilen solche Methoden und hoffen, daß sie nie mehr angewandt werden.

– Die tschechoslowakische Note fordert uns nun auf zu erklären, das Münchener Abkommen sei von Anfang an null und nichtig. Damit wirft sie ein Problem des internationalen Rechts auf, das in der Tat wichtig ist.<sup>32</sup> Die Frage, ob erzwungene, ungleiche Verträge von vornherein nichtig, kündbar oder auf andere Weise nachträglich vernichtbar sind, hat ja auch in den Auseinandersetzungen zwischen kommunistischen Regierungen eine große Rolle gespielt<sup>33</sup>.

– Nach Ansicht der Bundesregierung sollte sich die Frage der Ungültigkeit des Münchener Abkommens und insbesondere der Rechtsfolgen, die sich daraus für die Betroffenen ergeben, unter rechtlichen Gesichtspunkten lösen lassen.<sup>34</sup> Wenn die tschechoslowakische Regierung dies wünscht, so ist die Bundesregierung bereit, gemeinsam mit ihr die genannten Aspekte des Münchener Abkommens von Völkerrechtlern prüfen zu lassen. Sie schlägt vor, Gespräche hierüber aufzunehmen.<sup>35</sup>

Der Gesamtvorschlag wäre noch vor der Konsultation in der NATO mit den Münchener Signatarstaaten Großbritannien, Frankreich und Italien zu konsultieren, wobei eine ungebührliche Verzögerung vermieden werden müßte.

Unabhängig von den Überlegungen, die zu diesem Vorschlag geführt haben, sollen nach einer vor einigen Tagen eingegangenen, bisher unbestätigten BND-Meldung aus Prag in der Tschechoslowakei ähnliche Erwägungen angestellt worden sein. Die B-3 bewertete Meldung lautet: „In der tschechoslowakischen Partei- und Regierungsführung überlegt man, ob es nicht zweckmäßig sei, eine

<sup>30</sup> Der Passus „Für die Tschechen ... Wiedervereinigungspolitik entgegen“ wurde gegenüber dem Entwurf der Aufzeichnung vom 10. Juni 1966 hinzugefügt.

<sup>31</sup> Der Passus „Falls es ... beiseitezuräumen“ lautete im Entwurf der Aufzeichnung vom 10. Juni 1966: „Falls es uns gelänge, das Problem zu entschärfen und weitgehend zu entpolitisieren“.

<sup>32</sup> Vgl. dazu Dok. 31, Anm. 17.

<sup>33</sup> An dieser Stelle wurde aus der Fassung vom 10. Juni 1966 gestrichen: „(Sowjetunion–China)“.

<sup>34</sup> Dieser Satz wurde gegenüber der Fassung vom 10. Juni 1966 hinzugefügt.

<sup>35</sup> Der Passus „Wenn die ... aufzunehmen“ lautete im Entwurf der Aufzeichnung vom 10. Juni 1966: „Sollte die tschechoslowakische Regierung die von ihr aufgeworfene Frage des Münchener Abkommens zu klären wünschen, so erklären wir uns mit der Einholung eines Rechtsgutachtens durch ein unparteiisches Gremium einverstanden, wobei man entweder an den Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen oder an ein ad hoc in beiderseitigem Einverständnis zusammengesetztes Gremium denken könnte. (Die Frage, welche der beiden Möglichkeiten vorzuziehen wäre, oder ob noch eine dritte Möglichkeit besteht, wird noch von den Referaten II A 3 und V 1 geprüft.)“

gemischte Kommission deutscher und tschechoslowakischer Völkerrechtler zu bilden, die über die Auswirkungen einer Annullierung des Münchener Abkommens beraten sollen. Auf tschechoslowakischer Seite bestehe Verständnis dafür, daß die Bundesregierung im Hinblick auf die Rechtsfolgen für die ehemaligen Bewohner des Sudetenlandes einen völligen Widerruf nicht aussprechen wolle. Die ČSSR sei bereit, nach Klärung des Komplexes entsprechende Zusicherungen für diesen Personenkreis zu geben. Eine Initiative zur Einberufung einer solchen Konferenz, die allerdings von deutscher Seite erfolgen müßte, würde unterstützt werden.<sup>36</sup>

2) Die tschechoslowakische Note behauptet, wir wollten mit unserem Vorschlag, Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen, „eine auf die Annexion der Deutschen Demokratischen Republik, mit der die Tschechoslowakische Sozialistische Republik und andere sozialistische Staaten durch Bündnisbande verbunden sind, gerichtete Politik legalisieren.“

In unserer Note sollten wir erklären, daß der tschechoslowakische Argwohn nicht zutreffe. Wir wünschten nur, daß der Bevölkerung der Zone das Selbstbestimmungsrecht gewährt werde und daß die dort lebenden Deutschen in freier Wahl unter internationaler Kontrolle entscheiden können, ob sie die Wiedervereinigung wünschen oder nicht. Wir sollten dazu in unserer Note – wie bereits oben erwähnt – den Vorschlag erneuern, Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen, und uns (wie schon in den Pariser Verträgen<sup>37</sup>) bereiterklären, auch die Wiedervereinigung nicht mit Gewalt herbeizuführen. Entsprechend sollte die tschechoslowakische Regierung erklären, daß auch sie keine Gewalt anwenden werde, um eine friedliche Lösung der deutschen Frage zu verhindern.

#### V. Zeitplan und Übergabe

Die Frist vom Entwurf bis zur Übergabe sollte nicht zu knapp bemessen sein. Sie sollte mindestens vier Wochen betragen. Wenn jetzt konzentriert an dem Entwurf gearbeitet wird<sup>38</sup> und wenn Entscheidungen schnell herbeigeführt werden, könnte die Note Ende Juli übergeben werden.<sup>39</sup> Noten an Moskau, Warschau und Budapest sollten folgen.<sup>40</sup>

Die tschechoslowakische Presse hatte seinerzeit die Entsendung eines Emissärs als Positivum bezeichnet und hervorgehoben.<sup>41</sup> Es wäre zu prüfen, ob nicht auch die folgende Note durch einen Emissär überreicht werden sollte, der

<sup>36</sup> Dieser Absatz wurde gegenüber der Fassung vom 10. Juni 1966 hinzugefügt.

<sup>37</sup> Zum Gewaltverzicht der Bundesrepublik in den Pariser Verträgen vom 23. Oktober 1954 vgl. Dok. 1, Anm. 5.

<sup>38</sup> Ein vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wickert konzipierter Entwurf einer Note der Bundesregierung an die tschechoslowakische Regierung wurde am 28. Juni 1966 vorgelegt. Für den Entwurf vgl. VS-Bd. 4171 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>39</sup> Der Passus „die Note ... übergeben werden“ lautete in der Fassung vom 10. Juni 1966: „Mitte Juli als Übergabetermin ins Auge gefaßt werden. Dieser Termin würde etwa 2–3 Wochen nach der Rückkehr de Gaulles aus Moskau liegen.“

<sup>40</sup> Dieser Satz lautete in der Fassung vom 10. Juni 1966: „Wenn möglich, sollten die Noten an Moskau, Warschau und Budapest in Abständen von einigen Wochen folgen.“

<sup>41</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Dies sollte offen bleiben.“



befugt sein müßte, sie zu erläutern.<sup>42</sup> Ein Emissär – wenn wir uns entschließen sollten, einen nach Prag zu entsenden – müßte

– Mißdeutungen der tschechoslowakischen Note berichtigen, da wir unsere Note nicht mit Einzelkorrekturen belasten sollten. Er sollte z. B. den Hintergrund unseres Vorschlags, Manöverbeobachter auszutauschen (Gretschko-Vorschlag), oder die subsidiäre Natur unseres Vorschlags zur Nichtverbreitung von A-Waffen erläutern;<sup>43</sup>

– feststellen, ob es Prag nur darauf ankommt, eine ex-tunc-Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens zu erreichen, oder ob man dort ernsthaft daran interessiert ist, das Problem durch eine Diskussion der Rechtsfolgen aus der Welt zu schaffen;<sup>44</sup>

– einen Termin für die Veröffentlichung der Note vereinbaren, der etwa 1–2 Wochen nach dem Übergabetermin liegen sollte. Denn um den Eindruck zu vermeiden, wir machten unsere Vorschläge nur aus propagandistischen Gründen, sollten wir diesmal die Note und die Art der Übergabe zunächst geheimhalten und der tschechoslowakischen Regierung Zeit lassen, sich auf eine Pressestellungnahme vorzubereiten. Das gäbe uns auch Gelegenheit, die Verbreitung der Note bis zum Veröffentlichungstermin sorgsam vorzubereiten.<sup>45</sup>

Der Text unserer Note sollte unseren Missionen mitgeteilt werden. Die Missionen in den nichtkommunistischen Ländern sollten Weisung erhalten, die Note der Gastregierung zur Kenntnis zu bringen. Dabei sollte ihnen freigestellt werden, auch einen weniger formellen Weg als den bei der Übergabe der „Friedensnote“ eingeschlagenen zu wählen. Auf jeden Fall aber sollte all den Regierungen, die sich positiv zur „Friedensnote“ ausgesprochen haben, der Dank der Bundesregierung übermittelt werden. Außerdem sollte wieder für eine große publizistische Verbreitung der Note gesorgt werden.<sup>46</sup>

#### VS-Bd. 4198 (II A 3)

<sup>42</sup> Dieser Satz wurde gegenüber der Fassung vom 10. Juni 1966 eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Wir sollten auch die folgende Note durch einen Emissär überreichen lassen, der befugt sein sollte, sie zu erläutern: Denn es ist ja unsere Absicht, über einen vor der Öffentlichkeit geführten Notenaustausch zu einem wirklichen Dialog zu kommen, der allein zu greifbaren Ergebnissen in den bilateralen Beziehungen führen kann.“

<sup>43</sup> Dieser Absatz wurde gegenüber der Fassung vom 10. Juni 1966 hinzugefügt.

<sup>44</sup> Dieser Absatz wurde gegenüber der Fassung vom 10. Juni 1966 hinzugefügt.

<sup>45</sup> Dieser Satz wurde gegenüber der Fassung vom 10. Juni 1966 hinzugefügt. Dafür wurde gestrichen: „Sollte durch Indiskretionen im In- oder Ausland etwas durchsickern und sollten Spekulationen in der Presse angestellt werden, so wäre das vielleicht nicht einmal von Nachteil.“

<sup>46</sup> Der Passus „Die Missionen ... gesorgt werden“ lautete in der Fassung vom 10. Juni 1966: „Ob und in welcher Form sie die Gastregierungen informieren sollten, wäre noch zu prüfen.“

Am 17. Juli 1966 informierte Bundesminister Schröder Bundeskanzler Erhard über die geplante Note an die tschechoslowakische Regierung. Er regte an, die Note im Kabinett zu beraten und „kurz vor der Übergabe“ auch den Fraktionsvorsitzenden zur Kenntnis zu geben. Schröder betonte, ihm läge viel daran, „wenn vorerst nur ein möglichst kleiner Kreis von Personen damit befaßt würde, um die Note sowie überhaupt die Tatsache, daß wir eine Antwort vorbereiten, geheimzuhalten“. Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 4198 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1966.

Ungeachtet der Geheimhaltung gelangten Informationen über den geplanten Schritt der Bundesregierung in die Presse. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Werz vom 2. August 1966; VS-Bd. 4198 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. ferner den Artikel „Klareres ‚Nein‘ zu Münchner Vertrag?“, GENERAL-ANZEIGER, Nr. 23312 vom 30. Juli 1966, S. 1.

Vgl. weiter Dok. 256.